Erich Honecker

Die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED

Aus dem Referat
des Generalsekretärs des ZK der SED
und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR
auf der Beratung des Sekretariats
des Zentralkomitees der SED
mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen
am 25. Januar 1980 in Berlin



Dietz Verlag Berlin 1980

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die 11. Tagung des Zentralkomitees und ihre Ergebnisse haben sowohl in unserer Republik als auch in der internationalen Öffentlichkeit ein großes Echo gefunden. Auf dieser Tagung wurde zu bedeutenden Aspekten der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und des Kampfes für den Frieden Stellung genommen. Mit ihr sind wir in die Zeit der Vorbereitung unseres X. Parteitages eingetreten. Aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit, die Beschlüsse der 11. Tagung des Zentralkomitees, ihren Hauptinhalt in der gesamten Partei gründlich durchzuarbeiten und auf jeder Ebene den Kampf um ihre Verwirklichung zu organisieren.

Die Verschärfung der internationalen Situation gegen Ende der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre stellt hohe Anforderungen an die Fähigkeit der Partei, auf Veränderungen in der Großwetterlage rechtzeitig zu reagieren, die sich daraus ergebenden Aufgaben zu erfassen und zu lösen. Hierbei kommt es darauf an, die Wirksamkeit unserer ideologischen Arbeit zu erhöhen, die enge, vertrauensvolle Verbindung zwischen unserer Partei und den Massen zu vertiefen.

Gerade in diesen Tagen wird für jeden deutlich, daß in den 80er Jahren Entscheidungen fallen, die für die Zukunft der Menschheit von großer Tragweite sind. Wie die jüngsten Ereignisse zeigen, führt der Kampf für Frieden und Sozialismus, für soziale und nationale Befreiung der Völker durch viele Stürme. Von Zeit zu Zeit nimmt er deutlich an Schärfe zu. All dies bestätigt erneut unsere vielfach getroffene Feststellung, daß jähe Veränderungen der internationalen Lage möglich sind, daß dem Imperialismus der Hang zum Abenteurertum wesenseigen ist.

Als Kommunisten, die sich den edelsten Zielen der Menschheit verschrieben haben, die zum Wohle aller Werktätigen dafür leben und kämpfen, die revolutionären Ideale der Arbeiterklasse im Sinne der Ideen von

Marx, Engels und Lenin zu verwirklichen, stellen wir uns diesem Kampf mit Tatkraft und begründetem Optimismus. Wir gehen mit klaren Vorstellungen, Festigkeit und Besonnenheit, in der tiefen Überzeugung vom unausweichlichen Sieg unserer großen und menschenwürdigen Sache an die Lösung aller Aufgaben heran.

Worauf es heute in erster Linie ankommt und wovon letztlich alles abhängt, ist die entschlossene Verteidigung des Friedens. Dazu gehört, daß alle, die guten Willens sind und aufrichtig den Frieden erstreben, verstärkte Anstrengungen zur Abwendung der Gefahr eines neuen Weltkrieges, für die Begrenzung der Rüstungen und effektive Maßnahmen zur Abrüstung unternehmen.

Das gilt um so mehr, als einflußreiche Kräfte des Imperialismus, insbesondere bestimmte Kreise der USA, die internationale Lage an der Wende zu den 80er Jahren spürbar verschlechtert haben. Sie betreiben einen entspannungsfeindlichen Kurs, einen Kurs auf das Anheizen des Wettrüstens, der die Kriegsgefahr vergrößert. Mit ihrem hysterischen Geschrei in der berüchtigten Tonart des „kalten Krieges" versuchen sie, unter Hinweis auf die angebliche „Bedrohung aus dem Osten" ihre aggressive Politik zu rechtfertigen, wobei sie sich, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht, in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und ihre Beziehungen zu Dritten einmischen. Dieser Kurs richtet sich nicht nur gegen die Sowjetunion und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, sondern zugleich gegen die nationale und soziale Befreiungsbewegung der Völker, gegen die Interessen aller, denen nichts mehr am Herzen liegt, als die friedliche Zukunft der Völker zu sichern.

In seinem Interview für die „Prawda" hat der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, unser Freund und Genosse Leonid Iljitsch Breshnew, mit Recht vor den Machenschaften des Imperialismus gewarnt und überzeugend dargelegt, daß der Weg zum Frieden entschiedenes Handeln verlangt. Auf wichtige Fragen der gegenwärtigen internationalen Entwicklung antwortete er von der festen Position Leninscher Außenpolitik, die auch seiner bedeutsamen, in Berlin verkündeten Friedensinitiative zugrunde liegt, jener Initiative für Abrüstung, deren Sinn und unschätzbarer Wert jetzt noch deutlicher wird. Die sozialistische Außenpolitik, so betonte Genosse Breshnew, vereinigt in sich konsequente Friedensliebe mit entschlossener Abfuhr für Aggression. Sie hat sich in vergangenen Jahr-

zehnten bewährt, ihr werden wir auch künftig folgen und uns durch niemanden von ihr abbringen lassen.

Genossinnen und Genossen!

In den 70er Jahren gelang es bekanntlich, auf Grund der unermüdlichen Anstrengungen der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, des aktiven Beitrages vieler nichtpaktgebundener Staaten und nicht zuletzt der Haltung realistisch denkender Kreise in den Regierungen kapitalistischer Länder beträchtliche Fortschritte zugunsten der Entspannung zu erzielen. Das brachte für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung großen Gewinn und wirkte sich auf die Normalisierung der internationalen Beziehungen positiv aus. So konnten vor allem in Europa viele Fragen gelöst oder einer solchen Lösung nähergebracht werden, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstanden waren und diese Beziehungen lange belastet hatten.

Die aggressivsten Kreise des Imperialismus haben diesem Prozeß von Anfang an erbitterten Widerstand entgegengesetzt und kein Hehl daraus gemacht, daß ihnen die ganze Richtung nicht paßt. Mit der Verabschiedung des Langzeitprogramms im Mai 1978 auf der Washingtoner NATO-Ratstagung, das die Erhöhung der Militärbudgets in den NATO-Ländern bis Ende des 20. Jahrhunderts um 3 Prozent jährlich vorsieht, führten sie einen schweren Schlag gegen die Interessen der Entspannung und des Friedens. Zu einer Zeit, da die Beendigung des Wettrüstens und die Abrüstung zur dringlichsten Voraussetzung geworden sind, die Gefahr eines neuen Weltkrieges abzuwenden, forciert die westliche Allianz ihre Hochrüstung in herausfordernder Weise. Aber nicht nur das.

Ein besonders folgenschwerer Schritt zur Verschlechterung der internationalen Lage durch die Gegner der Entspannung war der Raketenbeschluß der NATO, der in Brüssel unter dem Druck der USA, ungeachtet aller Warnungen seitens der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten, aller Proteste der Weltöffentlichkeit, ja, der Bedenken verschiedener NATO-Länder selbst, durchgepaukt wurde. Mit der Produktion neuer nuklearer Mittelstreckenraketen der USA und ihrer Stationierung in Westeuropa leitet die NATO eine weitere Runde des Wettrüstens ein. Sie hat so die Grundlagen für Verhandlungen in dieser Frage zerstört.

Natürlich wird die Rechnung des Imperialismus, das militärische Gleichgewicht in Europa zu seinen Gunsten zu verändern, niemals aufgehen. Denn

die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Bruderstaaten werden alles Notwendige tun, um die Verteidigungsfähigkeit unserer Länder jederzeit auf dem erforderlichen Niveau zu gewährleisten. Es ist offensichtlich, daß die Entscheidung der NATO, nukleare Mittelstreckenraketen gewissermaßen vor der Haustür der Sowjetunion zu stationieren, des Landes, das im zweiten Weltkrieg mit 20 Millionen Toten die größten Opfer für den Sieg über den Hitlerfaschismus gebracht hat, ernste Gefahren für den Frieden heraufbeschwört, die es zu bannen gilt. Der Beschluß der NATO verstößt direkt gegen den Sinn und die Ziele der Entspannung, offenbart das ganze aggressive Wesen der westlichen Allianz.

Um die Völker zu täuschen, reden die Urheber und Befürworter dieses entspannungsfeindlichen Kurses von einer angeblichen Nachrüstung der NATO, während sie es doch in Wirklichkeit sind, die eine beispiellose Überrüstung betreiben und ständig wieder an der Spirale des Wettrüstens drehen. Unter dem Motto „erst aufrüsten, dann abrüsten" versuchen sie, zur gescheiterten Politik der Stärke zurückzukehren. Dies alles steht in völligem Widerspruch zu dem, was die Sicherung des Friedens verlangt, was die Völker brauchen und wollen.

Es ist kein Geheimnis, daß dem Frieden feindlich gesinnte Kräfte des Imperialismus es lieber gesehen hätten, wenn der Salt-II-Vertrag überhaupt nicht zustandegekommen wäre. Da er jedoch ungeachtet ihres Widerstandes zustandekam, setzten sie alles auf die Nichtratifizierung dieses für den Weltfrieden so wichtigen Vertrages durch den USA-Senat. Die Unterbrechung des Ratifizierungsverfahrens für Salt II durch die Carter-Administration widerspricht jeglicher Vernunft. Sie ist ein weiterer Beweis, daß bestimmte Kreise in den USA, unter Mißachtung der Weltmeinung, bestrebt sind, an die Stelle der Entspannung die Konfrontation zu setzen. Diese finsteren Absichten sollten durch eine weltweite Bewegung für die Ratifizierung des Salt-II-Vertrages durchkreuzt werden.

Die Gründe, die zur Verschlechterung der internationalen Lage geführt haben, liegen auf der Hand. Es sind die Handlungen jener imperialistischen Kräfte, vor allem gewisser Kreise der USA, die in der Entspannung ein Hindernis für ihre aggressiven Pläne, für die Entfachung einer militaristischen Psychose und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sehen. Jene Kräfte sind es, die in Worten auf die Souveränität, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Staaten pochen, diese Rechte aber mit Füßen treten.

Carter hat in seiner „Botschaft zur Lage der Nation" die Fortsetzung des verschärften Aggressionskurses der USA angekündigt. Er verlangte vom amerikanischen Volk, dafür „jeden erforderlichen Preis zu zahlen". Wie er sagte, werde das von ihm vorgeschlagene Hochrüstungsprogramm Opfer erfordern. Die Rüstungsausgaben der USA würden für das im Herbst beginnende Haushaltsjahr auf mehr als 158 Milliarden Dollar erhöht. Für diesen Zeitraum, der im Oktober beginnt, ist laut neuesten Angaben eine Summe von 165,2 Milliarden Dollar vorgesehen.

Als einen der wichtigsten Punkte für die globale Strategie Washingtons nannte er den Ausbau der militärischen Stärke der USA und ihrer Verbündeten, um das angestrebte militärische Übergewicht zu erreichen. Dazu gehören die Verstärkung und Modernisierung der NATO-Streitkräfte, wie das gerade auch der Brüsseler Beschluß über die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen der USA in Westeuropa vorsieht.

Carter verkündete ferner den forcierten Aufbau einer sogenannten „schnellen Eingreiftruppe", die auf den Einsatz „in jedem Gebiet von strategischer Bedeutung" für die USA und überall, wo es um ihre „Lebensinteressen" gehe, vorbereitet ist. Bekanntlich wurde mit der Schaffung dieser Truppe von 110000 Mann vor längerer Zeit begonnen. Schon im September vorigen Jahres verlautete aus dem Pentagon, daß man ein gutes Stück damit vorangekommen sei. Das Projekt bestehe seit den Anfängen der Regierung Carter.

Als weitere globalstrategische Punkte der US-Aufrüstungspolitik nannte Carter den Bau der neuen Marschflugkörper, die Modernisierung der strategischen U-Boot-Flotte, den Bau der interkontinentalen mobilen MX-Raketen, die Erhöhung der Zahl „regionaler Manöver" durch die US-Streitkräfte und das bereits errichtete Hauptquartier einer Spezialeinheit für den karibischen Raum sowie das Bestreben, Zutritt zu militärischen Anlagen und Stützpunkten in Südasien zu erhalten.

Washingtons strategische Ziele laufen, wie Carter offen feststellte, auch noch in eine andere Richtung, die für das Machtstreben des Monopolkapitals durchaus charakteristisch ist. Er hat dabei die Durchsetzung der US-Vorherrschaft besonders in jenen Gebieten vor Augen, in denen es um die Sicherung des Rohstoffnachschubes, vor allem – so Carter – des „Lieferstroms des Öls", geht. Hier kommen die neokolonialistischen Pläne des Imperialismus, in welcher Verpackung sie auch immer angeboten werden, deutlich zum Ausdruck. Das ist nichts anderes als direkte und

indirekte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten der dritten Welt.

Im Rahmen des von Carter verkündeten Konzepts der Hochrüstung und der Drohpolitik sollen die Verbündeten in der NATO eine demgemäße Rolle spielen. Die Massenmedien der kapitalistischen Länder, nicht zuletzt der BRD, sind auf diesem Kurs bereits in großem Stil aktiv. Kein Tag vergeht ohne die Verbreitung übler Greuelmärchen über die sozialistische Welt, die Sowjetunion und die anderen Länder unserer Gemeinschaft. Damit zugleich wird eine Psychose entfacht, welche die Menschen für den Rüstungskurs und die Aggressionspolitik des Imperialismus willfährig machen soll. Praktisch führt dies dazu, daß von den USA der „kalte Krieg" nach Europa exportiert würde. Damit würde die Entspannung torpediert, ein Fakt, der sich nur negativ auf die sich so hoffnungsvoll entwickelnden Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auswirken kann.

Bei alledem geht es um handfeste imperialistische Ziele. „Die Welt", ein berüchtigtes Sprachrohr der reaktionärsten Kreise in der BRD, brachte dieser Tage zum Ausdruck, daß es doch letzten Endes um eine „Erweiterung des Einflußbereiches der NATO" unter Beteiligung der Bundeswehr gehe. Es gelte, „die Präsenz europäischer Truppenkontingente außerhalb des unmittelbaren NATO-Bereiches in die Vorstellungskraft einzubeziehen", schreibt das Blatt. Deutlicher kann man den langfristig vorbereiteten Angriff gegen die Entspannungspolitik wohl kaum noch beim Namen nennen.

Dafür spricht auch die Absetzung des Kommandeurs der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, Generalmajor Bastian, eines Militärs, der weiß, welche Gefahr mit dem Raketenbeschluß der NATO auf die Menschheit und nicht zuletzt auf die Bundesrepublik selbst zukommt. Als langjähriger Kenner der NATO-Rüstungsabsichten und als Kommandeur einer Bundeswehrdivision, die bereits jetzt über Honest-John-Raketen und Panzer vom Typ „Leopard" und „Marder" verfügt, wandte er sich mit Entschiedenheit gegen die Realisierung der sogenannten „Nachrüstung", die, wie er in einem Brief an BRD-Verteidigungsminister Apel erklärte, „die betroffenen Völker mit nicht akzeptablen Risiken belastet". Bastian, der daran glaubte, daß die NATO zu Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit sei, ging an die Öffentlichkeit, nachdem er den Propagandatrick der NATO „erst aufrüsten, dann verhandeln" durchschaut hatte.

Die Ursachen für die Zuspitzung der internationalen Situation sind

natürlich im engen Zusammenhang mit der Verschärfung der Krise in den kapitalistischen Ländern zu sehen. Wie die Erfahrungen der Geschichte zeigen, sucht der Imperialismus den Ausweg aus seinen politischen und ökonomischen Schwierigkeiten immer wieder in zunehmender Militarisierung und in Kriegsvorbereitung. Zur Täuschung der Völker schafft er in seinen Einflußbereichen eine Atmosphäre, in der sich Aggressivität und Angst mischen. Gewinner dieser Politik sind die Rüstungskonzerne, deren Aktienkurse in der Wallstreet, wie das bundesrepublikanische „Handelsblatt“ feststellte, bereits in die Höhe schossen.

Genossinnen und Genossen!

Aus der Einmischung des Imperialismus und der Reaktion in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ist eine ernste Gefahr für Frieden und Sicherheit in dieser Region entstanden. Dort führten diese Kräfte im Grunde genommen einen nicht erklärten Krieg gegen das revolutionäre Afghanistan. In der gemeinsamen Stellungnahme des Politbüros des Zentralkomitees und des Ministerrates der DDR wurde die Bedeutung der sowjetischen Hilfsaktion zur Sicherung des Friedens und der Errungenschaften der April-Revolution in Afghanistan gewürdigt und unsere unverbrüchliche Solidarität mit dem kämpfenden afghanischen Volk zum Ausdruck gebracht.

Es ist bekannt, daß die national-demokratische Revolution in Afghanistan von Anfang an auf die erbitterte Feindschaft des Imperialismus stieß. Das gegenwärtige Geschrei der reaktionärsten imperialistischen Kreise und ihrer Medien über die angebliche „Vergewaltigung des Willens des afghanischen Volkes“ zeigt nur, wie sehr der Imperialismus durch die revolutionären Veränderungen in diesem Raum getroffen wurde. Die am 17. Januar im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Enthüllungen der „Neuen Zürcher Zeitung“, also eines großbürgerlichen Blattes, bestätigen erneut, daß die Hilfe der Sowjetunion für das afghanische Volk die imperialistischen Interventionsvorhaben undurchführbar machte.

Vor allem der USA-Imperialismus, den der Verlust seiner vorgeschobenen Position in Iran schwer getroffen hat, trachtet, wie die Entwicklung zeigt, danach, seine strategischen Interessen an der Südgrenze der Sowjetunion wider alle Vernunft durchzusetzen. Er fürchtet, daß ihm die Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten das profitable Ölgeschäft verdirbt. Gerade in der Ölfrage verflechten und potenzieren sich die äußeren und inneren Widersprüche des Kapitalismus. Deshalb möchten die

USA und ihre Verbündeten die verlorengegangenen Positionen zurückgewinnen. Zugleich tun sie alles, um ihre Hand auf die Ölquellen zu legen.

Führende Vertreter der USA erklärten schon vor der Jahreswende, man müsse unter Umständen auch militärische Mittel einsetzen, um sich die Ölquellen und Rohstoffvorräte zu sichern. Offen schrieb das Organ der USA-Hochfinanz, „Wall Street Journal", die Vereinigten Staaten müßten ihre Macht nutzen, um eine Weltordnung zu schaffen, in der es für sie, wie es hieß, relativ freien Zugang zu den Ressourcen der Welt gebe. So wird die Ölzone des Nahen und Mittleren Ostens zu einem Hauptfeld des militärischen Aufmarsches des Imperialismus, der konterrevolutionären Anschläge gegen die Völker dieser Region.

Ende vergangenen Jahres kam es zu einer akuten Bedrohung der Existenz der Demokratischen Republik Afghanistan und der afghanischen Revolution. Die der Revolution treuen Kräfte unternahmen in dieser entscheidenden Stunde Schritte, um die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und die Volksmacht zu verteidigen. Das hat unsere volle Unterstützung.

Durch die internationalistische Hilfsaktion der UdSSR wurden die Absichten des Imperialismus in Afghanistan zunichte gemacht. Die vom Präsidenten der USA, Carter, angekündigten „Gegenmaßnahmen" sind Ausdruck für die Wut jener Kreise der USA und der NATO, die Afghanistan mittels der Konterrevolution in ein neues Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und den Weltsozialismus verwandeln wollten. Doch die Zeiten, da man auf ein „Zurückrollen des Sozialismus" spekulieren konnte, sind vorbei. Ohne Zweifel werden die Realitäten schließlich auch jene in den USA und in anderen kapitalistischen Staaten zur Räson bringen, die anmaßend glauben, sich in der internationalen Arena alles herausnehmen zu können.

Die Sowjetunion hat ihre militärischen Kontingente auf Ersuchen der afghanischen Partei- und Staatsführung, auf Grund des Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit nach Afghanistan entsandt. Ihr Handeln entspricht vollkommen dem Artikel 51 der UNO-Charta, der das unveräußerliche Recht der Staaten auf kollektive und individuelle Selbstverteidigung zur Abwehr einer Aggression und zur Wiederherstellung des Friedens vorsieht. Die sowjetischen Truppen werden wieder abgezogen, sobald die Gründe entfallen, aus denen die afghanische Führung um ihr Eingreifen gebeten hat. Mit Recht stellte

Genosse Breshnew in seinem „Prawda"-Interview fest, daß die Ereignisse in Afghanistan nicht die wahre Ursache für die gegenwärtige Komplizierung der internationalen Situation sind. Gäbe es nicht Afghanistan, so hätten gewisse Kreise in den USA oder der NATO sicherlich einen anderen Vorwand gefunden, um die Situation in der Welt zuzuspitzen.

Bemerkenswerterweise schrieb unlängst die in der BRD erscheinende „Frankfurter Rundschau": Schon lange vor dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan habe sich in den politischen Zirkeln der US-Hauptstadt eine Entwicklung abgezeichnet, die auf eine Wiedergeburt der Ost-West-Konfrontation hindeutete. Träger dieser Entwicklung sei Präsident Carter selbst. Er, der angeblich habe alles anders machen wollen als seine vom Vietnamkrieg und vom Watergate-Skandal kompromittierten Vorgänger, finde sich in Bahnen wieder, die sich nicht wesentlich von denen Nixons, Fords und Kissingers unterschieden. Opfer der geänderten Atmosphäre sei schon vor geraumer Zeit die Forderung nach Abrüstung geworden. Als weitere Beweise zählt das Blatt all jene Aktivitäten Washingtons auf, die sich mit der gesteigerten Hochrüstung, der Schaffung neuer Stützpunkte und den massiven Versuchen imperialistischer Einmischung in anderen Ländern verbinden. Schließlich wird festgestellt, daß die Konfrontation mit der Sowjetunion wieder die beherrschende, ausschlaggebende Rolle in der USA-Politik spiele.

Es ist ganz offensichtlich, daß der Übergang von der Politik, die zu Salt II führte, zur Politik der Konfrontation auf einer Entscheidung beruht, die nicht von heute auf morgen getroffen wurde. Der Übergang zum offenen Angriff gegen eine Politik, die in der Schlußakte von Helsinki letzten Endes ihren Ausdruck fand, wurde vielmehr von langer Hand vorbereitet. Davon zeugt auch die Umstellung, die sich in kürzester Frist in den Massenmedien der kapitalistischen Länder vollzog.

Bei alledem mögen Erwägungen eine gewisse Rolle spielen, die mit den Präsidentschaftswahlen in den USA im Herbst dieses Jahres zusammenhängen. Aber der Kern der Sache ist ernster. Den aggressiven Kreisen des Imperialismus geht es um Rohstoffquellen, um politische und militärstrategische Positionen, um ihre Einflußsphären, um den Höchstprofit. Diesen Kräften bekommt der Frieden nicht. Im Frieden gedeihen die Interessen der Völker, ihr Kampf um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt. Aus der Klassenpolitik des Monopolkapitals erwächst Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker. Deshalb ist der Kampf für den

Frieden die zentrale Frage für die Menschheit und für den Klassenkampf in der internationalen Arena.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie ich auf der 11. Tagung des Zentralkomitees erklärt habe, werden die Staaten des Warschauer Vertrages alles tun, um die Sicherheit unserer Länder in jeder Beziehung zu gewährleisten. Dies sowohl in politischer und diplomatischer als auch in militärischer Hinsicht. Unsere feste Verankerung im Bündnis des Warschauer Vertrages, dessen 25. Jahrestag wir im Mai dieses Jahres begehen, ermöglicht es uns, durch entschiedenes Handeln den Entspannungsprozeß zu fördern und auf konkrete Abrüstungsmaßnahmen hinzuwirken. Konsequentes Eintreten für die Friedenssicherung, für die Beendigung des Wettrüstens und für die Abrüstung ist unverrückbarer Bestandteil unserer Politik. Das Mandat hierzu wurde uns von den mehr als 13,1 Millionen Bürgern der DDR bestätigt, die mit ihrer Unterschrift die Berliner Friedensinitiative von Genossen Breshnew unterstützten.

Frieden ist der Wille unseres Volkes, ist der wichtigste Grundsatz, das wichtigste Ziel unserer sozialistischen Außenpolitik. Mögen jene, die von Frieden sprechen, zugleich aber die Aggressionspolitik der USA gegen die Sowjetunion unterstützen und an der Rüstungs- sowie anderen Spiralen drehen, erkennen, daß dies unvereinbar ist. Nicht mit Verleumdung der Sowjetunion, sondern nur in Freundschaft mit ihr kann man eine erfolgreiche Friedenspolitik betreiben.

Gerade auf dem europäischen Kontinent. von wo zwei verheerende imperialistische Weltkriege ausgingen, verbinden sich die Interessen der Völker untrennbar mit einer Politik des Friedens. Hier sind die Ergebnisse des Ende der 60er Jahre eingeleiteten Entspannungsprozesses, der auch in der völkerrechtlichen Anerkennung der Existenz zweier souveräner deutscher Staaten und ihrer Aufnahme in die UNO seinen Ausdruck fand, am deutlichsten ausgeprägt.

Man darf davon ausgehen, daß diese Tatsachen auch auf die Meinungsbildung in den Regierungen und in der Öffentlichkeit der kapitalistischen Länder unseres Kontinents nicht ohne Wirkung sind. Zu vieler Anstrengungen hat das bisher Erreichte bedurft, es hat sich zu wertvoll für Frieden und Sicherheit, Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft erwiesen, als daß irgendwem an den Schaltstellen imperialistischer Macht erlaubt werden dürfte, es zunichte zu machen.

Ganz im Sinne der Fortsetzung des Entspannungsprozesses werden wir zusammen mit der Sowjetunion und den anderen Bruderländern die Vorbereitung des Madrider Nachfolgetreffens zur gesamteuropäischen Konferenz von Helsinki nutzen. Ebenso halten wir die von den Staaten des Warschauer Vertrages vorgeschlagene Konferenz zur militärischen Entspannung und zur Abrüstung für ein bedeutsames Forum, weitere Fortschritte zu ermöglichen. Entscheidend sind Ergebnisse, die auf dem Prinzip der gleichen Sicherheit beruhen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages können eine erfolgreiche Bilanz ziehen. Vermochte es doch unser Bündnis, im vergangenen Vierteljahrhundert alle Anschläge des Gegners auf den Sozialismus zurückzuweisen, und gleichzeitig gingen von ihm stets konstruktive Initiativen zur Erhaltung und Sicherung des Friedens, zur Gesundung der Weltlage aus. Mit Recht können wir feststellen, daß es in erster Linie unserem Bündnis zu danken ist, wenn Europa die längste Friedensperiode des Jahrhunderts erlebt.

In der Moskauer Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages vom November 1978 wurde diese Politik umrissen, die wir konsequent fortsetzen. Das dort unterbreitete umfassende Programm für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, das durch die Vorschläge des Komitees der Außenminister des Warschauer Vertrages im Mai 1979 in Budapest und im Dezember 1979 in Berlin weiter konkretisiert wurde, entspricht den Erfordernissen unserer Zeit.

Liebe Genossinnen und Genossen!

In den vergangenen beiden Jahren haben wir große Anstrengungen unternommen, um die mit der Sowjetunion und den anderen Bruderländern geschlossenen Freundschaftsverträge immer mehr mit Leben zu erfüllen. Im Mittelpunkt standen dabei die Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik und die weitere Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Das unzerstörbare, brüderliche Bündnis mit der Sowjetunion, die feste Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft sind und bleiben das entscheidende Fundament unserer Erfolge, unserer sicheren Gegenwart und Zukunft.

Das bestimmende Merkmal der Entwicklung des Weltsozialismus ist der ständig engere Zusammenschluß sozialistischer Länder auf gemeinsamer ideologischer und politischer Basis. Ein bemerkenswerter Fortschritt zeigt sich in dem bedeutend gewachsenen Beitrag der Republik Kuba sowie der

Sozialistischen Republik Vietnam und der Volksdemokratischen Republik Laos im Kampf für die gemeinsamen Ziele, in ihrer aktiven Teilnahme an der Zusammenarbeit der Bruderparteien sozialistischer Länder.

Ständig bestätigt sich, daß diese allseitige Zusammenarbeit der Bruderparteien die Triebkraft des Zusammenschlusses der sozialistischen Länder darstellt. Gemeinsam streben die Bruderparteien danach, die Zusammenarbeit noch effektiver, mit noch größerem Nutzen für alle zu gestalten. Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees konnten wir über Ergebnisse der Koordinierung unserer außenpolitischen Aktivitäten, der Arbeit auf ideologischem und propagandistischem Gebiet berichten.

Die einzelnen Bruderländer und unsere sozialistische Gemeinschaft als Ganzes lösen heute Probleme, die von keiner Ausbeutergesellschaft gelöst wurden. Seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erweist sich die Sowjetunion immer mehr als das Bollwerk des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts. Das Sowjetvolk vollbringt gewaltige Leistungen zur Errichtung der materiell-technischen Basis des Kommunismus entsprechend den Beschlüssen des XXV. Parteitages der KPdSU, zur Verteidigung des Sozialismus und des Friedens, im Interesse der antiimperialistischen Solidarität. Der mehr als 60jährige erfolgreiche Vormarsch der Sowjetunion zu den Höhen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gibt die Gewähr, daß sie die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft mit Erfolg meistern wird. Darin bestärken uns ihre Fortschritte im gegenwärtigen Fünfjahrplan und der auf die ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der Effektivität und Qualität gerichtete Kurs der KPdSU, wie er auf dem November-Plenum des Zentralkomitees 1979 gewiesen wurde.

In der allseitigen Zusammenarbeit, bei der Festigung der Bündnisbeziehungen im Warschauer Vertrag schließen sich unsere Länder immer enger um die Sowjetunion zusammen. Durch ihre Fortschritte beeinflussen sie zutiefst das internationale Geschehen und das Vorankommen der bereits befreiten oder noch um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

Der Sozialismus hätte heute zweifellos noch größeres Gewicht in der Welt, wenn der Ausbau seiner Positionen nicht durch die großmachtchauvinistische Politik der Pekinger Führer beeinträchtigt würde. Durch die Ereignisse wurde die Einschätzung der Lage in China, wie sie unser IX. Parteitag traf, bestätigt. In letzter Zeit trat China in der internationalen Arena aktiver hervor, jedoch nicht als fortschrittlicher, sondern als reaktionärer und aggressiver Faktor. Immer klarer offenbart sich das

Streben der gegenwärtigen Pekinger Führer nach einem Zweckbündnis mit den USA, Japan und den westeuropäischen Staaten des Kapitals.

Bei seiner kürzlichen Westeuropa-Reise widmete Hua Guofeng der Aufrüstung der NATO unverkennbar die größte Aufmerksamkeit und bedauerte, daß der Traum der Revanchisten in der BRD von einer „Wiedervereinigung" nicht in Erfüllung gegangen ist. Von der Verfolgung „gemeinsamer Sicherheitsinteressen" und der Vereinbarung friedensfeindlicher, antisozialistischer Schritte war auch der jüngste Besuch des US-Verteidigungsministers Brown in China gekennzeichnet. Vom offenen Komplott der gegenwärtigen Pekinger Führer mit dem Imperialismus zeugt auch ihr Verhalten zu den Ereignissen in Iran und in Afghanistan. Dabei ist das Bestreben der USA nicht zu übersehen, die expansionistischen Absichten Pekings im eigenen Interesse auszunutzen.

Natürlich sind dem Komplott Pekings mit dem Imperialismus gewisse Grenzen gesetzt. Zwischen den großmachtchauvinistischen Ambitionen und den gegenwärtigen Potenzen Chinas besteht ein Widerspruch. Das belegen die Rückschläge, die Peking vor allem auf ökonomischem, aber auch auf militärischem Gebiet, beim Aggressionsabenteuer gegen die Sozialistische Republik Vietnam, hinnehmen mußte. Die Erfolge der sozialistischen Staatengemeinschaft, ihre konsequente Friedenspolitik, das Voranschreiten der nationalen Befreiungsbewegungen wirken der Realisierung des verderblichen Kurses der Pekinger Führer entgegen.

Schließlich darf man nicht außer acht lassen, daß den Imperialismus und Peking zwar gemeinsame Interessen verbinden, ihre Ziele sich jedoch nicht voll decken. Die hegemonistischen Interessen machen sie nicht nur zu Partnern, sondern zugleich zu Rivalen. Durch die sich ausweitende Zusammenarbeit Pekings mit den imperialistischen Staaten wird die Gefahr einer Restauration kapitalistischer Verhältnisse in China erhöht. Das läuft den Interessen des Friedens und der Völker, einschließlich des chinesischen Volkes selbst, zuwider. Wir sind gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen Bruderländern bemüht, in den Beziehungen zu China die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur Geltung zu bringen.

Genossinnen und Genossen!

Wir erleben in den verschiedensten Regionen der Welt mannigfaltige Beweise für den unaufhaltsamen Drang der Völker, die ihnen vom internationalen Monopolkapital aufgezwungenen und unterstützten Herr-

schafts- und Ausbeutungsverhältnisse zu durchbrechen und Wege zu fortschrittlichen, zu gerechten sozialen und politischen Lebensformen zu finden. Wie auf dem IX. Parteitag festgestellt wurde, vertieft sich der soziale Inhalt der nationalen Befreiungsbewegungen ständig mehr. In vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewinnt die Erkenntnis an Boden, daß die Existenz und der weltpolitische Einfluß des Sozialismus die Positionen der Entwicklungsländer in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus unterstützen.

Die Ereignisse in Iran und in Nikaragua verdeutlichen die gewaltigen revolutionären Potenzen der Volksmassen und zugleich die Grenzen des Imperialismus. Mit Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgen wir den Fortgang der iranischen Volksrevolution. Noch vor kurzem ein bis an die Zähne bewaffneter Verbündeter des USA-Imperialismus, der im Nahen und Mittleren Osten sowie am Indischen Ozean eigene Großmachtinteressen verfolgte, verwandelt sich Iran in einen antiimperialistischen Faktor. Das ist natürlich nicht nur für den Nahen und Mittleren Osten von großer Bedeutung. Weder innerhalb der herrschenden Kreise noch unter den Massen ist jedoch bisher die Frage nach der sozialen und politischen Orientierung der iranischen Revolution schon endgültig entschieden. Die soziale Basis der Volksrevolution erweist sich als sehr unterschiedlich. Von revolutionären Teilen der Arbeiterklasse reicht sie bis zu breiten Kreisen kleinbürgerlicher Kräfte. Das erklärt in nicht geringem Maße den komplizierten und widerspruchsvollen Verlauf der Bewegung.

Wir vertreten den Standpunkt, daß die Geiselnahme von Diplomaten, wie sie in der Teheraner USA-Botschaft erfolgte, nicht der Wiener Konvention über diplomatische Privilegien und Immunitäten entspricht. Bekanntlich ist die Annahme der von den USA im Sicherheitsrat der UNO eingebrachten Resolution über die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Iran verhindert worden. Die DDR unterstützt voll und ganz den Standpunkt der Sowjetunion, daß Iran nichts unternommen hat, was den Weltfrieden gefährdet. Vielmehr geschieht das von seiten der USA, die ihre Kriegsflotte vor diesem Land konzentriert und seine Blockade angedroht haben. Es ist das Recht der Regierung und des Volkes von Iran, sich gegen diesen groben politischen und ökonomischen Druck der USA zu wehren.

In Afrika und anderen Gebieten des Erdballs bestätigt sich augenfällig, daß weitere Länder den Weg progressiver gesellschaftlicher Umgestaltungen einschlagen. Sie streben nach neuen Ufern, was bekanntlich vielfach

von ihnen verlangt, mit den Hinterlassenschaften des Kolonialismus fertig zu werden und zugleich einen harten Kampf gegen Neokolonialismus, Rassismus und imperialistische Einmischungsversuche zu führen. Immer hat unsere Deutsche Demokratische Republik an der Seite der nationalen Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent gestanden. Nun entwickelt sie Bündnisbeziehungen in neuen Dimensionen und von neuer Qualität mit den progressiven Staaten, insbesondere mit denen sozialistischer Orientierung.

Nach dem Besuch der von mir geleiteten Partei- und Staatsdelegation in Libyen, Angola, Sambia und Moçambique war unsere Reise in das Sozialistische Äthiopien und die Volksdemokratische Republik Jemen im November 1979 ein weiterer Schritt zur Festigung unseres Bündnisses. Der sozialökonomische und politisch-ideologische Entwicklungsstand dieser Länder ist sehr unterschiedlich. Fortschritte hängen vor allem von der Entwicklung der Klassen, ihrem Kräfteverhältnis, der Organisiertheit der revolutionären Kräfte, der Herausbildung avantgardistischer Parteien ab. Hier wird eine gewaltige Arbeit geleistet und sind noch große Aufgaben zu lösen, nicht zuletzt deswegen, weil sich die gesellschaftlichen Entwicklungen in Afrika unter komplizierten inneren und äußeren Bedingungen vollziehen.

Getreu unserer internationalistischen Politik, entsprechend unseren Verträgen über Freundschaft und Zusammenarbeit mit Angola, Moçambique, Äthiopien und der VDR Jemen werden wir diesen Staaten auch weiterhin solidarisch helfen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit kontinuierlich weiter ausgestalten. Durch eine große Zahl von Vereinbarungen über wirtschaftliche, industrielle, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit finden diese Verträge ihre Ergänzung. Jetzt kommt es darauf an, die Abmachungen im gegenseitigen Interesse konsequent zu verwirklichen.

Das internationale Monopolkapital will sich selbstverständlich nicht damit abfinden, daß der Sozialismus begonnen hat, auch auf dem afrikanischen Kontinent Fuß zu fassen. Deshalb nahm seine Einmischung, insbesondere auch die Einmischung von NATO-Mächten, in die inneren Angelegenheiten der jungen afrikanischen Staaten zu. Mit leeren Versprechungen verschiedenster Art und offenen Drohungen sollen die afrikanischen Völker daran gehindert werden, über ihr Schicksal frei zu bestimmen. Wo der Imperialismus, wie in Simbabwe und Namibia, die Völker

durch zweitrangige Zugeständnisse, bei Beibehaltung seiner Schlüsselstellung im Wirtschafts-, Finanz- und Militärwesen, vom Kampf um ihre volle Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit nicht abbringen kann, dort setzt er brutalen politischen, ökonomischen und militärischen Druck ein.

Eine wachsende Rolle im internationalen Leben spielt heute die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten. Daß die Mehrheit dieser Länder aktiv am Kampf gegen Imperialismus und Aggression, gegen Neokolonialismus und Rassismus teilnimmt, hat die VI. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Havanna gezeigt. Die Konferenz bekräftigte die antiimperialistischen Grundpositionen der Bewegung. Dieser politische Erfolg ist hoch zu bewerten. Das schließt nicht aus, daß Staaten dieser Bewegung in diesem oder jenem Fall auf Grund unterschiedlichen sozialökonomischen Niveaus und politischer Orientierung in der UNO verschiedene Positionen einnehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

In welchem Umfang es gelingt, auch künftig den Frieden weiter zu festigen und im Kampf für Demokratie und sozialen Fortschritt neue Erfolge zu erringen, hängt wesentlich von der politisch-ideologischen Einheit und Geschlossenheit, vom Handeln der internationalen kommunistischen Bewegung ab. Während der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist unsere Bewegung weiter erstarkt. Ihr politischer Einfluß in der Welt hat sich ausgedehnt. Gewachsen sind sowohl die Anzahl kommunistischer und Arbeiterparteien als auch die Mitgliederzahlen etlicher Bruderparteien. Eine der bemerkenswertesten Erscheinungen unserer Tage besteht darin, daß neue revolutionäre Vorhutparteien entstehen und sich entwickeln, die sich zum wissenschaftlichen Sozialismus bekennen.

In einer ganzen Reihe nichtsozialistischer Länder haben die kommunistischen Parteien ihre Positionen beträchtlich erweitert und gefestigt. Sie führen noch wirksamer den Kampf um Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt. Seit unserer letzten Beratung mit den 1. Kreissekretären im Februar 1978 haben die meisten Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern Parteitage abgehalten und eine umfangreiche Arbeit geleistet, um ihrer gewachsenen Rolle unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes gerecht zu werden. Anhand der Erfahrungen aus den vergangenen Jahren präzisierten sie ihre strategisch-programmatischen und bündnispolitischen Zielsetzungen und Aktionsprogramme und schenkten

der weiteren Stärkung ihrer Kampfkraft und Geschlossenheit große Aufmerksamkeit.

Gegenwärtig entfalten die Bruderparteien der kapitalistischen Länder Europas vielfältige Aktivitäten, um breite Massenbewegungen gegen die Stationierung der neuen nuklearen USA-Raketen in Westeuropa, für militärische Entspannung und Abrüstung zu schaffen. Sie nehmen die Berliner Vorschläge des Genossen Leonid Breshnew zum Ausgangspunkt, um die Friedensbewegung in ihren Ländern zu aktivieren. Damit stärken sie zugleich ihr Ansehen und ihren Einfluß in diesen Ländern.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Auf die Welt von heute wirken mit gewaltiger Kraft das weitere Erstarken der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft. Entsprechend den Beschlüssen der Parteitage der Bruderparteien werden bei der Gestaltung der neuen Gesellschaft Aufgaben von wahrhaft historischer Tragweite gelöst. Das von Ausbeutung befreite Schöpfertum der Menschen kommt ihrem eigenen materiellen und kulturellen Wohle zugute.

1951 bis 1978 lag das Wachstumstempo des Nationaleinkommens und der Industrieproduktion der Mitgliedsländer des RGW dreimal höher als das der kapitalistischen Industrieländer. Erzeugten die Mitgliedsländer des RGW vor drei Jahrzehnten 18 Prozent der Weltindustrieproduktion, so ist es heute etwa ein Drittel. Damals entfielen auf diese Länder 15 Prozent des Nationaleinkommens der Welt. Gegenwärtig beträgt dieser Anteil 25 Prozent. Seit Beginn der 70er Jahre wurde in den Ländern des RGW der Zuwachs an Industrieproduktion zu mehr als 80 Prozent, in einigen fast ausschließlich, durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt.

Während wir die Vorzüge des Sozialismus ständig besser zur Geltung bringen, ist der Kapitalismus durch eine weitere Vertiefung der ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche, durch eine Verschärfung des Zusammenpralls der Profit- und Machtinteressen des Monopolkapitals mit den Lebensinteressen der Völker charakterisiert. Die 70er Jahre brachten nicht die Geburt eines krisenfreien Kapitalismus, den bürgerliche Politiker und Ideologen Ende der 60er Jahre noch lauthals verkündet hatten. Vielmehr trat genau das Gegenteil ein. Die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärfte sich.

Wirtschaftliche Instabilität, politische Labilität, geistiger und kultureller Verfall traten in den kapitalistischen Ländern immer deutlicher hervor. Die in der Tiefe wirkenden Widersprüche und zerstörerischen Kräfte der

kapitalistischen Gesellschaft drängten mit elementarer Macht an die Oberfläche. In den 70er Jahren wurde die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft von der bisher tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegsperiode erfaßt.

Kraß trat die Unfähigkeit des kapitalistischen Profitsystems zutage, den Anforderungen der modernen Produktivkräfte gerecht zu werden. Infolge der millionenfachen Brachlegung von Arbeitskräften, der Nichtauslastung von Kapazitäten entstand in den kapitalistischen Industrieländern allein 1974 bis 1978 ein Produktionsausfall im Werte von mehr als 700 Milliarden Dollar. Das entspricht etwa dem Sozialprodukt Frankreichs und Italiens zusammengenommen.

Massenarbeitslosigkeit, Inflation und internationale Währungskrisen wurden zu einer Dauererscheinung. Seit 1970 erhöhte sich die Zahl der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosen in den kapitalistischen Industrieländern von 8 auf 17 Millionen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Verbraucherpreise in diesen Ländern um durchschnittlich 120 Prozent. Das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum der entwickelten kapitalistischen Länder halbierte sich während der 70er Jahre gegenüber den 60er Jahren.

Die enge Verflechtung langfristiger, chronischer Krisenprozesse und zyklischer Entwicklung des Kapitalismus führte dazu, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung nach der Krise 1974/1975 nur sehr schleppend vollzog. Gegenwärtig wird die kapitalistische Wirtschaft zunehmend von einer neuen zyklischen Krise erfaßt, ohne sich von den Folgen der vorigen erholt zu haben.

Ein wesentlicher Faktor der labilen und widersprüchlichen Entwicklung der Wirtschaft im Kapitalismus ist das langsamere und ungleichmäßige Tempo der Kapitalakkumulation. Teilweise dauerte es bis zu fünf Jahren, ehe die realen Bruttoanlageinvestitionen der kapitalistischen Hauptländer das Niveau von 1973 wieder überschritten. Bei unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Ländern schwächten sie sich im vergangenen Jahr bereits wieder ab. In den USA nahmen sie nur noch um 1,5 Prozent zu, in Großbritannien waren sie erneut um 2 Prozent absolut rückläufig.

Mit den USA und Großbritannien haben zwei kapitalistische Hauptländer, die zusammen rund 42 Prozent der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt aufbringen, bereits seit dem zweiten Halbjahr 1979 den Rand zum Abgrund einer neuen zyklischen Überproduktionskrise überschritten. Die anderen kapitalistischen Staaten sind in diesem ersten Jahr

des beginnenden 80er Jahrzehnts mit der Tatsache konfrontiert, daß die Zuwachsraten sinken. Wie ich auf der 11. Tagung des Zentralkomitees sagte, gehen dortzulande die Stimmen dahin, daß es nur noch eine Frage der Zeit sei, wann auch sie in den Strudel der neuen Wirtschaftskrise gerissen werden. Die sich verschärfende Energiekrise und die anschwellende Inflation wirken dabei als treibende Faktoren.

Jetzt sprechen selbst in den USA viele Ökonomen und Unternehmer von der „traurigen Entwicklung der Produktivität" in den Vereinigten Staaten. 1979 gab es dort kein Wachstum, sondern einen Rückgang der Produktivität. Mit der vielgerühmten „technologischen Überlegenheit" scheint es nach der Auffassung etlicher Fachleute nicht zum besten bestellt zu sein. Dies zeigt auch die Konkurrenz-Situation zwischen den USA und der BRD. Aus Analysen amerikanischer Institute geht hervor, daß USA-Firmen ihren früheren Vorsprung gegenüber der Konkurrenz teilweise eingebüßt haben, weil sie zuwenig investierten.

All das läßt die Vertreter des Monopolkapitals völlig zu Recht mit Resignation und größtem Unbehagen nicht nur auf die Perspektiven des jetzt begonnenen Jahres, sondern des gesamten 80er Jahrzehnts blicken. Schlagzeilen in seinen Blättern wie „Unsicher in die 80er Jahre", „Der Dekade des Umbruchs folgt die Dekade der Unsicherheit" sprechen für sich. Von „Ungewißheit" und „Unwägbarkeiten", einem „gemeinsamen Weg in den Abschwung" ist die Rede. Und das „Goldfieber" an den Börsen, die ständigen Rekordpreisexplosionen für die Feinunze des gelben Metalls sind ein sichtbares Barometer der Krisenangst. Noch nie hat der Kapitalismus in seiner Geschichte den Übergang in ein neues Jahrzehnt mit einem derartigen Pessimismus angetreten.

Ganz offenkundig hat jene besondere Art der Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise, auf die der IX. Parteitag verwies, einen neuen Abschnitt kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung eingeleitet, der durch eine Bündelung von Krisenprozessen gekennzeichnet ist. Die in den 70er Jahren aufgebrochenen Widersprüche und Konflikte schleppen sich in die 80er Jahre fort und spitzen sich weiter zu.

Von weitreichender Wirkung sind die Folgen der Energiekrise, der gegenwärtig schärfsten Strukturkrise, für alle Länder und Wirtschaftsbereiche des Kapitals. Diese Energiekrise ist Ausdruck dafür, daß unter den Strukturbedingungen, die das Monopolkapital der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung diktiert, eine hemmungslose Raub- und Ver-

schwendungswirtschaft betrieben wurde. Nach wie vor folgen die imperialistischen Länder, voran die USA, der Konzeption, ihre Energiekrise hauptsächlich dadurch zu überwinden, daß sie die neokolonialistische Ausbeutung der Entwicklungsländer forcieren.

Während der 70er Jahre ist der Imperialismus zu einer Kapitalexport-Offensive gegenüber den Entwicklungsländern angetreten. Zwischen 1970 und 1977 erhöhte sich der absolute Umfang seines Kapitalexports in diese Staaten um etwa das 3,2fache. Dahinter verbirgt sich ein großangelegter Raubzug auf die Reichtümer der Entwicklungsländer. Das Ausmaß ihrer neokolonialistischen Ausplünderung wird durch die Tatsache unterstrichen, daß der im Auftrage des „Club of Rom" herausgegebene Tinbergen-Bericht Schätzungen nicht in Frage stellt, wonach die imperialistischen Mächte aus den Entwicklungsländern jährlich bis zu 100 Milliarden Dollar Gewinn ziehen. Immer umfangreicher wird ihr profitabler Waffenexport.

Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung und etwa 75 Prozent aller Rohstoff- und Energieressourcen außerhalb der sozialistischen Welt sind in diesen Ländern konzentriert. Aber ihr Anteil am gesamten produzierten Sozialprodukt beträgt nur 18 Prozent, an der industriellen Produktion 15 Prozent, an der landwirtschaftlichen Produktion 50 Prozent und am Export der gesamten kapitalistischen Welt 25 Prozent. Die gewaltige Lücke zwischen dem Entwicklungsstand der imperialistischen Länder und den jungen Nationalstaaten vertieft sich weiter. Belief sich vor 30 Jahren das Verhältnis ihrer Bruttoproduktion pro Kopf noch auf 10:1, so verschlechterte es sich auf gegenwärtig etwa 13:1. Das bestätigt, daß der Widerspruch zwischen den kapitalistischen Ländern und den Entwicklungsländern ein schwelender Krisenherd auch in den 80er Jahren bleibt.

Zu einem Katalysator der Widersprüche des Kapitalismus der 80er Jahre wird die wissenschaftlich-technische Revolution. Ich habe dazu auf der 11. Tagung des Zentralkomitees gesprochen. Wir sehen durchaus, daß sich in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern Wissenschaft, Technik und Wirtschaft weiter entwickeln. Aber der Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die kapitalistische Wirtschaft ist ein äußerst widerspruchsvoller Prozeß. Das liegt in der Natur des Monopols begründet, dem, wie Lenin hervorhob, das Wirken zweier entgegengesetzter Tendenzen innewohnt: die des weiteren Fortschritts und die der Stagnation und Fäulnis.

In der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, im kapitalistischen

Konkurrenzkampf, vor allem auch in der Rüstung suchen die Imperialisten den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu ihren Gunsten einzusetzen. Die massenhafte Verwendung von Mikroprozessoren, die Automatisierung der Produktion, neue Entwicklungen im Bereich der Biologie, Fortschritte in der Meeresforschung, der Chemisierung und der Energetik sind Beispiele dafür, vor allem aber die Entwicklung immer neuer Waffensysteme.

Eigentlich dazu berufen, die Arbeit der Menschen noch fruchtbarer zu machen, ihr Schöpfertum zu entwickeln und die Arbeitsbedingungen immer menschlicher zu gestalten, erscheint der moderne wissenschaftlich-technische Fortschritt in den kapitalistischen Ländern als „Furie", als „Dämon Technik", als „Arbeitsplatzkiller", als Feind der Menschen, der im Massenumfang Arbeiter und Angestellte „freisetzt", auf die Straße wirft, die Qualifikation ganzer Berufsgruppen und Betriebsbereiche entwertet, zugleich die Ausbeutung derer, die im Produktionsprozeß verbleiben, noch härter intensiviert und die Leistungsfähigkeit der Menschen rascher ruiniert. Die chronische Massenarbeitslosigkeit und die ständige Infragestellung der Beschäftigung für Millionen und aber Millionen Werktätige sind gegenwärtig die schwerste soziale Folge der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter kapitalistischen Bedingungen.

Wie sie selbst eingestehen, haben die herrschenden Kreise des Westens schon längst die Vorstellung aufgegeben, daß das Beschäftigungsproblem in absehbarer Zukunft gelöst werden könnte. Es wird sich sogar noch verschärfen. Die Prognos AG in Basel – das führende Prognoseinstitut in Westeuropa – rechnet damit, daß Westeuropa in zehn Jahren 22 Millionen Arbeitslose zählen wird, darunter fast zwei Millionen in der BRD.

Indem sich das Monopolkapital ausdrücklich auf den Systemcharakter der sogenannten „Marktwirtschaft" beruft, lehnt es sogar die Gewährung eines moralischen Rechts auf Arbeit ab. Eine Gesellschaft, die den Arbeitern das Menschenrecht auf Arbeit verweigert, den Monopolen aber das Recht auf Aussperrung Hunderttausender arbeitender Menschen von ihren Arbeitsplätzen gewährt, um Streiks von Arbeitern und Angestellten abzuwürgen, die gegen Lohndruck und unsoziale Folgen der kapitalistischen Rationalisierung kämpfen, kann nicht menschenwürdig sein.

In den Händen der Monopole ist die Arbeitslosigkeit ein Mittel zur kapitalistischen Disziplinierung der Arbeiterklasse und zur weiteren Verschärfung des Ausbeutungsregimes. Das Arbeitstempo wird hoch-

geschraubt, die Arbeitsbelastungen nehmen zu. Politisch nicht genehme Arbeiter und Angestellte müssen Maßregelung und Kündigung befürchten. Betriebliche Sozialleistungen werden abgebaut. Systematisch wirft man leistungsschwächere Arbeiter und Angestellte, Ältere und körperlich Behinderte aus den Betrieben hinaus. In vielen kapitalistischen Ländern werden „Sparprogramme" zu Lasten des werktätigen Volkes praktiziert.

Während die Profite der Monopole seit der zyklischen Krise von 1974/75 Jahr für Jahr einen Sprung nach oben machten, führt die Kombination von steigenden Inflationsraten, wachsender steuerlicher Belastung und Lohndruck dazu, daß die Reallöhne in zahlreichen kapitalistischen Ländern stagnieren beziehungsweise sogar erheblich absinken. Der Reallohn der amerikanischen Industriearbeiter ist gewerkschaftlichen Angaben zufolge gegenüber 1972 um 9 Prozent gesunken und auf das Niveau von 1964 zurückgegangen. In der BRD führen die Monopole einen neuen Angriff auf den sozialen Besitzstand des arbeitenden Volkes. So wurden die Regeln für das inflationsbedingte Wachstum der Renten verschlechtert. Rentner müssen Rezeptgebühren und andere finanzielle Beiträge zur Krankenversicherung aufbringen. Es ist eine Ungeheuerlichkeit und legt den Charakter des Systems bloß, wenn sogar ernsthaft erwogen wird, auch die Rentner der Einkommenssteuer zu unterwerfen.

In besonderem Maße zeigt sich die Unfähigkeit des Kapitalismus, die sozialen Voraussetzungen und Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu bewältigen, auf dem Gebiet der Qualifikation der Arbeitskraft und des allgemeinen Bildungswesens. Millionen Jugendliche in den kapitalistischen Ländern sind ohne Berufsausbildung und Arbeitsstelle. Jahr für Jahr müssen dort immer mehr junge Menschen erfahren, daß sie nicht gebraucht werden, keinen Platz im Leben dieser Gesellschaft haben, überflüssig sind. Weder als „mündige Bürger" sind sie gefragt, noch sehen sie die Möglichkeit, ihr Leben sinnvoll zu gestalten.

Die wachsende Arbeitslosigkeit, zunehmende soziale Unsicherheit, soziale und politische Diskriminierung führen zu einer Vermehrung deklassierter Schichten. Im Kapitalismus werden diejenigen, die am drastischsten die Gebrechen der Profitgesellschaft zu spüren bekommen, kurzerhand zu Problem- und Randgruppen erklärt. So sind die Arbeitslosen, die Gastarbeiter und ihre Familien, die Invaliden, die Rentner, die Obdachlosen, die Alkoholiker und Rauschgiftsüchtigen, ungelernte Arbeiter, große Teile der Kinder, farbige Bürger im kapitalistischen Sprachgebrauch Randgruppen.

Aber diese Gruppen machen vielfach 20 bis 25 Prozent der Gesellschaft aus.

Bei alledem nimmt es nicht wunder, wenn am Beginn der 80er Jahre in den kapitalistischen Ländern Resignation, Hilflosigkeit, Lebensangst um sich greifen wie kaum zuvor. Wie eine repräsentative Umfrage in der BRD ergab, haben dort 60 Prozent der Bürger Angst. Die Jüngeren befürchten, nach der Schule keinen Ausbildungsplatz oder nach der Berufsausbildung keinen Arbeitsplatz zu erhalten. Die Älteren sorgen sich um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, darum, daß er wegrationalisiert wird. Die Alten haben Angst um ihr Auskommen. Das widerspiegelt die historische Wahrheit, daß der Kapitalismus unfähig ist, die Daseinsprobleme der Völker in deren Interesse zu lösen.

Die Flucht in den Drogenrausch hat während der 70er Jahre riesige Ausmaße angenommen. Wenn in den kapitalistischen Ländern von einer Rauschgift- und Haschisch-Gesellschaft gesprochen wird, dann ist die kapitalistische Ordnung selber die Ursache dieser erschreckenden Erscheinung. Es entspricht ihrem Wesen, wenn diejenigen, die das Rauschgift in großem Stil unter die Leute bringen, Gewinne bis zu tausend Prozent einstreichen. Neben der Rüstungsproduktion ist der Rauschgifthandel zu einem der profitabelsten kapitalistischen Geschäfte geworden. Das eine wie das andere Geschäft kalkuliert den Tod von Menschen ein. So gibt die kapitalistische Gesellschaft, die nur auf den Profit orientiert ist, die Sicherheit und das Leben der Menschen gnadenlos preis. All dies ist zugleich Ausdruck dafür, wie sehr sich die geistige und moralische Krise der kapitalistischen Gesellschaft vertieft. Fäulnis und Parasitismus, von Lenin nachgewiesene Wesenszüge des Imperialismus, zeigen sich allenthalben.

Eine solche Errungenschaft des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wie die elektronische Datenverarbeitung gefährdet unter kapitalistischen Bedingungen nicht nur die soziale, sondern auch die politische Sicherheit der Menschen in höchstem Maße. Sie wird mißbraucht, um faktisch eine computerüberwachte Gesellschaft zu schaffen. Nie zuvor wurden in den imperialistischen Ländern so viele Menschen von der Polizei und vom Sicherheitsdienst ausgeforscht wie heute. In den Computern des FBI und der CIA sind rund 160 Millionen Bürger erfaßt. Das bedeutet bei 220 Millionen Einwohnern, daß fast jeder Erwachsene wie ein potentieller Verbrecher unter der direkten Kontrolle der Polizei und der Geheimdienste steht. Vom „verdateten Bürger", vom „gläsernen Menschen" ist die Rede.

Unter solchen Bedingungen werden auch persönliche Freiheitsrechte immer weiter abgebaut. Allein die 4500 Berufsverbote in der BRD auf der Grundlage geheimdienstlicher Bespitzelungen sprechen ein eindeutiges Urteil über Freiheit und Demokratie im Kapitalismus. Die Tatsachen zeigen, daß sich all diese Maßnahmen, die unter dem Deckmantel des „Schutzes von Ordnung und Sicherheit" betrieben werden, gegen die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte richten.

Neben der sozialen und politischen Entrechtung der Werktätigen sind der Kurs der Hochrüstung, der zunehmende Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes, die generelle Verstärkung der aggressiven Politik des Monopolkapitals zu einer der ernsthaftesten Bedrohung der Lebensinteressen der Volksmassen geworden. Wie recht hatte Lenin mit der Feststellung, daß der Imperialismus „der Arbeiterklasse unerhörte Verschärfung des Klassenkampfes, der Not, der Arbeitslosigkeit, der Teuerung, des Druckes der Trusts, des Militarismus"[1] bringt.

Der Imperialismus ist der Zukunft abgewandt. Weder in der Ökonomie noch in der Politik, Ideologie, Kultur und Moral vermag er den Interessen und Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Unser Kampf für Frieden und Sozialismus an allen seinen Abschnitten zeigt immer wieder, wie wahr die Worte von Karl Marx und Friedrich Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" sind, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Um wieviel mehr zeigt sich diese Wahrheit in der heutigen Zeit weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Legt man die tiefe Analyse unserer Klassiker der Beurteilung der vielgestaltigen, mitunter äußerst komplizierten politischen Vorgänge zugrunde, so wird man die richtige Position beziehen und die richtigen Entscheidungen für den eigenen Beitrag zum revolutionären Kampf für die Erneuerung der Welt treffen. Dies tun wir als Staat im sozialistischen Weltsystem und fester Verbündeter aller progressiven, für den Frieden kämpfenden Kräfte.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zu Recht kann man sagen, daß die 11. Tagung des Zentralkomitees einen bedeutsamen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer ökonomischen Politik geleistet hat. Das ist bei der Vorbereitung des X. Parteitages von großem Gewicht, wird doch der Fortschritt auf allen Gebieten des gesellschaft-

1 W. I. Lenin: Resolutionsentwurf der linken Sozialdemokraten für die erste Internationale Sozialistische Konferenz. In: Werke, Bd. 21, S. 349.

lichen Lebens in immer stärkerem Maße von den wirtschaftlichen Ergebnissen beeinflußt. Es galt, den Weg für den höheren ökonomischen Leistungsanstieg vorzuzeichnen, den wir brauchen, um unser Programm der Vollbeschäftigung, des Volkswohlstandes, des Wachstums und der Stabilität unter veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen fortzuführen. Diese Aufgabe wurde erfolgreich gelöst. Dabei konnten wir vor allem an die Resultate der 10. Tagung anknüpfen. Die Parteiführung arbeitete ja seit längerem intensiv an der Beantwortung dieser lebenswichtigen Fragen.

Wir möchten die Aufmerksamkeit auf das entscheidende Kettenglied lenken, das mit den Beschlüssen der 11. Tagung des Zentralkomitees erfaßt wurde, um eine wesentliche Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität zu erreichen. Der Ausgangspunkt ist, die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaft wirksamer mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden. Das ist die Hauptsache.

Vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und seiner umfassenden wirtschaftlichen Nutzung hängt das Schrittmaß der 80er Jahre ab, beim Wachstum der Produktion wie bei der notwendigen Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis in der wirtschaftlichen Tätigkeit. Die 11. Tagung des Zentralkomitees kann also auch nur richtig ausgewertet, ihre Beschlüsse können nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn gerade auf diesem Gebiet überall eine gewissenhafte Einschätzung der Lage erfolgt und Aufgaben festgelegt werden, die den neuen Erfordernissen entsprechen.

Unsere Deutsche Demokratische Republik ist ein leistungsfähiger, entwickelter sozialistischer Industriestaat. Viele gesellschaftliche Errungenschaften und vor allem der hohe Stand des materiellen und kulturellen Lebensniveaus in unserer Republik hängen damit unmittelbar zusammen. Der ökonomische Rang eines Landes wird aber nicht mehr allein vom Umfang der Produktion bestimmt. Immer stärker in den Vordergrund tritt die Fähigkeit, modernste Technologien zu beherrschen und Erzeugnisse von höchstem Niveau herzustellen. Dem haben wir Rechnung zu tragen, wenn wir daran arbeiten, unsere gute wirtschaftliche Position zu behaupten und auszubauen.

In diesem Sinne arbeiten wir daran, für das künftige Wirtschaftswachstum jene entscheidenden Entwicklungsrichtungen festzulegen, auf die wir die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten und die Investitions-

kraft der Republik konzentrieren. Es geht um Effektivität und Qualität der Arbeit. Unsere Strategie verlangt hohe wissenschaftlich-technische Leistungen auf ausschlaggebenden Gebieten. Die bessere Nutzung der Energie- und Rohstoffbasis und der Grundfonds schließt sie ebenso ein wie den rationellsten Einsatz der Arbeitskräfte. All das zusammen wird jenen Rationalisierungsschub bewirken, den wir brauchen und der dem Plan 1980 zugrunde liegt. Er verlangt, mit nur wenig mehr Rohstoffen und fast dem gleichen gesellschaftlichen Arbeitszeitfonds einen beträchtlichen Zuwachs an Endprodukten zu erzielen. So, wie das für die Versorgung der Bevölkerung, der eigenen Volkswirtschaft und für den Export notwendig ist.

Nach der 11. Tagung erhielt das Zentralkomitee Tausende von Schreiben. Aus den Kollektiven der Kombinate kommen sie ebenso wie aus den kleinsten örtlichen Betrieben, aus wissenschaftlichen Instituten, Einrichtungen der Volksbildung und des Gesundheitswesens oder auch von einzelnen Persönlichkeiten. Sie enthalten viele wertvolle Überlegungen und Verpflichtungen. Tiefes Verständnis für die politischen und ökonomischen Erfordernisse, vor denen unser Land steht, spricht aus diesen Briefen. Sie sind durchdrungen von dem Vertrauen in die Wirtschafts- und Sozialpolitik unserer Partei und der festen Entschlossenheit, selbst zu ihrer weiteren Verwirklichung beizutragen.

Bekanntlich konnten wir für die Jahre seit 1971 eine sehr eindrucksvolle Bilanz ziehen. Niemals zuvor hat sich in einer solchen Zeitspanne die Wirtschaftskraft der Deutschen Demokratischen Republik in so starkem Maße erhöht, wurden die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen derart umfassend verbessert. Damit schuf unser Volk solide Ausgangspositionen für die 80er Jahre. Das Geschaffene stärkte das Vertrauen der Werktätigen in die eigene Kraft, wozu die ideologische Arbeit einen wesentlichen Beitrag geleistet hat und weiter leisten muß.

Die Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1979, die kürzlich veröffentlicht wurde, zeigt, wie unsere Bilanz mit gutem Erfolg fortgeschrieben worden ist. Das Nationaleinkommen war um 4 Prozent höher als 1978. Die industrielle Warenproduktion betrug in der Volkswirtschaft 351,3 Milliarden Mark, also 15,5 Milliarden Mark mehr als ein Jahr zuvor. Der Plan wurde um 2 Milliarden Mark überboten. Wir erzielten eine Steigerungsrate von 4,8 Prozent, im Bereich der Industrieministerien um 5,3 Prozent. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich in der zentralgeleiteten Industrie um 4,4

Prozent. Noch aussagekräftiger ist jedoch die Tatsache, daß die Leistung je Arbeitsstunde um 6 Prozent anstieg.

Es ist eine bedeutende Leistung, daß durch die Anwendung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse und Maßnahmen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation 1979 in den Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben 364 Millionen Stunden eingespart werden konnten. Das ist die jährliche Arbeitszeit von 200 000 Arbeitern. Für 1980 ist geplant, den Arbeitszeitaufwand auf diese Weise um 447 Millionen Stunden zu senken, was 245 000 Arbeitskräften entspricht. Und auch das ist noch eine Mindestzielstellung. Erneut zeigt sich also, was gestern gut war, ist heute lange nicht mehr genug.

Auch weitere wichtige sozialpolitische Fortschritte brachte das Jahr 1979. 162 743 Wohnungen wurden neu gebaut beziehungsweise modernisiert. 117 355 davon sind Neubauwohnungen, 3005 mehr als geplant. Die Wohnverhältnisse verbesserten sich für eine halbe Million Bürger. Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung wuchsen um 3,2 Milliarden Mark. Erstmals überstieg das durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten in unserem Lande 1000 Mark. Der Einzelhandelsumsatz war um 3 Milliarden Mark höher als 1978. Jeder Einwohner der DDR kaufte durchschnittlich für 5700 Mark Waren. Und bekanntlich wurde der Urlaub für alle Werktätigen um mindestens 3 Tage erhöht. Während in den meisten kapitalistischen Ländern der Lebensstandard sank, konnte also in unserem Lande die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen fortgesetzt werden.

Im vergangenen Jahr sammelten wir auch neue Erfahrungen bei der Leitung der Wirtschaftsprozesse und im sozialistischen Wettbewerb. Wir denken dabei vor allem an die Aufholung der durch den schweren Winter verursachten Rückstände. Betrug der Zuwachs der industriellen Warenproduktion im 1. Halbjahr 5,3 Milliarden Mark, so waren es im 2. Halbjahr 10,2 Milliarden Mark. Im Bereich der Industrieministerien stieg die Zuwachsrate von 4,4 Prozent in den ersten 6 Monaten 1979 auf 5,9 Prozent in der zweiten Jahreshälfte. Das war mehr, als der Plan vorsah. Es ist also möglich, höhere Wachstumsraten zu erzielen.

Wir konnten 1979 auch Erkenntnisse gewinnen, die einen beträchtlichen Wert für die Vertiefung der Intensivierung besitzen. Gelang es doch beispielsweise, einen Produktionsanstieg von 4,8 Prozent mit nur 1,3 Prozent Zuwachs an Rohstoffen zu erreichen. Überall heißt es also, die Praxis des vergangenen Jahres genau zu analysieren. Das gilt natürlich ebenso für die

weniger erfreulichen Tatsachen, wie die noch relativ hohe Zahl der Rückstandsbetriebe oder die unzureichend vertragsgerechte Produktion. Die Schlußfolgerungen für 1980 sind ohne Zeitverluste wirksam zu machen, um den Plan in der Tat Woche für Woche, Monat für Monat zuverlässig zu erfüllen.

Sehr wesentlich tragen die Vereinbarungen mit den sozialistischen Ländern, vor allem mit der Sowjetunion, dazu bei, den weiteren kontinuierlichen wirtschaftlichen Fortschritt in unserer Republik zu gewährleisten. Mit dem Programm zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen der DDR und der Sowjetunion bis zum Jahre 1990 wird eine neue Dimension in den Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR erreicht.

Auf dieser Basis wurden durch die Abstimmung für 1981 bis 1985 bereits tragende Fundamente für unseren nächsten Fünfjahrplan gelegt. Die umfangreichen Lieferungen der Sowjetunion an Roh- und Brennstoffen, über die ich auf der 11. Tagung gesprochen habe, sichern schon heute den entscheidenden Teil unseres Bedarfs. Kein kapitalistisches Industrieland kann auf diesem lebenswichtigen Gebiet eine so solide Perspektive aufweisen, und wenn es noch so viel für diese kostbaren Rohstoffe zahlen würde.

Hinzu kommt noch etwas anderes. Trotz der Preiserhöhungen, die auch in unserem Handel mit den Ländern des RGW erfolgten und auch weiter erfolgen, liegen die Preise mit der Sowjetunion beträchtlich unter dem Niveau des kapitalistischen Marktes. Im Jahre 1979 bezahlten wir entsprechend den RGW-Preisbildungsprinzipien für unsere Importe an Erdöl und Erdgas aus der Sowjetunion rund 30 bis 40 Prozent weniger, als der durchschnittliche Preis zu dieser Zeit auf dem kapitalistischen Markt ausmachte.

Der Handel mit der Sowjetunion und den anderen Mitgliedsländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe wird auch weiterhin die feste Grundlage der gesamten Außenwirtschaftstätigkeit der DDR bilden und etwa zwei Drittel unseres Warenaustausches umfassen.

Allerdings wird das Bild am Anfang des neuen Jahrzehnts nicht nur von diesen positiven Faktoren bestimmt. Wir haben den schweren Belastungen Rechnung zu tragen, die von der Preisentwicklung für Roh- und Brennstoffe auf den Weltmärkten ausgehen und weiter anwachsen. Damit entsteht für uns eine neue Lage. Für die Zukunft haben wir einen weiteren starken Anstieg der Preise für Roh- und Brennstoffe im NSW zu erwarten. Ent-

sprechend den geltenden Preisbildungsprinzipien wirken die erhöhten Weltmarktpreise für Roh- und Brennstoffe mit einer bestimmten Verzögerung auch auf unseren Handel mit den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Genossinnen und Genossen!

Sowohl die Ausgangspositionen als auch wesentliche Bedingungen für das künftige dynamische Wirtschaftswachstum unterscheiden sich am Anfang der 80er Jahre deutlich von den Gegebenheiten zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts. Die Leistungssteigerung kann darum auch nicht mit den gleichen Mitteln erreicht werden. In noch weit stärkerem Maße muß sie vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt getragen werden. Vor uns steht unausweichlich die Aufgabe, auf der Basis einer breiten Grundlagenforschung mehr Spitzenleistungen zu erzielen und sie ohne Zeitverluste in großem Umfang wirtschaftlich zu nutzen. Nur so werden wir jene höhere Stufe der Arbeitsproduktivität realisieren können, die nötig ist, um die entwickelte sozialistische Gesellschaft in unserem Lande weiter erfolgreich zu gestalten.

In diesem Sinne wurde während der Vorbereitung und der Auswertung der 11. Tagung des Zentralkomitees intensiv an der Grundkonzeption des volkswirtschaftlichen Leistungswachstums gearbeitet. Diese Strategie umfaßt den kommenden Fünfjahrplan, und schon die Durchführung des Planes 1980 muß voll und ganz in ihrem Zeichen stehen.

Einen entscheidenden Bestandteil dieser Konzeption bilden die Beschlüsse des Politbüros zur beschleunigten Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik, zum Einsatz von Industrierobotern; zur elektronischen Steuerung von Maschinen und zur weiteren Anwendung von Anlagen der elektronischen Rechentechnik. Damit werden entscheidende Voraussetzungen geschaffen, das technische und technologische Niveau unserer Produktion durchgreifend zu verbessern. Für die sozialistische Rationalisierung werden neue Räume geöffnet, bis hin zur Rationalisierung der Verwaltungsarbeit einschließlich der Banken, Versicherungen und Sparkassen sowie der Post.

Vor den Ministern und den Generaldirektoren der Kombinate steht die Aufgabe, die breite Einführung dieser modernen Technologien so vorzubereiten, daß ein hoher volkswirtschaftlicher Nutzen erreicht wird. Zum Ausdruck kommen muß er in einer bedeutenden Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus und des Gebrauchswertes möglichst vieler

Erzeugnisse. Viele Bereiche haben sowohl als Anwender, aber auch als Zulieferer für die Mikroelektronik nicht geringe Aufgaben zu lösen. Den Ministern ist dabei durch die Staatliche Plankommission, das Ministerium für Wissenschaft und Technik und das Ministerium für Materialwirtschaft jegliche Unterstützung zu geben.

Eine entscheidende Rolle bei der ökonomischen Nutzung der Mikroelektronik kommt dem Werkzeugmaschinenbau und dem Verarbeitungsmaschinenbau zu. In den Jahren 1981 bis 1985 ist es deshalb notwendig, für ihre Erzeugnisse anspruchsvollere Maßstäbe vorzugeben, bei der technologischen Erneuerung wie für den Umfang der Produktion. Damit ist zugleich der Eigenbau von Rationalisierungsmitteln in den Kombinaten wirksam zu unterstützen.

Mit der breiten Einführung der Mikroelektronik wird gleichzeitig die Herstellung hochwertiger industrieller Konsumgüter aus der Eigenentwicklung und der Gestattungsproduktion beschleunigt. Wir erhalten mehr Produkte, die den Erfordernissen des Binnenmarktes und der Außenmärkte entsprechen. Das betrifft besonders das ganze Feld der Unterhaltungselektronik, aber auch neue Generationen von Haushaltsgeräten mit hohem Bedienungskomfort und geringem Energieverbrauch.

Eine Lebensfrage für unsere Volkswirtschaft besteht darin, den spezifischen Verbrauch an Energieträgern zu verringern und in der Struktur der Energiebasis die Gewichte noch viel mehr auf den eigenen Rohstoff Braunkohle zu verlagern. Gleichzeitig erhöhen wir in enger Zusammenarbeit mit der Sowjetunion den Anteil der Kernenergie.

Was das Erdöl betrifft, so tritt seine petrolchemische Verwendung immer mehr in den Vordergrund. Öl als Brennstoff muß in bisher nicht gekanntem Umfang durch Braunkohle ersetzt werden. Wo es noch Vorhaben oder Projekte gibt, Energieversorgung auf der Basis von Heizöl vorzunehmen, müssen sie unverzüglich verändert werden. In kürzester Frist gilt es, durch außerordentliche Maßnahmen vorhandene Heizölanlagen auf Braunkohlenfeuerung umzustellen. Wir werden folglich unsere wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten und erhebliche Investitionen einsetzen, um das verfügbare Erdöl tiefer zu spalten und mehr hochwertige chemische Erzeugnisse daraus zu gewinnen. Diese stärkere stoffwirtschaftliche Nutzung des Erdöls und des Erdgases bildet zusammen mit dem kräftigen Ausbau der Karbochemie die feste Grundlage für die Rohstoffversorgung unserer Volkswirtschaft im vor uns liegenden Jahrzehnt. So kann beispielsweise

die Produktion kleintonnagiger chemischer Erzeugnisse bedeutend erhöht werden.

Die Einführung rationellerer Transporttechnologien und die Optimierung der Transportwege wird den Verbrauch an Dieselkraftstoff und Vergaserkraftstoff spürbar senken. Dazu sind zunehmend Transporte von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Das Eisenbahnnetz muß stärker elektrifiziert werden. Besonders für Massengüter sind alle Reserven der Binnenschiffahrt auszunutzen.

Der Ersatz von Erdöl muß bewältigt werden, ohne daß wir die Rohbraunkohle-Erzeugung über die vorgesehene Menge hinaus erweitern. Auch sie heißt es also sinnvoll und effektiv einzusetzen. Braunkohle ist unser wichtigster Rohstoff. Es wird immer teurer, die Förderung auszubauen. Geologisch ungünstigere Standorte und teilweise auch Qualitätsminderungen wirken in dieser Richtung. Jeder kann sich vorstellen, was es heißt, wenn wir im nächsten Jahrzehnt 21 neue Tagebaue unter schlechteren geologischen Verhältnissen neu aufschließen müssen, um die angestrebte Braunkohlenförderung von 300 Millionen Tonnen jährlich zu erreichen. Unter diesen Bedingungen kann auch die Braunkohlenindustrie nicht beim heutigen Stand der Technologie stehenbleiben, sondern muß den Abbau unter rationellsten Gesichtspunkten mit doppelter und dreifacher Arbeitsproduktivität organisieren.

Unsere Konzeption zur Energie- und Rohstoffsicherung steht gewissermaßen auf zwei Pfeilern, dem Ausbau der eigenen Rohstoffbasis und dem wirtschaftlichen Einsatz dieser kostbaren Stoffe. Die entschiedene Verbesserung der Energie- und Materialökonomie ist zu einer ausschlaggebenden Voraussetzung eines dynamischen Wirtschaftswachstums geworden. Mit einem geringen Zuwachs an Energie und Rohstoffen muß mehr produziert werden, und das ist keine Angelegenheit von zeitweiligem Charakter. Vielmehr hat sich das Verhältnis zwischen den Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, und dem notwendigen Leistungszuwachs grundlegend und dauerhaft verändert.

Verglichen mit der zusätzlichen Produktion oder dem Import von Energie und Rohstoffen ist die Einsparung auch wesentlich billiger. Der rationelle Einsatz bisher nicht genutzter Abwärme kostet beispielsweise nur ein Drittel bis ein Fünftel der Mittel, die wir ausgeben müßten, um die gleiche Menge Wärme aus Braunkohle zu erzeugen. Es kostet auch weniger, Energieverluste bei der Raumheizung zu vermeiden, als neue Anlagen für

einen überhöhten Bedarf zu schaffen. Gegenwärtig werden etwa 35 Prozent der in unserer Republik zur Verfügung stehenden Gebrauchsenergie für die Raumheizung und Klimatisierung von Wohn-, Gesellschafts- und Industriebauten verwandt. Die energiewirtschaftliche Qualität dieser Gebäude zu erhöhen ist also ein ebenso dringendes wie lohnendes Anliegen.

Wenn wir bedenken, daß Rohstoffe, Energie, Material und Leistungen mehr als 93 Prozent des Produktionsverbrauchs unserer Volkswirtschaft ausmachen – im vergangenen Jahr über 300 Milliarden Mark –, so werden die Größenordnungen deutlich, um die es hier geht. 1 Prozent Senkung des Verbrauchs, das sind 3 Milliarden Mark mehr Nationaleinkommen. Damit ist der Rang bezeichnet, welcher der Energie- und Materialökonomie zukommt.

Es geht also in der ganzen Volkswirtschaft wie in jedem Kombinat, in jedem Betrieb und jeder Einrichtung um den ökonomischeren Einsatz der einheimischen und importierten Energieträger. Verschwendung darf es nicht mehr geben. Wir brauchen Normative, die dem neuesten Stand entsprechen. Das erfordert die Überprüfung der TGL. So schaffen wir für die Planung die Möglichkeit, die effektivste Verwendung der Ressourcen von vornherein vorzusehen.

Die Maßnahmen zur Verwirklichung des Beschlusses des Sekretariats des Zentralkomitees vom September 1979 über den rationellsten Einsatz und die Einsparung von Elektroenergie haben beispielsweise bewirkt, daß im November 280 Megawatt elektrische Leistung weniger am Netz waren als im gleichen Vorjahresmonat. An Wärmeenergie für Raumheizung brauchten 6 bis 7 Prozent weniger bereitgestellt zu werden. Das macht ungefähr 300 000 Tonnen Rohbraunkohle aus. Diese Entwicklung hat sich im Dezember fortgesetzt. Darüber freuen wir uns, und zugleich bestätigt sich unsere Überzeugung, daß es überall noch Reserven gibt. Es gilt also, zielstrebig weiterzuarbeiten. Die Kontrollen, die bisher zentral für ausgewählte Bereiche durchgeführt wurden, sollten unter Verantwortung der Kreisleitungen mit Hilfe aller gesellschaftlichen Kräfte fortgesetzt werden.

Der Dreh- und Angelpunkt einer hohen Energie- und Materialökonomie ist die wissenschaftlich-technische Arbeit. Hier fallen die wesentlichsten Entscheidungen für die Senkung des Verbrauchs. Schon hier muß höchste Effektivität gewährleistet werden. Besseres Masse-Leistung-Verhältnis, material- und energiesparende Konstruktionen und Technologien – das sind Kriterien, die für die Orientierung des wissenschaftlich-technischen

Fortschritts und die Beurteilung seiner Ergebnisse viel stärkeres Gewicht erhalten sollten.

Noch ein Wort zu den Sekundärrohstoffen. Gegenwärtig werden etwa 10 Prozent unseres Bedarfs an Industrierohstoffen aus dieser Quelle gedeckt. Aber es werden insgesamt nur 29 Prozent des Anfallenden genutzt. Es ist auch notwendig, an die Staatsdisziplin zu erinnern, denn im Verlaufe des vorigen Jahres kam es beispielsweise zu erheblichen Rückständen in der Erfassung von Stahl- und Buntmetallschrott. Aber der Stahlschrott liefert 70 Prozent der Rohstoffgrundlage unserer Stahlindustrie. Wir richten eure Aufmerksamkeit darauf, die beschlossenen Investitionen zur Verwertung der Sekundärrohstoffe ohne Abstriche durchzuführen.

Bei der Mobilisierung dieser Ressourcen tragen bekanntlich die örtlichen Staatsorgane eine hohe Verantwortung. Von ihrer Arbeit hängt vor allem ab, daß die im Gebiet gegebenen Möglichkeiten genutzt werden, um die materiell-technische Basis der Erfassungsorganisation zu verbessern. Das betrifft sowohl die Einrichtung weiterer Plätze für die Sammlung von Schrott als auch die Erweiterung des Netzes der Annahmestellen. Von großem volkswirtschaftlichem Gewicht sind die vielfältigen Initiativen der gesellschaftlichen Organisationen und der gesamten Bevölkerung zur Erfassung von Schrott, Altpapier und Gläsern.

Für die Aufbereitung und Verwertung von Sekundärrohstoffen betragen die Investitionen ein Viertel dessen, was wir für die Gewinnung neuer Rohstoffe ausgegeben hätten. Es ist also ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, diese Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Bei den Sekundärrohstoffen geht es um eine ökonomisch durchaus erstrangige Angelegenheit.

Äußerste Sparsamkeit im Umgang mit Rohstoffen ist nicht etwa nur eine Sorge unserer Republik. In der ganzen Welt wird diese Aufgabe großgeschrieben. Lange schon sind Altstoffe zu einem wichtigen Handelsgut geworden. Innerhalb der Staaten der OECD hat der Austausch von Sekundärrohstoffen einen Umfang von 2 Milliarden Dollar erreicht. Bei unseren eigenen Anstrengungen auf diesem Gebiet geht es also um die Durchsetzung einer internationalen, bedeutsamen Tendenz des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Die Preisveränderungen für Rohstoffe stellen zahlreiche ökonomische Überlegungen einfach auf eine neue Basis. Denken wir nur an die Verpackung. Nicht weniges wurde auf das Wegwerfprinzip umgestellt, oft noch dazu bei importiertem Einsatzmaterial. Vielleicht mochte das früher noch

angehen, heute aber muß man neu rechnen und wird feststellen, daß manches, woran wir uns gewöhnt haben, vom Standpunkt volkswirtschaftlicher Effektivität nicht mehr zu vertreten ist.

Ein wesentliches Anliegen bei der modernen Gestaltung der Struktur unserer materiell-technischen Basis bildet die qualitative Verbesserung des Produktionssortiments unserer metallurgischen Industrie. Durch eine höhere Veredelung der metallurgischen Rohstoffe sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die verarbeitende Industrie den Metallverbrauch bedeutend reduzieren kann. Gleichzeitig wird es so möglich, den Gebrauchswert und die Qualität der Erzeugnisse zu erhöhen.

Genossinnen und Genossen!

Von Anfang an hat die Entwicklung der eigenen Konsumgüterproduktion bei der Verwirklichung der Hauptaufgabe einen zentralen Platz eingenommen, und es wurde in den letzten Jahren ein großer Aufschwung in der Konsumgüterproduktion erzielt. Gegenwärtig stehen wir auf diesem Gebiet vor noch höheren Anforderungen. Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees wurde im Bericht des Politbüros gründlich erläutert, wie wir das Angebot im Einzelhandel weiterentwickeln und dabei unsere Politik der stabilen Preise für Waren des Grundbedarfs fortsetzen. Das hat, so konnten wir auch aus euren Berichten entnehmen, bei der Bevölkerung Verständnis und Zustimmung gefunden.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, in jedem Betrieb, in jedem Kombinat und im Handel die eigene Verantwortung aus diesen Zielstellungen abzuleiten. Wenn wir davon gesprochen haben, daß weder das Angebot in der unteren noch in der mittleren oder höheren Preisgruppe vernachlässigt werden darf, dann ist das natürlich vor allem ein Anspruch an die Produktion und an den Handel. Für die verschiedenen Waren und Zulieferungen könnten Adresse und Hausnummer genannt werden. Erforderlich ist, die Möglichkeiten in Forschung, Entwicklung und Produktion noch gründlicher wahrzunehmen und hohe Vertragstreue zu beweisen. Was den Handel betrifft, so besteht die Notwendigkeit, im Einzelhandel neben den volkseigenen und genossenschaftlichen Verkaufseinrichtungen auch die privaten Handelsgeschäfte zu fördern.

Bekanntlich hat das Wachstum der Kaufkraft dazu geführt, daß die Nachfrage nach hochwertigen Konsumgütern überdurchschnittlich schnell ansteigt. Ohne irgendwelche Abstriche an der stabilen Sicherung des Grundbedarfs zuzulassen, gilt es, dieser wichtigen Tendenz Rechnung zu

tragen. Erzeugnisse von hohem wissenschaftlich-technischem Niveau, bester Qualität und Formgestaltung müssen also in wesentlich größerem Umfang entwickelt und produziert werden. Teilweise ist es nötig, die Fertigung auf völlig neuartige Produkte umzustellen. Stets geht es dabei um hohe Stückzahlen, die effektiv erzeugt werden. Ideologisch wie ökonomisch wird das Ergebnis um so befriedigender sein, je gewissenhafter dabei die Wünsche und Erwartungen der Kunden berücksichtigt werden. Mit ihrem Kauf bestätigen sie letzten Endes den hohen Gebrauchswert der Ware. Es versteht sich, daß in einem solchen Prozeß auch die Verantwortung des Handels weiter wächst.

Unsere Industrie ist durchaus in der Lage, bei der Produktion von Konsumgütern Ausgezeichnetes zu leisten. Das zeigen die etwa 850 Erzeugnisse im Wert von über 4 Milliarden Mark, die zu Ehren des 30. Jahrestages unserer Republik neu- und weiterentwickelt wurden. Dazu gehören neuentwickelte Typen von Motorgrillgeräten, elektronische Taschenrechner, Haushaltnähmaschinen sowie modische und attraktive Erzeugnisse der Schuh-, Konfektions- und Möbelindustrie. Andererseits gibt es Anzeichen, daß die ganze Bedeutung dieser Aufgabe noch nicht überall erfaßt wurde, auch nicht von allen leitenden Kadern.

Die jüngste Tagung des Zentralkomitees hat jedes Kombinat und jeden Bezirk beauftragt, auszuarbeiten, welche neuen Waren für die Bevölkerung in die Produktion einzuführen sind. Hervorgehoben sei, daß damit nicht nur die eigentliche Konsumgüterindustrie angesprochen wird, sondern auch die Betriebe, die vorrangig Produktionsmittel herstellen. Ein Beispiel für viele geben hier das Kombinat Robotron auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik und das Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“ mit dem Heimwerkerprogramm.

Vieles hängt von den Zulieferern ab, denn das wissenschaftlich-technische Niveau ihrer Erzeugnisse beeinflußt die Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Endprodukts sehr stark. Schließlich muß der Entwicklung des Kundendienstes, der Wartung und Reparatur von Konsumgütern von allen Kombinaten und den territorialen Staatsorganen weit größere Bedeutung beigemessen werden. Den Umfang der Dienstleistungen gilt es planmäßig zu erweitern, vor allem aber größten Wert auf spürbare Fortschritte in der Qualitätsarbeit vieler Dienstleistungsbetriebe zu legen.

Genossinnen und Genossen!

Weil die dynamische Leistungssteigerung durch wissenschaftlich-tech-

nischen Fortschritt die Schlüsselfrage unseres wirtschaftlichen Konzepts ist, durchdringt diese Aufgabenstellung alle Teilbereiche. Besonders deutlich prägt sich das in der Investitionstätigkeit aus. Der ökonomische Einsatz der Investitionen ist ein entscheidendes Kettenglied, um zu neuen Technologien und Produkten zu kommen. Mehr Leistungszuwachs aus jeder investierten Mark – vor allem darauf ist der Gemeinsame Beschluß des Politbüros und des Ministerrates gerichtet, der vor dem Zentralkomitee erläutert wurde. Das bedeutet, daß der Anteil der Ausrüstungen am Gesamtaufwand steigen und der Bauanteil sinken muß. Aus demselben Grunde kommt der Überleitung wichtiger Resultate des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in die Produktion absoluter Vorrang bei der Bilanzierung zu. Und darum hat in der Rang- und Reihenfolge der Investitionen an erster Stelle zu stehen, was schnell zu einem Gewinn an Produktion und Effektivität führt. In diesem Sinne wird die Überprüfung aller Vorhaben anhand der Maßstäbe der 11. Tagung fortgeführt und bis Ende März abgeschlossen. Bei der Rekonstruktion von Anlagen reicht es nicht aus, das alte Leistungsvermögen wiederherzustellen. Es muß vielmehr eine höhere Arbeitsproduktivität, Effektivität und Kapazität erreicht werden.

Die Logik unseres Vorgehens erfordert dringend, die Struktur unserer Investitionen spürbar zugunsten der Rationalisierung zu verändern. Das ist schon deshalb nötig, weil die gegenwärtige Tendenz, mehr Arbeitsplätze zu schaffen als einzusparen, den Erfordernissen der Intensivierung zuwiderläuft. Zwingend geboten ist eine Freisetzung von Arbeitskräften, die den Weg für volkswirtschaftlich wesentliche Fortschritte bei der Ausnutzung der Grundfonds frei macht. Denn die ökonomischen Rechnungen können nur dann aufgehen, wenn wir unsere materiell-technische Basis zielstrebig weiterentwickeln und zugleich von dem Vorhandenen erheblich effektiver Gebrauch machen. Beides gehört zusammen. So ist es zu verstehen, daß die Leistungsentwicklung der nächsten Jahre die volle Ausschöpfung des Forschungs- und Produktionspotentials der Deutschen Demokratischen Republik verlangt.

Immer kommt es darauf an, den weiten Bogen zu berücksichtigen, der vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und seiner ökonomischen Wirksamkeit über die Effektivität der Investitionen bis zur rationellen und kostengünstigen Produktion, zu den Außenwirtschaftsbeziehungen und schließlich zum Anstieg des produzierten Nationaleinkommens reicht.

Ausführlich bin ich auf der 11. Tagung darauf eingegangen, daß in diesem

Prozeß der Außenwirtschaft eine immer ausschlaggebendere Bedeutung zukommt. Hier handelt es sich um eine Grundfrage unseres volkswirtschaftlichen Wachstums überhaupt. Alle Maßnahmen zur Entwicklung unserer Produktion und ihrer materiell-technischen Basis müssen immer mehr dazu beitragen, die Exporte zu steigern, Importe einzusparen, die Außenhandelseffektivität zu erhöhen. Die einfache Konsequenz besteht doch darin, daß wachsende Belastungen einen entsprechenden Ausgleich erfordern. Er muß vor allem durch hohe Erträge bei der Ausfuhr gewährleistet werden. Das heißt also, den Anteil von Exporterzeugnissen mit günstigerer Rentabilität bedeutend zu erhöhen und auf lange Sicht die notwendigen strukturellen Veränderungen vorzubereiten und einzuleiten.

Hervorheben möchten wir noch einmal die Rolle der Kosten für unser Leistungswachstum. Sinkende Kosten vermehren das Nationaleinkommen letzten Endes ebenso wie die Erhöhung der Produktion. 1980 geht es deshalb darum, die Selbstkosten über die Ziele des Planes hinaus zu verringern. Neben der Senkung des spezifischen Verbrauchs von Energie, Rohstoffen und Material sollte die Verminderung der Ausschuß- und Nacharbeitskosten, der Handels- und Transportverluste und der sogenannten Inventurdifferenzen stärker im Blickpunkt stehen.

Genossinnen und Genossen!

Unsere ökonomische Politik stellt höhere Ansprüche an die zentrale staatliche Leitung und Planung. Die festgelegten perspektivischen Grundrichtungen für die Stärkung unserer materiell-technischen Basis müssen mit Hilfe des Planes und der wirtschaftlichen Rechnungsführung fest mit dem Reproduktionsprozeß jedes Kombinates und Betriebes verbunden werden.

Eine entscheidende Funktion kommt dabei der Leistungsbewertung zu. Was für die Volkswirtschaft von Nutzen ist, das muß auch für die Kombinate und Betriebe vorteilhaft sein. Wenn also Kombinate und Betriebe mit weniger Rohstoffen, Energie und Material mehr Endprodukte herstellen, dann sollte sich das in ihren qualitativen und quantitativen Kennziffern noch stärker positiv niederschlagen. Nur dann wird tatsächlich auf Leistungen orientiert, die volkswirtschaftlich wertvoll sind. Und das ist das Kernproblem.

Alle diese Fragen hängen mit der Rolle unserer Mark zusammen. Die Mark ist der unbestechliche Wertmaßstab für unsere ökonomischen Leistungen. In Mark und Pfennig drückt sich der Beitrag eines Kombinates zum Nationaleinkommen, aber auch sein Anteil an der Verwendung von

Nationaleinkommen aus. Hier muß sich zeigen, wer für unsere Gesellschaft Gewinn bringt und wer Verlust macht. Alles in allem geht es darum, die wirtschaftliche Rechnungsführung ernster zu nehmen und weiterzuentwickeln, denn die Leitungstätigkeit sollte immer mehr ökonomisch durchdrungen werden.

Seit Beginn des Jahres 1980 vollzieht sich die ökonomische Entwicklung in Industrie und Bauwesen nahezu vollständig auf der Grundlage der Kombinate. Das leitet eine qualitativ neue Etappe unserer sozialistischen Planwirtschaft ein. Die Phase der Kombinatsbildung ist bis auf einige Ausnahmen abgeschlossen. Jetzt besteht die Aufgabe darin, daß alle Kombinate nach den Maßstäben der Besten arbeiten. Das Tempo der Annäherung an das fortgeschrittene Niveau ist dabei zu erhöhen. Da die langjährigen Erfahrungen gut arbeitender Kombinate vorliegen, kann bei den anderen der Übergang zu einem höheren Niveau der Arbeit in wesentlich kürzerer Zeit erfolgen. Die großen Unterschiede in den Wachstumsraten und bei der Erschließung der inneren Reserven müssen überwunden werden. Wesentlich energischer sind auch die Beschlüsse über die Eigengeschäftstätigkeit der Kombinate im Außenhandel durchzuführen.

Mit der Verordnung über die Arbeit der Kombinate, Kombinatsbetriebe und Betriebe sind die administrativ rechtlichen Voraussetzungen für die qualitative Veränderung der Leitungstätigkeit gegeben. Auch die entsprechenden Veränderungen für die Arbeit der Ministerien und der Staatlichen Plankommission wurden beschlossen. Damit ist auch klar, daß jeder Kombinatsbetrieb seine Planaufgaben ausgehend von den staatlichen Aufgaben des Kombinats erhält. Nach der Beschlußfassung über den Volkswirtschaftsplan hat jedoch das Kombinat kein Recht, den staatlichen Plan der Betriebe zu ändern. Das ist auch für die kontinuierliche Arbeit der Parteiorganisationen wichtig.

Vor allem kommt es nun darauf an, die Kombinate mit ihren Betrieben, Forschungseinrichtungen und Absatzorganen zu geschlossenen Organismen zu entwickeln. Die Arbeit ist auf der Grundlage einer exakten Kenntnis der konkreten volkswirtschaftlichen Verantwortung und der materiellen und geistigen Potenzen der großen Wirtschaftseinheiten zu organisieren. Überall geht es um die Frage, wie unter Ausnutzung der konzentrierten Kraft des Kombinates der Leistungsanstieg erhöht werden kann.

Das Sekretariat des Zentralkomitees hat festgelegt, im März 1980 einen Erfahrungsaustausch der Generaldirektoren der Kombinate und der Partei-

organisatoren des Zentralkomitees durchzuführen. Das Ziel ist, den Leistungsanstieg überall zu beschleunigen. Dazu soll die Arbeitsweise der besten Kombinate wie Carl Zeiss Jena, Robotron Dresden, Umformtechnik „Herbert Warnke" Erfurt, Leuna-Werke „Walter Ulbricht" oder Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert" an Ort und Stelle studiert werden. Darüber wird ein intensiver Gedankenaustausch stattfinden und weitere persönliche Schlußfolgerungen der Generaldirektoren für ihre Arbeit ermöglichen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Bekanntlich haben das Bauwesen und seine Leistungsfähigkeit weitreichende Bedeutung für die Stärkung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft und auch für den Wohnungsbau, das Kernstück unseres sozialpolitischen Programms. Auch die Entwicklung der Volksbildung, des Gesundheitswesens, ja eigentlich aller Lebensbereiche wird davon beeinflußt. Die Arbeit des Bauwesens wirkt sich auf die Fragen von Aufwand und Ergebnis in gesamtgesellschaftlichen Dimensionen aus. Nicht allein, daß es durch das Niveau seiner Materialökonomie über große Einsparungen an wertvollen Stoffen wie Zement oder Stahl entscheidet, die Qualität des Bauens bestimmt auch wesentlich den Wärmeverbrauch der künftigen Bauwerke.

Das Zentralkomitee hält es für außerordentlich wertvoll, daß im Ministerium für Bauwesen und in der Bauakademie der DDR grundsätzliche Schlußfolgerungen aus der 11. Tagung des Zentralkomitees gezogen worden sind. So sollen die Planaufgaben 1980 Tag für Tag zuverlässig erfüllt und am Jahresende mindestens eine volle Tagesproduktion mehr abgerechnet werden. Zugleich soll ein neuer Beitrag für die Erhöhung der Effektivität der Investitionen geleistet werden.

Dabei zeigt sich, daß auch im Bauwesen der DDR spürbare Produktivitäts- und Effektivitätsfortschritte vor allem auf der Grundlage der Anwendung der Wissenschaft erzielt werden. Deshalb ist es richtig, daß sich das Kollektiv der Bauakademie der DDR das Ziel gestellt hat, ausgehend von den gesellschaftlichen Erfordernissen die Aufgaben der Bauforschung neu zu durchdenken und bis März 1980 die Wissenschaftskonzeption des Bauwesens auf hohem Niveau fertigzustellen. Damit soll ein solider Vorlauf für den stärkeren Leistungs- und Effektivitätszuwachs des Bauwesens im kommenden Fünfjahrplan erreicht werden.

Das Wichtigste ist auch in diesem Bereich, Intensivierung und Rationali-

sierung weiter voranzubringen, und zwar noch konsequenter als bisher. Es geht darum, schneller, besser und produktiver zu bauen, die Baukapazitäten mit hoher Staatsdisziplin auf die geplanten Vorhaben zu konzentrieren und jegliche Art von Verschwendung auszuschließen. Nur so können wir die Bauaufgaben bewältigen, können die Baubilanzen aufgehen.

Vordringlich ist die termin- und qualitätsgerechte Fertigstellung jener Industrievorhaben, die bereits in diesem Jahr Produktionszuwachs und höhere ökonomische Effektivität bringen. Die Voraussetzungen, die mit dem Plan 1980 geschaffen werden, gilt es umfassend zu nutzen, um in den Betrieben, den Projektierungseinrichtungen und auf den Baustellen des Industriebaus spürbare Produktivitätsfortschritte zu erreichen. Dazu gehört die Senkung des Bauaufwandes ebenso wie die Verkürzung der Bauzeiten. In dieser Hinsicht rechnen wir auf eine noch stärkere Unterstützung von eurer Seite.

Natürlich tragen die Investitionsauftraggeber und die Leiter der Bau- und Ausrüstungsbetriebe die Hauptverantwortung. Zugleich aber zeigen alle Erfahrungen, welch große Rolle die zielstrebige politisch-ideologische Arbeit der einheitlichen Parteiorganisationen beziehungsweise des Parteiaktivs auf den Baustellen für die Einhaltung der Plantermine spielt. Das gilt auch für die Qualität des sozialistischen Wettbewerbs.

Mit den gewaltigen Fonds, die für den komplexen Wohnungsbau eingesetzt werden, heißt es so zu arbeiten, daß ein bestmögliches sozialpolitisches Ergebnis erreicht wird. Das unterstreicht, wieviel auch auf diesem Gebiet davon abhängt, das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis immer günstiger zu gestalten. Wenn die staatlichen Aufwandsnormative strikt eingehalten werden, wenn wir Gesellschaftsbau, Modernisierung und Werterhaltung noch enger verbinden, kann mehr Menschen geholfen werden. Darum heben wir diese Aufgaben ausdrücklich hervor. Bei Modernisierungsvorhaben muß alles Brauchbare sorgsam erhalten werden. Die Arbeiten sind auf solche Maßnahmen zu konzentrieren, die für das Wohlbefinden der Bewohner wesentlich sind.

Die höhere Leistungsbereitschaft der Kollektive auf den Wohnungsbaustellen wird durch eine hohe Kontinuität des Bauens nach den rationellsten Technologien der Takt- und Fließfertigung sehr gefördert. Größte Aufmerksamkeit verdient deshalb, daß die Räte der Bezirke, Städte und Kreise durch solide und rechtzeitige Vorbereitung der Wohnungsbaustandorte die Voraussetzungen dafür schaffen. In besonderem Maße

gilt das auch für den Schulbau, bei dem bis Ende August mindestens 70 Prozent der für 1980 geplanten Unterrichtsräume und Turnhallen fertiggestellt werden sollen.

Unübersehbar sind die Fortschritte bei der Ausgestaltung unserer Hauptstadt. Dazu haben die in Berlin eingesetzten Kollektive aus allen Bezirken der Republik, insbesondere die jungen Bauarbeiter, maßgeblich beigetragen. Wir gehen davon aus, daß das Berlin-Programm so weitergeführt wird, wie es der IX. Parteitag beschlossen hat, ohne Abstriche in der Zielstellung, aber mit höherer Effektivität. Wie bisher, so werden uns die Kreisleitungen gewiß auch künftig dabei unterstützen.

Zur Lösung der Wohnungsfrage gehört die Erhaltung der Wohnbausubstanz. Die schnelle Erledigung dringlicher Reparaturen hat einen entscheidenden Einfluß auf das politische Klima in den Städten und Gemeinden. Noch konsequenter sind daher die Rathenower Erfahrungen mit der Organisation von Reparaturschnelldiensten und dem schrittweisen Übergang zur vorbeugenden Instandhaltung zu verallgemeinern.

Die materielle Sicherung der Bauaufgaben verlangt, mehr als 50 Prozent der Baumaterialien, die für den Produktionszuwachs notwendig sind, durch Materialeinsparung zu gewinnen. Der spezifische Verbrauch ist daher entschieden zu senken. Wissenschaftlich-technischer Höchststand, progressive Normative und die Erfahrungen der Besten setzen die Maßstäbe.

Die wichtigsten Entscheidungen fallen schon mit dem Projekt. Am fertigen Gebäude überhöhten Aufwand festzustellen bringt wenig ein. Lohnender ist es, mit dem Projektanten und dem Technologen um effektive Projektlösungen zu ringen und für eine qualifizierte staatliche Kontrolle bei der Vorbereitung der Investitionen zu sorgen. Es gibt noch ernste Mängel im Umgang mit wertvollen Baumaterialien. Die staatlichen Leiter müssen die Materialwirtschaft straffer organisieren, und ein sozialistischer Wettbewerb auf der Baustelle ohne hohe Zielstellungen für den rationellen Materialeinsatz ist nicht mehr zeitgerecht.

In engstem Zusammenhang mit den Beschlüssen zur Erhöhung der Effektivität der Investitionen hat das Sekretariat des Zentralkomitees Maßnahmen zur Vervollkommnung der zentralen Leitung und Planung des Bauwesens beschlossen. Es geht darum, das Leistungsvermögen des zentralgeleiteten Industriebaus durch Anschluß von bisher örtlich geleiteten Baukapazitäten zu steigern. Das befähigt sie, die Kooperationsbeziehungen zu vereinfachen. Streng ist jedoch darauf zu achten, daß in den

Kreisen ausreichend Kapazität für örtliche Bauaufgaben verbleibt, insbesondere für die Werterhaltung. Es geht insbesondere auch darum, weitere leistungsstarke Kreisbaubetriebe zu entwickeln und bedarfsgerecht ihre Kapazitäten zu profilieren. Niemand hat das Recht, aus den Kreisbaubetrieben Fachkräfte zur Lösung zentraler Aufgaben abzuziehen.

Bei Modernisierungs- und Werterhaltungsmaßnahmen ist ein hohes technologisches Niveau anzustreben. Der schrittweise Aufbau technologischer Linien nach den Prinzipien der Takt- und Fließfertigung bewährt sich auch hier. Das sollte die Hauptrichtung für den effektiveren Einsatz der vorhandenen Technik sein. Andererseits muß das kreisgeleitete Bauwesen noch besser mit Mechanismen ausgestattet werden. Es ist sehr wichtig, alle Möglichkeiten des Eigenbaus von Rationalisierungsmitteln im Territorium dafür mehr auszuschöpfen. Außerdem sollte die Stärkung des zentralgeleiteten Kombinates Baumechanisierung dazu beitragen, diesen Prozeß wirksam zu unterstützen.

Genossinnen und Genossen!

Auch in diesem Jahr werden hohe Anforderungen an das Transportwesen gestellt, sowohl im Reiseverkehr als auch im Gütertransport. Es ist von großer Tragweite, daß es gelingt, die Kapazitäten auf diesem Gebiet noch gründlicher auszunutzen, gehen doch von einem reibungslosen und planmäßigen Transport wesentliche Wirkungen auf die Kontinuität des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses aus.

Viel hängt davon ab, die Zusammenarbeit zwischen den produzierenden Bereichen und dem Verkehrswesen noch rationeller zu gestalten. Das gilt insbesondere für die Be- und Entladeprozesse. Die Beladeleistungen der Eisenbahn liegen an den Wochenenden noch immer um mehr als 5 Prozent unter denen der anderen Arbeitstage. Notwendig ist, überall einen durchgehenden Arbeitsrhythmus zu gewährleisten. Das verlangt von allen Beteiligten gründliche organisatorische Arbeit. Mit Standgeldern und Vertragsstrafen allein wird noch keine Tonne Gut bewegt.

Für die territoriale Rationalisierung auf dem Gebiet des Verkehrswesens hat sich die Bildung von Werkfahrgemeinschaften sowie Be- und Entladegemeinschaften hervorragend bewährt. Die entsprechende Koordinierung kommt nicht nur der Lösung der Transportaufgaben zugute, sondern senkt auch den Kraftstoffverbrauch. Wir erwarten eine noch stärkere Unterstützung dieser Entwicklung auch vom Ministerium für Verkehrswesen.

Es geht also um die Erschließung bedeutender Reserven. Die bestmögliche Gestaltung der Lieferbeziehungen zwischen den Betrieben ist dazu ebenso erforderlich wie eine stärkere Verarbeitung der Rohstoffe und Halbfabrikate am Ort der Gewinnung. Auch bei der Standortwahl für künftige Produktionskapazitäten müssen diese Fragen gründlicher bedacht werden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unsere Wirtschaftspolitik wird alles in allem immer mehr von der Ausnutzung der qualitativen Faktoren der Leistungssteigerung getragen werden. Dem entspricht der innere Zusammenhang des Planes 1980. Vor allem auf diese Ziele richtet sich der sozialistische Wettbewerb, der nun schon mehr und mehr im Zeichen der Vorbereitung unseres X. Parteitages steht. Immer besser wird verstanden, daß die Fortsetzung der Politik der Hauptaufgabe ein höheres Leistungswachstum verlangt. Gut arbeitende Kombinate und Betriebe, ja ganze Industriezweige wollen die Arbeitsproduktivität weit über die bisher üblichen Durchschnittsraten hinaus steigern. Die Kollektive verpflichten sich, im Wettbewerb ihre sehr hohen Planziele zuverlässig zu erfüllen und noch zu überbieten, zumeist um eine oder zwei Tagesproduktionen.

Stellvertretend für viele seien hier solche Kombinate und Betriebe angeführt wie der VEB Carl Zeiss Jena, der VEB Robotron Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt, der Stammbetrieb des VEB Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert", der VEB Möbelkombinat Zeulenroda, der VEB Plastmaschinenwerk Schwerin und der VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder). Bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität setzen sich in diesem Jahr die Zeiss-Werker ein Ziel von 9,9 Prozent, die Buchungsmaschinenwerker von 18 Prozent. Die Karl-Marx-Städter Werkzeugmaschinenbauer wollen 11,4 Prozent erreichen, die Zeulenrodaer Möbelproduzenten 9,5 Prozent, die Schweriner Plastmaschinenwerker 10 Prozent und die Werktätigen des Halbleiterwerkes 19,3 Prozent. In Jena und Schwerin soll über diese Planaufgaben hinaus noch ein weiteres Prozent Erhöhung der Arbeitsproduktivität verwirklicht werden.

Dieses schnelle Produktivitätswachstum ermöglicht große Steigerungsraten der Warenproduktion. In den Plänen dieser Kombinate und Betriebe ist dafür ein Zuwachs zwischen 8,7 Prozent und 28,3 Prozent vorgesehen. Hinzu kommt bei allen die Verpflichtung, ein zusätzliches Endprodukt von 1 bis 2 Tagesleistungen über den Plan zu erzielen.

In allen Bezirken gibt es solche beispielhaften Kollektive. Das können wir schon aus den Schreiben entnehmen, die dem Zentralkomitee zugegangen sind.

In unserer Hauptstadt will der VEB Elektroprojekt und Anlagenbau Berlin, Stammbetrieb des Kombinats Automatisierungsanlagenbau, die Arbeitsproduktivität um 10,6 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 13,1 Prozent erhöhen. Der Stammbetrieb des VEB Kombinat EAW Treptow wird die Arbeitsproduktivität um 9 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 7,9 Prozent steigern. Im Bezirk Cottbus hat sich das Gaskombinat Schwarze Pumpe Cottbus das Ziel gestellt, die Arbeitsproduktivität um 19,9 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 14,6 Prozent zu erhöhen. Der VEB Kombinat Lausitzer Glas hat einen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 21,5 Prozent und der industriellen Warenproduktion um 20,7 Prozent vorgesehen. Im Bezirk Dresden stellte sich der VEB Kombinat Pentacon Dresden das Ziel, bei der Arbeitsproduktivität ein Wachstum um 9,9 Prozent und bei der industriellen Warenproduktion um 11,6 Prozent zu erreichen. Der VEB Möbelkombinat Hellerau hat sich bei der Arbeitsproduktivität eine Steigerungsrate von 12 Prozent und bei der industriellen Warenproduktion von 11,5 Prozent zum Ziel gesetzt.

Im Bezirk Erfurt wird der VEB Modische Strickwaren Apolda sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die industrielle Warenproduktion um 10,7 Prozent steigern. Der VEB Uhrenwerke Ruhla sieht eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 12,1 Prozent und der industriellen Warenproduktion um 15,5 Prozent vor. Im Bezirk Frankfurt (Oder) zielt der VEB Starkstromanlagenbau Fürstenwalde auf eine Zunahme der Arbeitsproduktivität um 8,2 Prozent und der industriellen Warenproduktion um 7,2 Prozent ab. Im VEB Lithoponewerk Fürstenwalde ist eine Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität von 6,8 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 8,0 Prozent vorgesehen. Im Bezirk Gera wird der Stammbetrieb des VEB Kombinat Keramische Werke Hermsdorf die Arbeitsproduktivität um 11,5 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 10,9 Prozent erhöhen. Der VEB Porzellanwerke Kahla sieht ein Wachstum der Arbeitsproduktivität von 13,1 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 13,3 Prozent vor.

Im Bezirk Potsdam kämpft der VEB Gleichrichterwerk Stahnsdorf um einen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 7,8 Prozent und der industriellen

Warenproduktion um 12,7 Prozent. Der VEB Elektro-Physikalische Werke Neuruppin will die Arbeitsproduktivität um 11,1 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 13,4 Prozent erhöhen. Im Bezirk Leipzig wird der Stammbetrieb des VEB Kombinat ORSTA-Hydraulik eine Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität und der industriellen Warenproduktion um jeweils 12 Prozent verwirklichen. Der VEB VTA „Paul Fröhlich" strebt eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 11,7 Prozent und der industriellen Warenproduktion um 10,5 Prozent an. Im Bezirk Neubrandenburg hat sich der VEB Nahrungsgütermaschinenbau Neubrandenburg die Aufgabe gestellt, die Arbeitsproduktivität um 15,2 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 17,2 Prozent zu erhöhen. Im Gerätebetrieb des Kombinats „Fortschritt" Landmaschinen in Neubrandenburg geht es um einen Zuwachs der Arbeitsproduktivität um 9,4 Prozent und der industriellen Warenproduktion um 9,5 Prozent.

Im Bezirk Halle will der VEB Dampfkesselbau Hohenthurm eine Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität von 7,8 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 16,2 Prozent erreichen. Dem VEB Pumpenwerke Halle, Stammbetrieb des Kombinats Pumpen und Verdichter, geht es um eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität von 8,3 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 10,1 Prozent. Im Bezirk Suhl strebt der VEB Robotron-Elektronik Zella-Mehlis einen Zuwachs der Arbeitsproduktivität von 11,2 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 11,6 Prozent an. Der VEB Elektroglas Ilmenau führt den Kampf um eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität von 11,4 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 11,7 Prozent. Im Bezirk Magdeburg zielt der VEB Kombinat Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht" darauf ab, die Arbeitsproduktivität um 9,5 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 9,3 Prozent zu steigern. Der VEB Magdeburger Armaturenwerke, Stammbetrieb des Armaturenkombinats, sieht eine Zunahme der Arbeitsproduktivität um 7,9 Prozent und der industriellen Warenproduktion um 9,0 Prozent vor.

Im Bezirk Schwerin will der VEB Verpackungsmittelwerk Schwerin die Arbeitsproduktivität um 19 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 28,5 Prozent erhöhen. Im VEB Hydraulik Schwerin ist der Anstieg der Arbeitsproduktivität von 17,6 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 21,6 Prozent das Ziel. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt geht es im VEB Werkzeugmaschinenfabrik Auerbach um eine Zunahme der Arbeits-

produktivität von 15 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 15,6 Prozent. Der VEB Getriebewerk Penig visiert eine Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität von 9,7 Prozent und der industriellen Warenproduktion von 11,3 Prozent an. Im Bezirk Rostock hat der VEB Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 15 Prozent und der industriellen Warenproduktion um 12,8 Prozent vorgesehen. Im VEB Elektroanlagenbau Saßnitz wird die Arbeitsproduktivität um 13,1 Prozent und die industrielle Warenproduktion um 13,8 Prozent gesteigert.

Die Kollektive aller dieser Betriebe haben über ihre anspruchsvollen Planaufgaben hinaus die Verpflichtung übernommen, 1980 eine beziehungsweise zwei zusätzliche Tagesproduktionen zu erbringen. Gewiß kennt ihr selbst noch viele andere Kollektive, die das Jahr 1980 mit nicht weniger anspruchsvollen Aufgaben in Angriff nehmen. Die Erfahrungen der Besten rasch und gründlich zu verallgemeinern ist natürlich jetzt von größtem Gewicht. Das setzt vor allem voraus, daß jede Kreisleitung genau weiß, wie solche hervorragenden Ergebnisse erzielt werden. Betrachten wir uns das bei den Kollektiven, die ich zuerst genannt habe. Bei aller Unterschiedlichkeit lassen sich wichtige Gemeinsamkeiten feststellen.

Gut arbeitende Kombinate und Betriebe sichern einen langfristigen wissenschaftlich-technischen Vorlauf und erhöhen die ökonomische Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik. So werden im Zeiss-Kombinat 1980 50 Spitzenleistungen als Forschungs- und Entwicklungsaufgaben bearbeitet. 1979 waren es 22. Im Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“ sollen mehrere Forschungs- und Entwicklungsthemen vorfristig abgeschlossen und zwei Roboter zusätzlich entwickelt werden. Nicht zuletzt dadurch werden 95 Prozent des Leistungszuwachses durch wissenschaftlich-technische Maßnahmen gewährleistet. Großer Wert wird auf die schnelle Entwicklung der „Q“-Produktion gelegt. Im Möbelkombinat Zeulenroda beispielsweise soll sie noch um 5 Prozent mehr gesteigert werden, als der Plan schon vorsieht.

Gut arbeitende Kombinate und Betriebe erhöhen den Eigenbau von Rationalisierungsmitteln rasch. Für 35 Millionen Mark Rationalisierungsmittel will das Kombinat Carl Zeiss 1980 herstellen. Das sind 56 Prozent mehr als im Vorjahr. Das kommt den Rationalisierungskomplexen zugute, die es ermöglichen sollen, 889000 Stunden Arbeitszeit und für 1,5 Millionen Mark Material einzusparen. Im Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) ist eine Steigerung des Eigenbaus an Rationalisierungsmitteln gegenüber 1979 um

20,3 Prozent vorgesehen. Auf diese Weise soll unter anderem die Freisetzung von Arbeitskräften erreicht werden.

Gut arbeitende Kombinate und Betriebe verbessern die Ausnutzung der Grundfonds und steigern die Effektivität der Investitionen. Beginnen wir wieder mit Carl Zeiss. Die hochproduktive Technik wird hier über 20 Stunden am Tage ausgelastet, und veraltete oder unwirtschaftlich genutzte Grundmittel werden ausgesondert. Dadurch wird im Jahre 1980 die Zahl der Arbeitsplätze verringert, und Werktätige können freigesetzt werden. Im Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) wird die Steigerung der Produktion an elektronischen Bauelementen 1980 zu einem Drittel durch verstärkte technologische Arbeit und kontinuierliche Auslastung der Grundmittel bewirkt. Das steht im Zusammenhang mit einer wesentlichen Senkung des Ausschusses. Mit Hilfe der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation spart das Möbelkombinat Zeulenroda Arbeitskräfte ein.

Gut arbeitende Kombinate und Betriebe gehen äußerst sparsam mit allen materiellen Fonds um und nutzen die Arbeitszeit immer besser aus. Die Kostensenkung wird als ein entscheidender Maßstab für das Niveau der Produktion behandelt. So will das Zeiss-Kombinat 1980 375 Tonnen Walzstahl, 200 Tonnen Aluminium-Guß, 180 Tonnen Lamellengraphitguß, 90 Tonnen Halbzeuge aus Aluminium und weitere teure Metalle einsparen. Dazu soll bei gleichzeitiger Erhöhung der Gebrauchswerte das Leichtbauprinzip verstärkt angewandt werden. Die Elektroenergie-Intensität wird um 11,2 Prozent verringert. Der sparsame Energieeinsatz spielt auch im Robotron Buchungsmaschinenwerk eine besondere Rolle. Der Energieverbrauch soll hier 1980 um ein Zehntel abnehmen. Der gleiche Betrieb fällt durch anspruchsvolle Ziele der Selbstkostensenkung auf. Durch konkrete Wettbewerbsziele und Kostenrapporte soll eine Verringerung um 2 Millionen Mark erreicht werden. Im Plastmaschinenwerk Schwerin haben die Neuerer wichtige Aufgaben bei der Selbstkostensenkung übernommen.

In gut arbeitenden Kombinaten und Betrieben gibt es stets hohe Ziele für die Steigerung der Exportkraft. Dabei geht es um die Wachstumsraten der Exportproduktion, ebenso aber um einen steigenden Anteil solcher Erzeugnisse, die einen günstigen Devisenerlös bringen. Zugleich wird die Produktion von industriellen Konsumgütern entwickelt, die sich durch Qualität auszeichnen und dem Bedarf der Bevölkerung entsprechen. In diesem Sinne werden 1980 neue Erzeugnisse von hohem Gebrauchswert in die Produktion aufgenommen.

In allen diesen Kollektiven wird die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz zielstrebig und mit hohem Nutzen ausgebaut. Die Neuerertätigkeit erfährt eine intensive Förderung. Konkrete Aufgaben werden der Jugend, insbesondere den Jugendbrigaden, im Rahmen der volkswirtschaftlichen Initiative der FDJ gestellt.

In den vielen hervorragenden Verpflichtungen kommt die Entschlossenheit der Werktätigen zum Ausdruck, mit ihrem ganzen Können und mit großem persönlichem Einsatz die Ziele dieses Jahres zu meistern, weil das dem Wohle unseres Volkes dient. Wir sehen darin eine Tatsache von großem ökonomischem und politischem Gewicht. Nichts könnte überzeugender belegen, daß der sozialistische Wettbewerb mit der zunehmenden Reife unserer Gesellschaft an Breite und Qualität gewinnt, als diese Bewegung, die sich in den vergangenen Monaten entfaltet hat. Die Verallgemeinerung der wertvollsten Erkenntnisse ist jetzt von besonderer Tragweite. Denn das Beste von heute soll bei der Vorbereitung des X. Parteitages zur gesellschaftlichen Norm werden.

Sehr wesentlich ist, daß die theoretischen Grundlagen unserer auf die Stärkung der ökonomischen Leistungskraft unseres Landes gerichteten Politik überall richtig verstanden werden. Nicht auf Wunschvorstellungen, sondern auf der Kenntnis der Wirkungsweise und der bewußten Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus beruht die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei, gründen sich unsere volkswirtschaftlichen Zielstellungen und Pläne. Vor allem muß immer wieder verdeutlicht werden, daß in der sozialistischen Phase unseres gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses das Leistungsprinzip gilt.

Karl Marx hat bereits 1875 in seiner „Kritik des Gothaer Programms" dieses Prinzip mit der fundamentalen Erkenntnis „Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung" formuliert. Dieser Grundsatz, dessen Kern die Verteilung nach der Arbeitsleistung ist, stellt eine große historische Errungenschaft des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus dar. Erstmalig in der Menschheitsgeschichte wird die eigene Leistung der Werktätigen zum Maßstab ihrer Entlohnung und ihrer Rolle in der Gesellschaft.

Wie im Programm unserer Partei festgestellt ist, gehört das Leistungsprinzip zu den Kennzeichen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, das konsequent durchgesetzt werden muß. Wer besser arbeitet und eine

höhere Leistung für die Gesellschaft vollbringt, der hat auch persönlich den Nutzen davon. Er kann sich mehr leisten. Gleichmacherei im Sinne einer allgemeinen Gleichschaltung der Lebensbedingungen, der Bedürfnisse und des Verbrauchs widerspricht dem Wesen dieser Phase des Sozialismus. Mehr denn je kommt es gerade darauf an, die stimulierende Wirkung des Leistungsprinzips des Sozialismus für den weiteren ökonomischen und sozialen Fortschritt, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die sozialistische Einstellung zur Arbeit und zum gesellschaftlichen Eigentum, für eine hohe Arbeitsdisziplin und -moral voll zur Wirkung zu bringen.

Genossinnen und Genossen!

Die insgesamt guten Produktionsergebnisse der Landwirtschaft, die trotz widriger Witterungsbedingungen erreicht wurden, hatten eine sehr große Bedeutung für die stabile Versorgung der Bevölkerung im vergangenen Jahr. Zugleich bilden sie die Ausgangsposition, von der die anspruchsvollen 1980er Ziele angestrebt werden. Daher müssen sie selbstverständlich überall sorgfältig analysiert und ausgewertet werden.

Der Volkswirtschaftsplan des staatlichen Aufkommens pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse sowie des Exports ist in nahezu allen Positionen erfüllt und zum Teil überboten worden. Sehr erfreulich ist, daß wir wesentlich mehr Obst und Gemüse ernten konnten als im Vorjahr. Es kann nicht übersehen werden, daß es bei den Erträgen der Pflanzenproduktion erhebliche Unterschiede zwischen den Bezirken und Kreisen gibt. In der Tierproduktion wurde das staatliche Aufkommen 1979 bei Schlachtvieh und Eiern erfüllt. Die Ergebnisse in den Bezirken und Kreisen sind auch hier unterschiedlich. Wenn die Bezirke Halle, Magdeburg, Neubrandenburg und Potsdam ihren Verpflichtungen in der Milchproduktion voll nachgekommen wären, hätte der Plan auch in dieser Position überboten werden können.

Gut haben sich die Viehbestände entwickelt. In den vier Jahren des laufenden Fünfjahrplanes stiegen die Bestände bei Rindern um 64 600, bei Schweinen um 630 500, bei Schafen um 96 900 und bei Geflügel um 4,3 Millionen Stück. Bei Rindern und Schweinen verfügen wir über die bisher höchsten Bestände. Insgesamt ist von den Viehbeständen her die Grundlage für die geplante Tierproduktion 1980 gegeben.

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung der Bezirksleitung Schwerin hat das Politbüro Lehren für die weitere Arbeit in der Landwirtschaft gezogen. Im Mittelpunkt steht die konsequente Intensivierung

der Produktion mit Hilfe der wirksameren Nutzung von Wissenschaft und Technik. Wir brauchen hohe und stabile Erträge, wobei zugleich das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis ständig verbessert werden muß. Der Steigerung der Qualität der Arbeit und der Senkung der Verluste kommen eine erhebliche Bedeutung zu.

Der wachsende Bedarf unserer Republik an landwirtschaftlichen Erzeugnissen muß durch die Pflanzen- und Tierproduktion immer besser gedeckt werden. Das erfordert, die tägliche Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern zu gewährleisten und den beachtlichen Stand, der dabei erreicht wurde, unbedingt zu sichern. Notwendig ist zugleich die Erhöhung der Rohstoffproduktion. Aus Land- und Forstwirtschaft kommen rund zwei Drittel unseres eigenen extraktiven Rohstoffaufkommens – ein Gesichtspunkt, der für die volkswirtschaftliche Strategie eine beträchtliche Rolle spielt. Das alles umreißt die große Verantwortung der Genossenschaftsbauern und Arbeiter in diesem Bereich, ist aber ebenso eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe hohen Ranges.

Die Grundlage für die Leistungssteigerung unserer Landwirtschaft bildet die Entwicklung der Pflanzenproduktion. Entscheidend dafür ist, jeden Quadratmeter Boden wirklich effektiv zu nutzen. Der Boden bleibt das Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft und eine entscheidende Quelle des gesellschaftlichen Reichtums. Eine Aufgabe ersten Ranges besteht darin, die Bodenfruchtbarkeit ständig zu erhöhen. Davon vor allem hängen die Erträge der kommenden Jahre ab.

Der Wert der langfristigen Programme der Bodennutzung wurde mehrfach hervorgehoben. Sie sollten in allen LPG, VEG und kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion sowie in den Kreisen und Bezirken ausgearbeitet werden. Es muß angestrebt werden, in Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen auf den jeweiligen Standorten die ertragreichsten Fruchtarten und Sorten anzubauen und in allen LPG und VEG Pflanzenproduktion nach stabilen Fruchtfolgen zu wirtschaften. Überall muß die Versorgung der Böden mit organischer Substanz in Ordnung gebracht werden.

Besondere Aufmerksamkeit gebührt der unbedingt notwendigen Steigerung der Getreideproduktion. Deshalb brauchen wir allerorts eine politisch verantwortungsbewußte Einstellung zum Getreide. Es geht dabei sowohl um die Steigerung der Produktion als auch um den effektivsten Einsatz eines jeden Kilogramms. Die großen Unterschiede, die es zwischen den

Bezirken und Kreisen mit ähnlichen natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen gibt, beweisen, daß noch lange nicht alle Reserven erschlossen sind. Das Kernproblem ist nach wie vor die Steigerung der Hektarerträge.

Das gleiche gilt für die Zuckerrüben. Seit Jahren gibt es in den Hauptanbaugebieten ein unbefriedigendes Ertragsniveau. Das ist volkswirtschaftlich nicht länger tragbar. Alle Verantwortlichen müssen die erforderlichen Bedingungen für hohe Erträge schaffen. Dazu gehört auch, die Rübenpflege noch mehr zur Sache der ganzen Dorfbevölkerung zu machen.

Durch hohe Erträge gilt es, den Grobfutterbedarf der Tierbestände in Menge und Qualität entsprechend den Normativen abzudecken. Alle Möglichkeiten zur Steigerung der Grobfutterproduktion sind auszuschöpfen. Das betrifft besonders die bessere Bewirtschaftung des Grünlandes und einen intensiven Zwischenfruchtanbau. Noch energischer müssen die Verluste in der Futterwirtschaft gesenkt werden. Dazu ist notwendig, das beschlossene Silobauprogramm mit geringstmöglichem Materialeinsatz und unter Ausnutzung örtlicher Reserven planmäßig zu realisieren.

Mit der bevorstehenden Frühjahrsbestellung wird das Ertragsniveau des Jahres 1980 maßgeblich bestimmt. Es kommt jetzt darauf an, die ganze Kraft der Partei- und Staatsorgane im Territorium zu konzentrieren, um alle Arbeiten in guter Qualität zu den agrotechnischen Terminen durchzuführen. Vor allem sollten unsere Kreisleitungen bei der Organisierung der wirksamen politisch-ideologischen Tätigkeit für diese Kampagne an Ort und Stelle helfen. Die staatlichen Organe müssen dabei eine qualifizierte Arbeit leisten. Die Einhaltung der geplanten Anbauflächen ist bei allen Kulturen zu sichern und zu kontrollieren.

In der Tierproduktion besteht die Aufgabe darin, mit den vorhandenen Viehbeständen und durch rationellen Einsatz der Futtermittel die Planaufgaben dieses Jahres täglich zu erfüllen. Die Hauptsache im sozialistischen Wettbewerb ist, die vorhandenen Futtermittel effektiv zu verwerten. Durch gute Haltung und Pflege müssen die in einigen Bezirken und Kreisen unvertretbar hohen Tierverluste radikal gesenkt werden. Entschiedener gilt es, um hohe Aufzuchtergebnisse zu kämpfen. Auf allen geeigneten Standorten muß die Weidehaltung ausgedehnt werden. Die Monate bis zum Weideaustrieb sollten überall zur Vorbereitung genutzt werden.

Die Planaufgaben in diesem und den folgenden Jahren sind nur mit entsprechend hohen Viehbeständen zu erfüllen. Das trifft auch auf die

Kuhbestände zu. Die Kreisleitungen und die Räte der Kreise haben dafür Sorge zu tragen, daß sie in allen LPG und VEG Tierproduktion planmäßig reproduziert werden. Es wäre ein folgenschwerer Trugschluß zu glauben, die erforderliche Milch- und Rindfleischproduktion könne auch bei geringen Kuhbeständen erreicht werden.

In der Binnenfischerei sind neue Überlegungen und Anstrengungen zur Erhöhung der Produktion von Speisefischen erforderlich. Der fischwirtschaftlichen Nutzung aller verfügbaren Gewässer kommt außerordentliche Bedeutung zu.

Große Anerkennung gebührt der fleißigen Arbeit der Mitglieder des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter, die einen beachtlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse, Obst, Eiern, Fleisch, Honig und anderen Erzeugnissen leisten. Ihre Initiativen – wie auch die der Genossenschaftsbauern zur breiteren Entwicklung der individuellen Hauswirtschaften – sind auch künftig in jeder Weise zu fördern.

Die Ergebnisse des Jahres 1979 weisen uns mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alles Gewachsene mit geringsten Verlusten und in hoher Qualität der Versorgung zugeführt wird. Insbesondere bei Obst und Gemüse sind auch in Verarbeitungsindustrie und Handel wirksamere Bedingungen für eine verlustarme Lagerung, Konservierung und Vermarktung zu schaffen.

Die Investitionen müssen auch in der Landwirtschaft noch konsequenter für die Intensivierung, die Rationalisierung und Rekonstruktion eingesetzt werden. Auch in diesem Bereich sind Bauaufwand und Bauzeiten entschieden zu senken. Durch Rationalisierung und Rekonstruktion erschließen die LPG und VEG Möglichkeiten, um den Arbeitszeitbedarf zu reduzieren und die körperlich schwere Arbeit zu erleichtern. Dabei geht es besonders um die Tierproduktion. Hierfür werden vor allem Kapazitäten der zwischenbetrieblichen Bauorganisation eingesetzt. Das gilt ebenso für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. In den Dörfern wurden in den vergangenen 4 Jahren 41 000 Wohnungen neu-, um- und ausgebaut. Damit ist die Zielstellung für den gesamten Fünfjahrplan bereits beachtlich überboten.

Zur Bewältigung von Arbeitsspitzen, besonders während der Ernte, sind die LPG und VEG dazu übergegangen, zeitweilig Arbeitskräfte aus ihren zwischengenossenschaftlichen beziehungsweise zwischenbetrieblichen

Einrichtungen einzusetzen. Das ist ein richtiges Prinzip. Darüber haben die demokratisch gewählten Bevollmächtigtenversammlungen zu beschließen. Die Staatliche Plankommission und das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft wurden beauftragt, das in der Planungsordnung entsprechend zu berücksichtigen.

In der Forstwirtschaft gelang es 1979, die durch den Witterungsverlauf im I. Quartal eingetretenen Rückstände bei Rohholz aufzuholen und 200 000 Festmeter Fichtenfaserholz für die Zellstoffindustrie zusätzlich bereitzustellen. Das ist eine große Leistung. Die kontinuierliche Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohholz bleibt die zentrale Aufgabe der Forstwirtschaft. Dabei heißt es, das einheimische Rohholzaufkommen noch sorgfältiger auszunutzen, was vor allem durch die vollständige Verwertung des Dünnholzes zu organisieren ist. Dazu brauchen wir eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben und den Werken der Holzindustrie. Zu einer wichtigen Aufgabe im sozialistischen Wettbewerb der Forstkollektive sollte die planmäßige Aufforstung und Waldpflege gemacht werden. Das kommt unserem Wald zugute, der volkswirtschaftlich so wichtig ist und in dem sich die Werktätigen entspannen und erholen.

Die vom IX. Parteitag beschlossene Agrarpolitik hat sich bewährt und trägt ihre Früchte. Wir werden sie auch künftig Schritt für Schritt weiter durchführen. Die herangereiften Entwicklungsprobleme werden – wie auf der 11. Tagung festgestellt – in Vorbereitung des X. Parteitages zu beantworten sein. Alles ist zu tun, um die Potenzen der LPG und VEG sowie ihrer kooperativen Einrichtungen immer besser auszuschöpfen. Unsere Landwirtschaft wird bekanntlich vor allem durch das genossenschaftliche Eigentum geprägt, das auf lange Sicht große Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

In der politischen Führungstätigkeit ist dem genossenschaftlichen Charakter der LPG und ihrer kooperativen Einrichtungen deshalb stets Rechnung zu tragen. Grundlage ihrer Tätigkeit und Entwicklung sind die Statuten und Betriebsordnungen. Sie müssen deshalb in jeder LPG täglich mit Leben erfüllt werden. Die Erfahrungen bestätigen nachdrücklich, daß eine Genossenschaft dann gut arbeitet, wenn ihre Mitglieder auf demokratische Weise an der Entwicklung der LPG mitwirken.

Was die zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen betrifft, so darf nirgends zugelassen werden, daß ihr genossenschaftlicher Charakter durch

staatliche oder wirtschaftsleitende Organe mißachtet wird. Für ihre kooperativen Einrichtungen tragen die LPG und VEG die uneingeschränkte Verantwortung. Die Rolle der Bevollmächtigtenversammlungen ist zu stärken. Ständig müssen die Parteileitungen diese gesellschaftlichen Prozesse fördern.

Ausgehend von den Beschlüssen des IX. Parteitages und den bei ihrer Verwirklichung gesammelten Erfahrungen, sind die Vorzüge der Kooperation im Interesse der Steigerung der Produktion und der Festigung der LPG und VEG noch wirkungsvoller zu nutzen. Das betrifft sowohl die Zusammenarbeit zwischen den LPG und VEG als auch ihr Zusammenwirken mit der Verarbeitungsindustrie und dem Handel. Um die Kooperationsräte zu stärken, macht sich eine noch breitere demokratische Mitwirkung der Genossenschaftsbauern und Arbeiter erforderlich. Die Aufgaben der Räte bei der gemeinsamen Planung der Produktion und der Investitionen, bei der Kontrolle und Abrechnung sowie der Führung des sozialistischen Wettbewerbs sind zu erweitern. Auch zur Beratung und Entscheidung von Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft im Kreis sollten die Genossenschaftsbauern und Arbeiter noch mehr hinzugezogen werden.

Zu den hier dargelegten Aufgaben unserer sozialistischen Landwirtschaft zur Durchführung des Planes 1980 und für ihre weitere Entwicklung hat das Politbüro am letzten Dienstag grundsätzliche Beschlüsse gefaßt. Es handelt sich um Maßnahmen zur Erschließung zusätzlicher Reserven im Jahre 1980 für die Steigerung der Produktion und die Senkung des Produktionsverbrauchs, um Aufwand und Ergebnis der Landwirtschaft volkswirtschaftlich günstiger zu gestalten. Wir gehen davon aus, daß durch die Erfahrungen und die Initiative der Genossenschaftsbauern und anderen Werktätigen unserer sozialistischen Landwirtschaft bei richtiger Unterstützung durch die staatlichen Organe im Kreis, durch eine zielstrebige politische Arbeit in den Grundorganisationen die festgelegten Aufgaben erfüllt werden.

Die auf Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees durchzuführenden Seminare mit den Leitungskadern der LPG und der volkseigenen Betriebe der sozialistischen Landwirtschaft sowie ihrer kooperativen Einrichtungen in den kommenden Wochen bieten eine günstige Gelegenheit, gründlich die Aufgabenstellung zu erläutern.

Das Politbüro hat weiterhin Grundsätze für die Arbeit der Kooperations-

räte in der sozialistischen Landwirtschaft bestätigt. Dieses Material trägt Empfehlungscharakter. Wir halten es für geeignet, zu helfen, die Rolle der Kooperationsräte weiter auszuprägen, und zwar als Organe, die die Genossenschaftsbauern und Arbeiter noch stärker in die Leitung und Planung des kooperativen Zusammenwirkens einbeziehen. Den Kern dieser Empfehlungen sehen wir in dem stärkeren gegenseitigen Zusammenwirken, im besseren gemeinsamen Verstehen der Probleme, in gemeinsamen Diskussionen der zu lösenden Aufgaben und zur Stärkung der Verantwortung der Genossenschaftsbauern für ihre LPG und für eine bessere Entscheidungsfindung in den Vollversammlungen der LPG. Wir werden diese Grundsätze in der „Neuen Deutschen Bauernzeitung" veröffentlichen, so daß alle Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern sowie andere beteiligte Werktätige der sozialistischen Landwirtschaft Gelegenheit haben, sich damit vertraut zu machen.

In die gleiche Richtung zielt der Beschluß des Politbüros über die Aufgaben und Arbeitsweise des Rates für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft des Kreises. Die Tätigkeit dieses demokratischen Organs als Beirat beim Rat des Kreises wird es uns ermöglichen, die Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern umfassender in die Leitung und Planung der sozialistischen Landwirtschaft im Kreis einzubeziehen. Sowohl die Kooperationsräte als auch der Rat für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft im Kreis sind geeignete Instrumente, das genossenschaftlich-sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln weiter zu festigen und zu stärken sowie der Klasse der Genossenschaftsbauern die ihr gebührende Stellung in unserem gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Eine schöpferische Arbeit in diesen demokratischen Gremien wird neue Initiativen der Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern auslösen, die wertvoll für die weitere Stärkung ihrer Genossenschaft, der sozialistischen Demokratie und damit für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik sind. Das Politbüro hat sich auch dafür ausgesprochen, daß von Zeit zu Zeit Kreisbauernkonferenzen durchgeführt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß unsere Republik durch die sozialistische ökonomische Integration fester denn je mit der sozialistischen Staatengemeinschaft und deren Hauptkraft, der UdSSR, verbunden ist. Der Außenhandelsumsatz der DDR mit den Mitgliedsländern des RGW

hat 1979 eine Größenordnung von fast 72 Milliarden Valutamark erreicht. 1970 betrug er rund 27 Milliarden Valutamark.

Auch künftig werden wir die Vorzüge der sozialistischen Integration nutzen, und zwar in wachsendem Maße. In Gestalt des Programms der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen der DDR und der UdSSR bis 1990 sowie der langfristigen Zielprogramme der Zusammenarbeit im RGW verfügen wir über eine gemeinsame Strategie, die den Möglichkeiten und Erfordernissen der 80er Jahre Rechnung trägt. Gestützt auf diese Dokumente, werden wir zusammen immer größere Aufgaben in Wissenschaft, Technik und Produktion lösen.

Als einen entscheidenden Schritt zur Realisierung des langfristigen Spezialisierungsprogramms mit der UdSSR werten wir die Dokumente über die Koordinierung der Fünfjahrpläne 1981 bis 1985 mit der UdSSR. Damit verfügen wir über ein festes Fundament für die weitere Stabilität und Dynamik unserer Volkswirtschaft. In diesem Sinne wirken die umfangreichen Rohstofflieferungen der UdSSR, die den größten Teil unseres Bedarfs decken, aber auch die sowjetischen Maschinen und Ausrüstungen, die wir importieren. Ihrerseits exportiert die DDR in großem Umfang Erzeugnisse des Maschinenbaus. Für unsere Kombinate und Betriebe werden damit langfristige Produktions- und Absatzperspektiven gesichert.

Übereinstimmend mit den Festlegungen im RGW besteht die Aufgabe darin, die Koordinierung der Fünfjahrpläne auch mit den anderen RGW-Ländern im 1. Halbjahr 1980 abzuschließen, um in diesem Jahr die langfristigen Handelsabkommen für 1981 bis 1985 vorzubereiten.

Mit der fortschreitenden Verflechtung der Volkswirtschaften beeinflussen die Integrationsmaßnahmen immer tiefer die planmäßige Entwicklung der DDR. Es liegt auf der Hand, daß, angefangen von den Organen der Regierung bis hin in jedes Kombinat und jeden Betrieb, Aufwand und Nutzen jeder einzelnen Maßnahme gründlich berechnet wird und auch auf diesem Gebiet höchste Effektivität und Qualität zum Maßstab der Arbeit gemacht werden. Das schließt hohe Disziplin und Aktivität ein, um die vertragsgerechte Realisierung der vereinbarten gegenseitigen Lieferungen nach Menge, Termin und Qualität zu gewährleisten. Es hat sich bewährt, die Durchführung von Maßnahmen der sozialistischen ökonomischen Integration unter Parteikontrolle zu nehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Forschungsarbeit der Akademie der Wissenschaften der DDR, der

Universitäten und der Hochschulen hat sich gut entwickelt. Zunehmend kam es zu Ergebnissen, die den internationalen Stand mitbestimmen. Jetzt gilt es, die langfristig ausgearbeiteten Ziele so zu realisieren, daß eine noch größere Auswirkung auf die Breite und das Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR gewährleistet wird. Für die weitere Stärkung der ökonomischen Leistungskraft unseres Landes sind die wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Universitäten und Hochschulen von ausschlaggebender Bedeutung. Wir orientieren darauf, mit den verfügbaren Kapazitäten und Fonds in der Forschung Leistungen mit höchstem Niveau zu erreichen und sie schnell und volkswirtschaftlich effektiv anzuwenden. Diesem Ziel dient die Präzisierung der Forschungsprogramme und Hauptforschungsrichtungen der Akademie der Wissenschaften, des Hochschulwesens und der medizinischen Forschung der DDR, die vor kurzem vom Politbüro bestätigt wurden.

Dabei spielt eine erstrangige Rolle, die wissenschaftliche Arbeit zu intensivieren und die Effektivität der Forschung selber zu erhöhen. Das verlangt, das Leistungsvermögen der Forscherkollektive konsequent zu fördern und junge, talentierte Kader zielstrebig zu entwickeln. Mit den Wissenschaftlern sind wir einig, daß schöpferische Kader, die Initiative und gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein an den Tag legen, vor allem aus solchen Forschungskollektiven hervorgehen, wo die eigenen Ergebnisse stets schonungslos am internationalen Spitzenniveau gemessen werden und man mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen gut vertraut ist.

Eine wertvolle Quelle, um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen, ist die Beherrschung der engen Wechselbeziehungen von Grundlagenforschung, angewandter Forschung, technischer Entwicklung und Produktion bei rechtzeitiger Sicherung der notwendigen Investitionen. Mit der Bildung der Kombinate hat sich hier einiges zum Positiven verändert. Das erfolgreiche Zusammenwirken der Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften und der Hochschulen mit der Industrie – etwa den Kombinaten Mikroelektronik und Werkzeugmaschinenbau „Fritz Heckert“ – sollte ein Beispiel sein. Noch zu groß erscheinen uns die Unterschiede zwischen den Kombinaten bei der Schaffung eigener, leistungsstarker Forschungs- und Entwicklungspotentiale.

Wie die Erfahrungen bestätigen, bilden das politische Interesse und die

Initiative der Parteiorganisationen, diese konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit zu vertiefen, einen notwendigen Bestandteil der Parteiarbeit. Besonders trifft das auf die Beschleunigung der Überführungsaufgaben zu. Ich möchte die Initiative und Hilfe der Parteiorganisationen im Zentrum für wissenschaftlichen Gerätebau der Akademie der Wissenschaften und im VEB Steremat „Hermann Schlimme" sowie der Bezirksleitung Berlin zur Realisierung eines wichtigen Projektes der Mikroelektronik erwähnen.

Seit Einberufung der V. Hochschulkonferenz für den September 1980 ist eine gründliche Diskussion über den Platz und die Aufgaben der Wissenschaft und des Hochschulwesens bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Gang gekommen. Die Tätigkeit der Parteiorganisationen, der gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Leiter muß darauf gerichtet sein, das Schöpfertum der Hochschulangehörigen, ihren Drang nach hohen Leistungen und neuen Lösungen zu fördern. Das setzt eine Atmosphäre voraus, in der durch offenen und kameradschaftlichen Meinungsstreit um die Erfüllung der Aufgaben gerungen wird und die Ergebnisse in Lehre, Forschung und Studium sachlich, kritisch und selbstkritisch eingeschätzt werden.

Das alles kann man schon deswegen nicht als hochschulinterne Angelegenheit betrachten, weil das Hochschulwesen durch die Ausbildung und Erziehung qualifizierter Kader sowie durch die Forschung eng mit allen gesellschaftlichen Bereichen verbunden ist. Daher geht es auch um Überlegungen, wie die Zusammenarbeit von Hochschulen und Kombinaten und anderen Bereichen noch langfristiger und komplexer gestaltet werden kann. In dieser Zusammenarbeit muß auch die gemeinsame Verantwortung wahrgenommen werden, wissenschaftlich ausgebildete Kader richtig einzusetzen und den Nachwuchs zu fördern.

Wir sind für langfristige Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie über den gezielten Austausch der Kader. Auch die Delegierung der besten jungen Facharbeiter zum Studium gehört dazu. Diesen Anforderungen entsprechen solche Komplexverträge, wie sie zwischen der Technischen Universität Dresden und dem VEB Kombinat Nagema Dresden oder der Technischen Hochschule Magdeburg und dem Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann" Magdeburg abgeschlossen wurden.

Unsere Partei hat der theoretischen Arbeit stets große Aufmerksamkeit gewidmet. Ist doch die marxistisch-leninistische Theorie die sichere Grund-

lage für die gesamte Tätigkeit unserer Partei und weltanschauliche Basis für das geistige Leben unseres Volkes. An der Wahrung der Reinheit und Einheit des Marxismus-Leninismus, an der Erschließung des theoretischen Reichtums der Werke unserer Klassiker und der Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung für den heutigen Kampf, an der ständigen Bereicherung unserer Theorie haben die Gesellschaftswissenschaften bedeutenden Anteil.

In den nächsten Monaten wird die Konzeption der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung bis 1985 und darüber hinaus erarbeitet, werden die Schwerpunkte für das nächste Jahrfünft festgelegt. Wir erwarten von den Gesellschaftswissenschaftlern neue qualifizierte Beiträge zur Theorie der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Das erfordert, die Dialektik im Sozialismus allseitig zu erfassen und die objektiven Gesetzmäßigkeiten, die den ökonomischen, sozialen und geistig-kulturellen Prozessen innewohnen, sowie die Bedingungen ihrer Wirkung noch gründlicher aufzudecken. Nur das Durchdringen der realen Prozesse und Erscheinungen, die genaue marxistisch-leninistische Analyse der Praxis kann gewährleisten, daß die Forschung zu fundierten Vorschlägen für die praktische Lösung heranreifender Fragen und zu weiterführenden theoretischen Verallgemeinerungen gelangt.

Auf solchen Gebieten wie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und dem Ausbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus, dem Wirken der Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts wird besonders deutlich, daß wir es mit intensiveren und vielgestaltigeren Wechselbeziehungen aller Bereiche zu tun haben. Dem muß durch effektiveres Zusammenwirken der verschiedenen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und durch das koordinierte Vorgehen der Gesellschafts-, Natur- und Technikwissenschaften konsequenter Rechnung getragen werden. Damit sind sowohl die inhaltlich-konzeptionellen Fragen als auch die Leitung der Wissenschaft gemeint.

Die Parteiorgane sollten die aktive Teilnahme der Gesellschaftswissenschaftler an der Durchsetzung der Beschlüsse der Partei fördern. Dadurch vergrößert sich ihre Kenntnis der Aufgaben und Probleme, verbessert sich ihre Fähigkeit, das geistige Leben in unserem Lande mitzugestalten. Weltanschauung, Bildung, Kultur, Propaganda, die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten sind Felder, auf denen die Gesellschaftswissenschaftler noch wirksamer werden können und sollen. Auch halten wir

weitere Überlegungen für angebracht, wie die Beweiskraft, Anschaulichkeit und Massenwirksamkeit der marxistisch-leninistischen Propaganda erhöht werden können.

Das Voranschreiten des Sozialismus wird von einer beispiellosen Verschärfung des ideologischen Kampfes durch die herrschenden imperialistischen Kreise und ihre Ideologen begleitet. Wie nie zuvor ist der Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt zu einem Kampf um die Hirne der Menschen geworden. Deshalb bleiben die Analyse und Kritik des heutigen Kapitalismus und die offensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie, insbesondere dem Antikommunismus, Kernfragen gesellschaftswissenschaftlicher Arbeit. Vor allem sollte noch wirkungsvoller aufgedeckt werden, daß der Imperialismus, die fortschreitende allgemeine Krise des Kapitalismus die Hauptquellen für die ernsten Probleme sind, die heute in der Welt bestehen. Neben der ökonomischen Seite der allgemeinen Krise des Kapitalismus sollten die Gesellschaftswissenschaftler auch seinen geistig-kulturellen und moralischen Niedergang gründlich erforschen und darstellen.

Dem Nachweis der Klassenbezogenheit sogenannter globaler Menschheitsprobleme – so der Erschließung und rationellen Nutzung der Rohstoff- und Energieressourcen der Erde, der Entwicklung der Weltbevölkerung und ihrer Ernährung, des Umweltschutzes, der ökonomischen und sozialen Entwicklung aller Regionen und den Fragen der neuen Weltwirtschaftsordnung – müssen wir mehr Beachtung schenken.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Bereich der Volksbildung ist die Parteiarbeit auf eine gründliche Auswertung des VIII. Pädagogischen Kongresses gerichtet. Heute, mehr als ein Jahr nach diesem Kongreß, kann man feststellen, daß seine Orientierungen überall gut verstanden wurden und Praxis des pädagogischen Lebens in unserem Lande sind. Zielstrebig wird daran gearbeitet, unsere Oberschule inhaltlich auszugestalten, ihren polytechnischen Charakter zu vertiefen und die kommunistische Erziehung weiter zu vervollkommnen. Geführt von den Parteiorganisationen an den Schulen, entwickelte sich eine breite Bewegung des Strebens nach höherer Qualität der pädagogischen Arbeit, des schöpferischen Suchens nach effektiven Wegen des Unterrichts und der Erziehung.

Hierbei haben die Parteiorganisationen und die leitenden Parteiorgane neue Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen. Aus solcher Sicht be-

richtete die Kreisleitung Eisenhüttenstadt vor dem Sekretariat des Zentralkomitees. In der Stellungnahme dazu hob das Sekretariat die Aufgaben hervor, die von den Kreisleitungen und den Grundorganisationen in den Schulen, Betrieben, gesellschaftlichen Institutionen und staatlichen Organen zu lösen sind, um die auf dem IX. Parteitag beschlossene schulpolitische Grundlinie als wesentlichen Bestandteil unserer Gesamtpolitik weiter zu verwirklichen.

Diese Orientierungen fanden in der gesamten Bevölkerung eine breite Resonanz. Auch die Tatsache, daß nach dem VIII. Pädagogischen Kongreß die unmittelbare Mitwirkung der Eltern, der FDJ- und Pionierorganisation, der Arbeiter, Genossenschaftsbauern und anderen Werktätigen an der kommunistischen Erziehung der Schuljugend viele neue Impulse erhalten und an Qualität sichtbar gewonnen hat, dürfen wir mit Recht als einen Ausdruck des gewachsenen Vertrauens der Bevölkerung zur Politik von Partei und Regierung werten.

Fragen der Volksbildung sind nicht nur Angelegenheit eines speziellen Ressorts, sondern zutiefst Fragen des weiteren Verlaufs der sozialistischen Revolution insgesamt. Unsere Zeit verlangt Menschen mit großem Wissen, klarem politischem Standpunkt, ausgeprägter sozialistischer Moral, Menschen, die etwas können und leisten. Das ergibt sich aus den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Entwicklung der Produktion ebenso wie aus den Anforderungen der aktiven Mitwirkung an der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben in sozialistischer Demokratie. Heute sind eine hohe, eng mit der Praxis verbundene, im Leben wirksam werdende Bildung der jungen Generation, ihr schöpferisches Denken und Handeln, ihre Bewußtheit und Aktivität von entscheidender Bedeutung für unser Voranschreiten.

Der VIII. Pädagogische Kongreß hat, ausgehend vom Programm unserer Partei, die Aufgaben für einen längeren Zeitraum umrissen, was natürlich nicht bedeutet, aktuelle Probleme auf die lange Bank zu schieben. Wie die Zielstellungen realisiert werden, hängt vor allem von der Qualität der Führung durch die Parteiorganisationen, die leitenden Organe der Partei und des Staates ab. Der Kernpunkt ist, wie wir es vermögen, wohlüberlegt die nächsten Schritte zur Entwicklung des Volksbildungswesens zu bestimmen und auch zu tun.

Wenn sich die Einsicht in die gesellschaftliche Bedeutung der Bildung und Erziehung nicht nur bei den Pädagogen, sondern auch bei den Werk-

tätigen der Betriebe und den gesellschaftlichen Kräften bedeutend vertieft hat, dann ist das sehr erfreulich. Aber damit können wir es natürlich nicht bewenden lassen. Nach wie vor sollte überall das Verständnis dafür gefördert werden, daß der wichtigste Auftrag eines jeden Lehrers darin besteht, einen qualifizierten Unterricht zu erteilen und wirksam zu erziehen.

Der Lehrer wirkt nun einmal auf die heranwachsende Generation in erster Linie durch seinen Unterricht. Er hat dafür zu sorgen, daß die Schüler ein fundiertes Wissen in Geschichte, Mathematik, in den Naturwissenschaften und auf anderen Gebieten erwerben. Folglich muß gewährleistet werden, daß er sein Fach gut beherrscht und seine Kenntnis der Fachwissenschaft ständig vervollkommnen kann. Durch die fachliche Arbeit leistet der Lehrer einen sehr wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Persönlichkeit jedes Schülers, zu seiner weltanschaulichen und moralischen Erziehung. Politische, weltanschauliche und moralische Überzeugungen eignen sich die Schüler vor allem durch eine gründliche Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung in Natur und Gesellschaft an, durch ein fundiertes Wissen um Tatsachen, Ursachen und Zusammenhänge von Erscheinungen. Gerade auf diese Seite der Arbeit der Parteiorgane und Parteiorganisationen mit den Pädagogen möchte ich hinweisen, weil es noch Beispiele gibt, daß dieser Grundsatz aus dem Blickfeld gerät.

Einen wesentlichen Fortschritt der Arbeit mit den Pädagogen sehen wir darin, daß sie die schulpolitischen Aufgaben besser aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen ableiten, verstehen und begründen. Doch müssen wir immer wieder überlegen, woran aus dieser Sicht weiter zu arbeiten ist. Sollten wir zum Beispiel nicht genau prüfen, ob die Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution und die daraus erwachsenden Anforderungen an das Wissen, an das Verhalten der Schüler stets bis zu den Konsequenzen durchdacht werden, die sich konkret für den Unterricht ergeben, dafür, was gelehrt wird und wie es zu lehren ist?

Die Lehrer sind sich auch bewußter geworden, daß die ideologische Auseinandersetzung mit dem Imperialismus an Umfang und Schärfe zugenommen hat. Täglich werden sie mit vielen Erscheinungen konfrontiert, die das belegen. Unsere Lehrer tragen eine besondere Verantwortung, die Jugend immer besser gegen die Einflüsse der bürgerlichen Ideologie zu wappnen. Damit sie ihren Schülern jederzeit überzeugend Rede und Antwort stehen können, brauchen sie die Hilfe der Parteiorganisationen.

Seit langem bewährt sich, daß leitende Funktionäre der Partei, des Staates und der Wirtschaft vor den Pädagogen auftreten und das politische Gespräch mit ihnen führen, daß die Kreisleitungen für ein reges ideologisches Leben in den Schulparteiorganisationen, für ein hohes Niveau des Parteilehrjahres an allen Schulen sorgen. Denn es ist wichtig, politisch jeden Lehrer zu erreichen, zu wissen, was ihn bewegt, um rechtzeitig und überzeugend auf seine Fragen Antwort geben zu können. Dem kommt große Bedeutung für ein vertrauensvolles Verhältnis jedes Lehrers zur Partei zu. Von jedem Pädagogen müssen wir aber auch verlangen, daß er sich selbst politisch gut informiert und das internationale Geschehen, die Entwicklung auf allen gesellschaftlichen Gebieten aufmerksam verfolgt. Wir müssen ihn veranlassen, selbst gründlich nachzudenken und sich eine Meinung zu bilden, müssen den Meinungsstreit, das gemeinsame Suchen nach dem richtigen Standpunkt, nach der richtigen Antwort fördern.

In der Arbeit mit den Pädagogen sollten wir beharrlich fortsetzen, was wir seit der Vorbereitung des VIII. Pädagogischen Kongresses praktiziert haben – das Nachdenken über die eigene Arbeit, hohe Anforderungen an jeden einzelnen. Auf einer solchen Basis wird sich auch die Atmosphäre der vertrauensvollen, freudigen gemeinsamen Tätigkeit, der gegenseitigen Hilfe, des Sich-verantwortlich-Fühlens für das Ganze, die heute bereits zahlreiche Pädagogenkollektive kennzeichnet, weiter herausbilden. Solche Beziehungen sind zugleich eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß ein Kollektiv auch in politisch komplizierten Situationen seinen Mann steht, sich als politisch stabil erweist.

Die politische Stabilität der Kollektive wird wesentlich davon bestimmt, wie die Parteiorganisationen mit den vielen jungen Pädagogen arbeiten, die jährlich ihre Tätigkeit aufnehmen und nicht über die politischen Kampferfahrungen der älteren Lehrergeneration verfügen. Hier sind Geduld und Konsequenz, Feingefühl im Umgang und hohe Anforderungen besonders wichtig. Die Kreisleitungen der Partei und die Schulparteiorganisationen, unser sozialistischer Jugendverband sollten einer langfristigen Auswahl und zielstrebigen politischen Vorbereitung der am besten geeigneten jungen Menschen auf den Lehrerberuf noch mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher.

Die Fortschritte im Volksbildungswesen konnten nicht zuletzt deswegen erreicht werden, weil sich die Sekretariate der Kreisleitungen in wachsendem Maße für die Bildung und Erziehung der Schuljugend verantwortlich

fühlen. Diese kollektive Verantwortung weiter auszuprägen ist unentbehrlich für künftige Erfolge, sowohl was die inhaltlichen Fragen der Bildung und Erziehung betrifft als auch die Sicherung der erforderlichen Bedingungen. Das reicht von der Einhaltung des Planes für neu zu schaffende Bauten im Bereich der Volksbildung bis zu all den Aufgaben, die mit dem Blick auf die Entwicklung der nächsten Jahre zu lösen sind. Beispielsweise stehen auf Grund des erfreulichen Geburtenzuwachses die Jüngsten gewissermaßen schon heute vor den Türen der Vorschuleinrichtungen und drei Jahre später vor den Schultüren. Viele Eltern betrachten es als Selbstverständlichkeit im Sozialismus, daß ihre Kinder in den Genuß der Vorschulerziehung kommen. Sie gilt es überall zu gewährleisten.

Genossinnen und Genossen!

Unter den Bedürfnissen der Bürger nimmt der Wunsch nach Gesundheit und sozialer Betreuung einen der vordersten Plätze ein. Dem tragen wir bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft mit dem Ausbau des Gesundheitswesens Rechnung. Auch im Plan 1980 werden dafür beachtliche Mittel bereitgestellt, die es auf effektivste Weise zu nutzen gilt. Wenn im Gemeinsamen Beschluß des Politbüros und des Ministerrates zur Erhöhung der Effektivität der Investitionen vom Oktober 1979 auf die Schaffung funktionsfähiger Wohngebiete orientiert wird, dann gehört dazu, daß die medizinische Betreuung der Bürger ebenso gewährleistet wird.

Weiterhin wird die Bevölkerung teilweise in älteren Einrichtungen gesundheitlich betreut. Infolgedessen ist die planmäßige Werterhaltung und Modernisierung solcher stationärer und ambulanter Gesundheitseinrichtungen sehr wichtig. Gleichermaßen bezieht sich das auf die medizinischen Einrichtungen des Hochschulwesens, die nicht nur einen großen Teil der Bürger betreuen, sondern auch für die Heranbildung neuer Generationen von Ärzten und Zahnärzten verantwortlich sind und durch medizinische Forschung der ärztlichen Praxis qualitativ neue Wege erschließen. Auch im Gesundheitswesen sollte ein zunehmender Anteil der planmäßigen Investitionen in die Rekonstruktion bestehender Einrichtungen fließen.

Was die ärztliche und zahnärztliche Betreuung betrifft, so ist auch für 1980 vorgesehen, weitere Arbeitsplätze zu errichten, so daß auf diesem Gebiet die Zielstellung des IX. Parteitages bedeutend überboten wird. Im Vordergrund steht jetzt, bei der Besetzung der geschaffenen ärztlichen und zahnärztlichen Arbeitsplätze in einigen wichtigen Industriekreisen und

Ballungsgebieten, zum Beispiel Bitterfeld, Halle, Karl-Marx-Stadt, Merseburg und Senftenberg, raschere Fortschritte zu erreichen. Die Räte der Bezirke und Kreise sind verpflichtet, hier in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Gesundheitswesen grundlegende Verbesserungen herbeizuführen. Noch wirkungsvoller sollten das Niveau der Aus- und Weiterbildung der Hoch- und Fachschulkader, die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch zwischen den Gesundheitseinrichtungen gefördert werden.

Die differenzierte Anleitung durch die Mehrzahl der Kreisleitungen hat geholfen, die Kampfkraft der Grundorganisationen im Gesundheitswesen noch weiter zu erhöhen. Regelmäßige politische Gespräche mit den Mitarbeitern, insbesondere jungen Ärzten und Schwestern, sollten ständig zum Arbeitsstil der Kreisleitungen gehören.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die 11. Tagung des Zentralkomitees hat die Fortschritte im Bereich von Kultur und Kunst hoch gewürdigt. Wie das bei meinem Treffen mit Kultur- und Kunstschaffenden am 22. Juni 1979 nachdrücklich betont wurde, legen wir auf die Förderung der sozialistischen Kultur und Kunst stets großen Wert. Denn in unserer Politik der Hauptaufgabe bilden Materielles und Kulturelles eine untrennbare Einheit. Die Entwicklung eines inhaltsreichen und vielgestaltigen geistig-kulturellen Lebens gehört als fester Bestandteil zu dieser Politik für das Wohl der Menschen.

Kultur und Kunst tragen wesentlich zur Festigung sozialistischer Überzeugungen und zur Herausbildung kommunistischer Ideale bei. Sie sind unverzichtbare Elemente der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten und der weiteren Ausprägung der sozialistischen Lebensweise. Deshalb geht es um ein hohes Niveau der Kultur im umfassenden Sinn dieses Wortes überall in unserer sozialistischen Gesellschaft. Viele Bezirks- und Kreisleitungen nehmen bereits regelmäßig zu den damit verbundenen Fragen Stellung. Auch in den Grundorganisationen sollte es noch mehr zum ständigen Anliegen werden, sich mit dem geistig-kulturellen Leben zu beschäftigen und die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit Kultur- und Kunstschaffenden zu verstärken.

Wir streben an, den sozialistischen Inhalt des geistig-kulturellen Lebens und der Künste noch deutlicher auszuprägen. Dabei haben wir vor allem die ethischen Werte des Sozialismus im Auge, den internationalistischen und patriotischen Gehalt und die kommunistischen Ideale im Kulturleben

und im künstlerischen Schaffen. Im Mittelpunkt steht die weitere Erhöhung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Entwicklung unserer sozialistischen Kultur und Kunst.

Auf vielfältige Weise fördert der sozialistische Wettbewerb das geistig-kulturelle Leben in den Arbeitskollektiven. Ein kulturvolles Klima vermag sehr viel zur Arbeitsfreude und zum Wohlbefinden der Werktätigen beizutragen. Deshalb widmen wir der sozialistischen Arbeitskultur, der kulturvollen Gestaltung aller Arbeitsbedingungen große Aufmerksamkeit.

Mit neuen Aktivitäten werden jetzt die 18. Arbeiterfestspiele und die 6. Kulturfesttage der sozialistischen Landwirtschaft vorbereitet, die in diesem Jahr im Bezirk Rostock stattfinden. Dem kulturellen und künstlerischen Volksschaffen sollten die Bezirks- und Kreisleitungen, die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen weiterhin alle Unterstützung geben.

In ihrer überwiegenden Mehrheit erweisen sich die Schriftsteller und Künstler unserer Republik als feste Verbündete der Arbeiterklasse und unserer Partei. Sie sind bestrebt, mit wirklichkeitsnahen, parteilichen und volksverbundenen Kunstwerken an den tiefgreifenden Wandlungen mitzuwirken, die sich bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vollziehen. Das ist mit hohen Ansprüchen an das künstlerische Schaffen verbunden. Vor allem von der Literatur- und Kunstkritik sollte noch mehr getan werden, das Ringen um hohe ideologisch-künstlerische Meisterschaft zu unterstützen, was einschließt, Schwächen oder Fehler einzelner Kunstwerke sachlich, kritisch und mit Verständnis für die künstlerischen Schaffensprozesse zu erörtern.

Wir begrüßen es, daß viele Bezirks- und Kreisleitungen bemüht sind, ihre kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Kunstschaffenden zu verstärken und das politisch-geistige Leben in den Parteiorganisationen der Künstlerverbände und künstlerischen Einrichtungen zu befruchten. Noch mehr sollte geschehen, um enge und stabile Beziehungen von Schriftstellern und Künstlern zu Kollektiven der Industrie und Landwirtschaft zu entwickeln. Das ist ein Prozeß nützlichen, wechselseitigen Gebens und Nehmens. Er fördert das Kunstverständnis der Werktätigen, erhöht ihre Fähigkeiten im Umgang mit Kunst, bereichert Gedanken und Gefühle, erfreut und unterhält. Andererseits sind lebendige Beziehungen zu aktiven Erbauern des Sozialismus unverzichtbar für das Entstehen neuer Kunstwerke.

Besonderes Augenmerk richten wir auf die Förderung junger Schriftsteller und Künstler, die Ausbildung und kommunistische Erziehung des künstlerischen Nachwuchses. Jede Bezirks- und Kreisleitung sollte den jungen Kunstschaffenden in diesem Sinne Unterstützung geben. Dabei wollen viele von ihnen nicht nur gefördert, sondern vor allem gefordert werden. Was wir in dieser Hinsicht heute tun, leisten wir zugleich für die Zukunft unserer sozialistisch-realistischen Literatur und Kunst.

Genossinnen und Genossen!

Welche Aufgaben sich den staatlichen Organen, von den Ministerien bis zu den Kreisen stellen, wurde auf der 11. Tagung des Zentralkomitees dargelegt. Vorrangig betrifft dies ihren Beitrag zum Leistungsanstieg unserer Volkswirtschaft, das heißt zur Planerfüllung in allen Bereichen. Große Bedeutung messen wir der weiteren Vervollkommnung der Arbeit der staatlichen Organe in den Kreisen bei. Es geht darum, daß in ihrem Verantwortungsbereich die Pläne allseitig erfüllt werden, also um ihre Aufgaben im Bauwesen, in Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, im örtlichen Verkehrswesen, bei der Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungen, zur Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen und Reparaturen, auf den Gebieten der Volksbildung, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports und der Erholung der Bürger.

Das Kettenglied ist, jene fortgeschrittenen Erfahrungen und Arbeitsmethoden, die auf einen steilen Anstieg der Arbeitsproduktivität und somit ein höheres Leistungswachstum gerichtet sind, in ausnahmslos allen Kreisen anzuwenden. Dazu liegen eine Reihe bedeutsamer Beschlüsse des Zentralkomitees und des Ministerrates vor. Sie sind allen Kreisleitungen und den örtlichen Räten zugänglich gemacht worden. Ihre verbindliche Durchsetzung sichert, bedeutende Reserven zu erschließen. Nach unserer Ansicht ist es an der Zeit, dafür in allen Kreisen abrechenbare und kontrollierbare Festlegungen zu treffen.

Nehmen wir zum Beispiel die Erfahrungen auf dem Gebiet der territorialen Rationalisierung. Hier ist ein weites Feld für die Mitarbeit und Mitverantwortung der Kreise, bedeutende volkswirtschaftliche Reserven zu erschließen. Mit dem Plan 1980 wurden 75 Maßnahmen der territorialen Rationalisierung festgelegt, deren Verwirklichung von besonderem volkswirtschaftlichem Gewicht ist. Darüber hinaus ergeben sich viele weitere Aufgaben für die territoriale Rationalisierung. Wie sich zeigt, sind sie noch

nicht überall Bestandteil der Pläne der Kreise, Städte, Betriebe und Einrichtungen. Aber in der umfassenden Gemeinschaftsarbeit der Volksvertretungen und ihrer Räte mit Kombinaten, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen besteht doch ein entscheidender Vorzug des Sozialismus, um hohe Ökonomie, Sparsamkeit und rationelle Verwendung der verfügbaren Fonds zu erreichen.

Gut haben sich die Gemeindeverbände entwickelt. Die Kreisleitungen nehmen Einfluß darauf, daß die Vorzüge der Gemeinschaftsarbeit immer besser genutzt werden, um die LPG der Pflanzen- und Tierproduktion zu unterstützen und das gesellschaftliche Leben in den Dörfern zu verbessern. Das wird auch künftig der hauptsächliche Inhalt der Gemeinschaftsarbeit von Städten und Gemeinden sein. Darauf sollten Fonds und Kapazitäten des Planes konzentriert werden.

Bei der Entwicklung der Gemeindeverbände darf die Verantwortung der Volksvertretungen der beteiligten Städte und Gemeinden keinesfalls eingeschränkt werden. Aktive Volksvertretungen in Städten und Gemeinden, die übereinstimmend mit der Gesamtentwicklung unseres Staates die Interessen der Bürger vertreten und bis in jeden Ortsteil hinein eine lebendige politische und kommunale Arbeit leisten, sind der beste Garant für positive Ergebnisse der Gemeinschaftsarbeit.

Die Bürger in den Kreisen, Städten und Gemeinden haben am 20. Mai 1979 Volksvertretungen gewählt, die nicht nur zahlenmäßig größer, sondern in ihrer Zusammensetzung auch von neuer Qualität sind. Dafür spricht der hohe Anteil von Arbeitern aus der materiellen Produktion, darunter viele Jugendliche und Frauen, sprechen hohe Bildung, fundiertes politisches und fachliches Wissen, große Sachkenntnis und reiche Lebenserfahrungen. Diese Volksvertretungen widerspiegeln die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit allen Schichten. Wir erwarten von den Kreisleitungen, daß sie die Kraft der Volksvertretungen gut nutzen.

Zu höherer politischer Wirksamkeit gehört die aktuelle Information für die Abgeordneten. Hier ist nicht die Menge beschriebenen Papiers oder die Fülle der Zahlen das Kriterium, sondern vielmehr der Überblick über die Planerfüllung an den Schwerpunkten. Jeder Abgeordnete braucht aussagefähige Argumentationen, um den Bürgern überzeugend auf ihre Fragen antworten zu können. Im Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 17. Oktober 1979 über die weitere Erhöhung des Niveaus der poli-

tischen Massenarbeit in den städtischen Wohngebieten sind auch dazu konkrete Festlegungen enthalten.

Die größere Anzahl der Abgeordneten in den örtlichen Volksvertretungen ermöglicht es, mit den Bürgern aller Wohnbezirke und Ortsteile in ständiger Verbindung zu sein, um Informationen und Argumentationen zu grundlegenden Gesetzen, Beschlüssen und kommunalen Fragen bis in die Häuser und Familien zu tragen. Gut bewähren sich öffentliche Ratstagungen in Wohngebieten und Informationsberatungen in Wohnbezirken.

Nicht ohne Grund hat das Politbüro in seinem Beschluß zur Auswertung der Kommunalwahlen vom 22. Mai 1979 gefordert, die Bearbeitung, Beantwortung und Auswertung der Eingaben durch die Räte vor den Volksvertretungen abzurechnen. Nirgendwo darf geduldet werden, daß Vorschläge von Bürgern ohne gründliche Prüfung abgelehnt werden. Stets sind alle Möglichkeiten des Planes und das Nutzen örtlicher Reserven, insbesondere die Initiative der Betriebe und der Bürger, zu prüfen. Leere Versprechungen und nicht eingelöste Zusagen untergraben die Autorität der Volksvertretungen, der Abgeordneten und Räte. Erhöhen muß sich der Einfluß der Abgeordneten auf die Tätigkeit ihrer Räte zur Lösung der Fragen, die von den Bürgern aufgeworfen werden.

Von der politischen Haltung, vom Kämpfertum der Genossen und aller Mitarbeiter in den örtlichen Räten hängt es mit ab, wie effektiv die Beschlüsse der Partei zum Wohle des Volkes verwirklicht werden. An seinem Platz muß jeder zuverlässig und initiativreich seine konkrete, persönliche Verantwortung wahrnehmen. Das im Parteistatut verankerte Kontrollrecht der Parteiorganisationen im Staatsapparat sollte in diesem Sinne noch energischer genutzt werden.

Jene Kreisleitungen sind richtig beraten, die den Parteigruppen der Volksvertretungen die gebührende Aufmerksamkeit schenken und die Parteiorganisationen in den örtlichen Räten systematisch anleiten und unterstützen. Maßstäbe dafür hat der Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees zur Berichterstattung der Kreisleitung Genthin über die politische Führungstätigkeit in den Volksvertretungen und ihren Organen in den Städten und Gemeinden und in den Gemeindeverbänden gesetzt. Besonders unterstrichen haben wir die Verantwortung aller Parteiorganisationen und eines jeden Kommunisten der Kreisparteiorganisation für die Stärkung der sozialistischen Staatsmacht.

Wie die höhere Wirksamkeit der Volksvertretungen in den Kreisen,

Städten und Gemeinden seit ihrer Neuwahl beweist, haben alle Kreisleitungen auf kaderpolitischem Gebiet eine umfangreiche Arbeit geleistet. Die Bürgermeister, die in den Städten und Gemeinden eine große Verantwortung tragen, sind politisch und fachlich besser auf ihre Aufgaben vorbereitet. Die Maßnahmen zur Würdigung ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit wirken sich positiv aus.

Um alle Parteiorganisationen zu befähigen, daß sie ihre Verantwortung für die Stärkung unserer sozialistischen Staatsmacht wahrnehmen, sollten die Kreisleitungen auch in ihren monatlichen Zusammenkünften mit den Parteisekretären aller Grundorganisationen über Probleme der staatlichen Arbeit informieren und auf die Notwendigkeit hinweisen, die Durchführung von Beschlüssen staatlicher Organe allseitig zu unterstützen. Gleichermaßen gilt das für die Fragen des Rechts.

In allen Grundorganisationen ist mit Hilfe der Kreisleitungen nocn stärker dafür zu sorgen, daß die Leiter von Betrieben, die Leiter von Arbeitskollektiven ihre persönliche Verantwortung für die Wahrung der Staats- und Arbeitsdisziplin konsequent wahrnehmen. Dazu gehört, Verstöße gegen das Recht und die betrieblichen Ordnungen prinzipiell zu behandeln. Nicht zu dulden sind Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit gegenüber gesetzwidrigem Verhalten von einzelnen. In allen gesellschaftlichen Bereichen muß vielmehr eine Atmosphäre der Unduldsamkeit gegen Diebe am Eigentum des Volkes, Störern der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und bestechlichen Personen geschaffen werden. Um dies zu unterstützen, veröffentlicht die Presse entsprechende Berichte über die Bestrafung von Rechtsverletzern, und wir halten das für richtig.

Bei der Festigung der Rechtsordnung gilt es, die erzieherische Rolle der Arbeitskollektive zu erhöhen. Wenn der sozialistische Wettbewerb insgesamt abgerechnet wird, dann sollten auch die Ergebnisse der Bemühungen um die Gewährleistung einer vorbildlichen Disziplin und Ordnung ihre Beachtung finden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ständig festigt unsere Partei entsprechend ihrer Bündnispolitik die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien und den Massenorganisationen, verstärkt sie ihren Einfluß auf die Entwicklung der Nationalen Front der DDR als sozialistische Volksbewegung. Was wir gemeinsam für das Wohl des Volkes und die Sicherung des Friedens tun, stützt sich auf die volle Übereinstimmung der fundamentalen Le-

bensinteressen aller sozialen und politischen Kräfte unseres Landes. Darin wurzelt auch die politisch-moralische Einheit unseres Volkes.

Wir wissen die verantwortungsbewußte politische Massenarbeit zu schätzen, die Hunderttausende Genossinnen und Genossen gemeinsam mit vielen Mitgliedern der befreundeten Parteien und parteilosen Bürgern innerhalb der Nationalen Front in den Wohngebieten leisten. Gute und nachhaltige Resultate bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in den Wohngebieten lassen sich nur erreichen, wenn die leitenden Organe der Partei eine richtige ideologische Orientierung geben und darauf hinwirken, daß sich alle Kommunisten dort, wo sie wohnen, nach Kräften an den gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligen.

Mit der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft werden die Ansprüche an ein niveauvolles Leben in den Wohngebieten ohne Zweifel wachsen. Die Bereitschaft der Bürger wird zunehmen, tatkräftig und ideenreich mitzuarbeiten. Daher sind alle Parteiorganisationen verpflichtet, den Einfluß der Arbeiterklasse auf das gesellschaftliche Leben im Territorium zu erhöhen und die Nationale Front, besonders die Genossen in den örtlichen Ausschüssen und in den Leitungen der Hausgemeinschaften, noch wirksamer zu unterstützen.

Jede Stadt und Gemeinde braucht zum Nutzen ihrer Bürger in allen Wirkungsbereichen arbeitsfähige Ausschüsse der Nationalen Front und Hausgemeinschaftsleitungen. Sie ermöglichen jedem Bürger, unabhängig von seiner politischen und sozialen Stellung, Weltanschauung und Religion, ein breites Feld für die demokratische Mitarbeit und Mitverantwortung.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, das Gespräch über die aktuellen Grundfragen unserer Innen- und Außenpolitik kontinuierlich weiterzuführen. Insbesondere verdient der sozialistische Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ Unterstützung. Das Sekretariat des Zentralkomitees hat dazu die Grundorientierung des Nationalrates der Nationalen Front bestätigt. Durch Aktivitäten in diesem Wettbewerb wurden 1979 zum Beispiel beträchtliche Leistungen für die Wohnraum-Werterhaltung erbracht. Es versteht sich, daß diese Aufgabenstellung auch weiterhin im Zentrum der Masseninitiative bleibt.

Von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind darüber hinaus Arbeiten zur Renovierung von gesellschaftlichen Einrichtungen, Altstoffsammlungen in den Haushalten, örtliche Maßnahmen zur Gewinnung zusätzlicher Baumaterialien und alle Bemühungen um ein höheres Niveau

in den Fragen der Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung. Auch die Absicht, der sozialistischen Landwirtschaft bei den Bestell-, Pflege- und Erntearbeiten zu helfen sowie mit der Kraft des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter große Mengen von Obst, Gemüse, Fleisch und andere Erzeugnisse für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, findet unsere volle Zustimmung.

Liebe Genossinnen und Genossen!

In der Jugendarbeit können wir bekanntlich von guten Ergebnissen ausgehen. Die Freie Deutsche Jugend vollbringt hohe Leistungen in der Volkswirtschaft, beim Lernen und für die Landesverteidigung. Unsere Anstrengungen bleiben auch künftig auf die kommunistische Erziehung der gesamten Jugend gerichtet, wobei uns vor allem daran liegt, in ihrem Denken und Handeln sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus zu vertiefen. In diesem Sinne gilt es, in Vorbereitung des 35. Jahrestages des Sieges der Sowjetarmee über den Faschismus und des V. Festivals der Freundschaft zwischen der Jugend der DDR und der UdSSR im Mai 1980 in Karl-Marx-Stadt zu wirken.

Weiterhin gilt: Wer mit der Jugend ständig im Gespräch ist, der kennt ihr Denken und auch ihre Fragen. Jeder Genosse ist aufgefordert, mit der Jugend offensiv, in aller Offenheit über die Fragen zu sprechen, die das Leben stellt. Stets sollten die Leitungen der Parteiorganisationen unsere jungen Genossen und FDJ-Funktionäre aktuell mit überzeugenden Argumenten für das tägliche Gespräch in den Arbeits- und Lernkollektiven ausrüsten.

Die besondere Aufmerksamkeit unserer Partei gilt auch künftig der Arbeiterjugend. Die Ergebnisse der FDJ bei der Einsparung von Arbeitszeit, Material, Energie und Futter sowie die anderen Initiativen der FDJ-Gruppen, Jugendbrigaden und Lehrlinge im Berufswettbewerb tragen dazu bei, die Effektivität unserer Volkswirtschaft zu erhöhen. In der Teilnahme aller Jugendlichen an diesen Initiativen liegt eine beträchtliche Reserve für die Betriebe und die Anerziehung einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit.

Fast 2,5 Millionen Mädchen und Jungen beteiligten sich 1979 an der Bewegung der Messe der Meister von morgen. Ebenso wie die zentrale Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler erbrachte sie wertvolle Ergebnisse auf wissenschaftlich-technischem Gebiet. Die Betriebsdirektoren sollten die Initiativen der FDJ zur Nachnutzung von

Neuerungen gut unterstützen und den Jugendbrigaden und jungen Neuerern noch mehr Aufgaben aus den Plänen Wissenschaft und Technik übertragen.

Wir freuen uns, daß es heute 33000 Jugendbrigaden gibt, also 7000 mehr als 1975. Doch im Fünfjahrplanzeitraum soll ihre Zahl um weitere 3000 wachsen. Alle Jugendbrigaden sollen sich als Kampfkollektive der FDJ für hohe Effektivität und als Zentren der kommunistischen Erziehung bewähren. Dazu brauchen wir in jeder Jugendbrigade eine FDJ-Gruppe und aktive junge Genossen. Große Reserven für die Neubildung von Jugendbrigaden sind noch im Bauwesen, im Maschinenbau und in der Landwirtschaft zu erschließen.

Die „FDJ-Initiative Berlin", dieses bisher größte zentrale Jugendobjekt, hat sich zu einem bedeutenden Beitrag der FDJ zur Ausgestaltung unserer Hauptstadt entwickelt und trägt zur kommunistischen Erziehung seiner jungen Erbauer bei. Gegenwärtig arbeiten über 12000 Delegierte der FDJ in Berlin. Eine beträchtliche Hilfe sind die Schüler und Studentenbrigaden der FDJ sowie die Leistungen vieler FDJ-Grundorganisationen in der „Magistrale der Zulieferindustrie". In der „FDJ-Initiative Berlin" sollten die aus den anderen Bezirken delegierten jungen Arbeiter noch konzentrierter eingesetzt und mehr junge Genossen an das zentrale Jugendobjekt delegiert werden.

Wir möchten, daß viele junge Arbeiter neue Mitglieder der FDJ werden und sich ihre Bindung an den sozialistischen Jugendverband stärkt. Gegenwärtig erfüllen mehr als 255000 junge Genossen ihren Parteiauftrag vor allem in FDJ-Funktionen. Das ist eine große Kraft. Auch weiterhin wird der Nachwuchs für unsere Partei vor allem aus der FDJ kommen.

Anliegen aller Grundorganisationen unserer Partei sollte es sein, der FDJ dabei zu helfen, die Tätigkeit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann" so zu leiten, daß die Freundschaftspionierleiter ihrer Verantwortung bei der kommunistischen Erziehung immer besser gerecht werden. Insbesondere legen wir ihnen das im Hinblick auf jene Freundschaftspionierleiter ans Herz, die als hauptamtliche Funktionäre der FDJ in der Regel auch Mitglieder unserer Partei sind.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir sind bestrebt, Schritt für Schritt die Voraussetzungen zu vervollkommnen, die es den Frauen ermöglichen, als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft ihren Verpflichtungen im Beruf und als Mütter gerecht zu

werden. Die umfangreichen Maßnahmen für Mutter und Kind, für die Familien und jungen Ehen sowie die zielstrebige Arbeit, die in dieser Hinsicht die Gewerkschaften, die Frauenorganisation und die Organe der Staatsmacht leisten, sind fester und bleibender Bestandteil unserer Sozialpolitik. Ihre nachhaltige Wirkung zeigt sich in vielerlei Hinsicht.

So können wir mit Freude feststellen, daß sowohl die Geburten weiter steigen als auch der Anteil der berufstätigen Frauen. Auf die damit verbundenen höheren Anforderungen an das Netz und das Leistungsvermögen unserer Vorschuleinrichtungen und die Notwendigkeit, ihnen seitens der Bezirks- und Kreisleitungen große Aufmerksamkeit zu schenken, habe ich schon hingewiesen. Das bezieht sich auch auf die Arbeit der in diesen Einrichtungen tätigen Frauen. Immerhin werden von ihnen über 900000 Vorschulkinder liebevoll betreut und auf den Eintritt in die Schule vorbereitet. Der Plan für 1980 sieht wiederum eine erhebliche Steigerung der Platzzahl in Kinderkrippen und -gärten sowie in Schulhorten vor. Sie unbedingt einzuhalten liegt im Interesse der Mütter, die nach Ablauf ihres Wochenurlaubs möglichst bald wieder berufstätig sein möchten, und der Gesellschaft.

Nach dem jüngsten Stand beträgt der Anteil der Frauen an allen Berufstätigen unseres Landes 50,2 Prozent. Das sind 4,1 Millionen Frauen, die im Berufsleben stehen, und etwa 600000 Mädchen und Frauen, die sich auf eine berufliche Tätigkeit vorbereiten. Diese bedeutende gesellschaftliche Kraft verstärkt sich noch wesentlich durch den beruflichen Bildungsstand, der inzwischen erreicht wurde. Über 70 Prozent der Frauen verfügen über eine abgeschlossene Ausbildung als Facharbeiter oder eine noch höhere Qualifikation. Welche Entwicklungsmöglichkeiten sich daraus ergeben, zeigen die Leistungen der Frauen zur Erfüllung der Planaufgaben ebenso wie ihr wachsender Anteil an Leitungsfunktionen der Wirtschaft, des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen. Das alles sind in gewissem Sinne meßbare Ergebnisse unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik, ihrer Wirkung auf die breite Entfaltung der Fähigkeiten der Frauen und der Anerkennung ihrer sozialen Funktion als Mutter durch die sozialistische Gesellschaft. Wir erwarten von den Leitungen unserer Partei und von den Gewerkschaften, daß sie diesen Entwicklungsprozeß auch künftig tatkräftig fördern.

In diesen Tagen beginnen die Wahlen zu den Gruppen-, Orts-, Kreis- und Bezirksvorständen des DFD. Das Sekretariat des Zentralkomitees hat einer

Konzeption zugestimmt, die für einen längeren Zeitraum die Grundlage der Arbeit bildet. Sie enthält die Verallgemeinerung der fortgeschrittensten Erfahrungen in der politischen Massenarbeit und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der berufstätigen Frauen in den Wohngebieten. Wir ersuchen die Bezirks- und Kreisleitungen, den Wahlen in der Frauenorganisation die erforderliche Unterstützung zu geben.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport sind in unserer Republik alle Voraussetzungen gegeben, die künftigen Aufgaben zielstrebig zu erfüllen. Was den Kinder- und Jugendsport angeht, gibt es in allen Bezirken und Kreisen viele gute Erfahrungen, wie man die sportliche Betätigung für die junge Generation noch vielseitiger und anziehender gestalten kann. Wir sollten aber auch nach neuen Wegen suchen, um noch mehr Kinder und Jugendliche dafür zu gewinnen.

Von großer Bedeutung ist und bleibt die Spartakiadebewegung. Hier kann die Jugend im sportlichen Leistungsvergleich ihre Kräfte messen, und zugleich ist sie von großem erzieherischem Wert. Die Spartakiadebewegung qualitativ weiter auszugestalten muß das Anliegen aller gesellschaftlichen Kräfte sein, besonders des DTSB der DDR, der FDJ und der Organe für Volksbildung.

Vom 25. bis 31. Juli 1983 finden in Leipzig das VII. Turn- und Sportfest und die IX. Kinder- und Jugendspartakiade der DDR statt. Wir sind sicher, daß die Festvorbereitungen der Entwicklung von Körperkultur und Sport in seiner gesamten Breite neue, starke Impulse verleihen werden. Damit dieses wichtige gesellschaftliche Ereignis in unserem Land ein voller Erfolg wird, sind die Parteiorganisationen aufgerufen, den Fest- und Spartakiadekomitees mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Bis zur feierlichen Eröffnung der Spiele der XXII. Olympiade im Moskauer Lenin-Stadion verbleiben nur noch 176 Tage. Für uns alle wird es ein erhebender Augenblick sein, wenn erstmals in der Geschichte der Olympischen Spiele in einem sozialistischen Land die olympische Flamme entzündet wird. Das entspricht der politischen und sportlichen Realität und dem hohen Niveau von Körperkultur und Sport in den sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion. Wie ihr wißt, haben auf Initiative der USA reaktionäre Kräfte gegen die Abhaltung der Olympischen Spiele in Moskau eine wüste antisowjetische Hetzkampagne entfaltet und zum Boykott aufgerufen. Getreu den olympischen Ideen treten wir entschieden

dagegen auf und weisen alle Machenschaften der Feinde dieser großen, völkerverbindenden Begegnung zum friedlichen sportlichen Wettstreit zurück. Wir tun das Unsere, damit die Olympischen Spiele 1980 in Moskau ein voller Erfolg werden.

Genossinnen und Genossen!

Aus der internationalen Entwicklung, aus dem erbitterten Kampf um die Sicherung des Friedens und zur Durchkreuzung der aggressiven imperialistischen Pläne erwächst uns die Aufgabe, stets wachsam zu sein und den militärischen Schutz des Sozialismus und die staatliche Sicherheit zuverlässig zu gewährleisten. Im Zusammenhang mit der Zuspitzung der militärpolitischen Lage durch das Vorgehen der NATO und anderer imperialistischer Kreise haben Provokationen und Anschläge gegen unsere Staatsgrenze und Verletzungen unseres Luftraumes an Umfang und Schwere zugenommen. Sowohl ideologisch als auch in den Bereichen der personellen und materiell-technischen Sicherstellung müssen wir daher stets für jede Eventualität gewappnet sein.

In die Bilanz der Leistungen der Werktätigen unserer Republik reihen sich die Erfolge der Genossen der NVA, der Grenztruppen der DDR, der Zivilverteidigung, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit und der Kampfgruppen der Arbeiterklasse zur Stärkung der Verteidigungskraft und zum Schutze unseres sozialistischen Vaterlandes würdig ein. Während unseres Besuchs bei den Luftstreitkräften/Luftverteidigung konnten wir uns davon überzeugen, daß die Einheiten, Truppenteile und Stäbe der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR ihren militärischen Klassenauftrag in Ehren erfüllen. Unsere Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche, Offiziere, Generale und Admirale haben auch im vergangenen Ausbildungsjahr im Diensthabenden System, bei der zuverlässigen Sicherung der Staatsgrenze und bei der Gefechtsausbildung bewiesen, daß sie in vorbildlicher militärischer Pflichterfüllung jederzeit eine hohe Gefechtsbereitschaft zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik gewährleisten.

Mit bewegender Herzlichkeit haben die Bürger der Lutherstadt Wittenberg, gemeinsam mit Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der anderen bewaffneten Organe der DDR, kürzlich jene sowjetischen Freunde und Waffenbrüder verabschiedet, die als erste in die Sowjetunion zurückverlegt wurden. Sie haben die unzerstörbare Kraft unserer Freundschaft und unseres Waffenbündnisses demonstriert.

Von den Angehörigen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR wird verstanden, daß sich ihre Verantwortung für die Bändigung der Aggressionsgelüste der NATO erhöht. Es wird verstanden, daß es gilt, fest an der Seite der sowjetischen Streitkräfte und der anderen im Warschauer Vertrag vereinten Bruderarmeen ständig eine hohe Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft zu sichern. Zu jeder Zeit muß sie den Anforderungen des Klassenkampfes, der ständigen Weiterentwicklung im Militärwesen und eines Verteidigungsfalles in all seinen Varianten entsprechen.

Eine der wichtigsten Aufgaben zur weiteren Stärkung unserer Streitkräfte ist und bleibt die klassenmäßige Erziehung ihrer Angehörigen, die Erhöhung ihrer ideologischen Standhaftigkeit. Die Parteiorganisationen sollten der Ausprägung einer klassenbewußten und kämpferischen politisch-moralischen Haltung zu den Grundfragen der Politik der Partei und des Kampfes um die Sicherung einer hohen Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft große Aufmerksamkeit widmen. Alle Kommunisten, insbesondere jene, die Vorgesetzte sind, gilt es noch besser zu initiativreichem und diszipliniertem militärischem Handeln zu befähigen. Es gilt, dafür zu sorgen, daß sie durch ihr Vorbild und ihre ideologische Überzeugungskraft alle Armeeangehörigen zu bewußter militärischer Meisterschaft und Disziplin mobilisieren und führen.

Die Gesellschaft für Sport und Technik leistet zur Stärkung der Landesverteidigung einen achtbaren Beitrag. Im Zusammenhang mit ihren gegenwärtigen Wahlen geht es darum, durch die Initiative aller Mitglieder die vormilitärische Ausbildung so zu organisieren, daß die jungen Wehrpflichtigen politisch-moralisch gut auf ihren Ehrendienst in den Streitkräften eingestellt sind und ihn mit anwendungsbereiten Kenntnissen beginnen können.

Von besonderer Bedeutung für den weiteren Ausbau der Zivilverteidigung sind die im Beschluß des Politbüros vom 2. Oktober 1979 enthaltenen Aufgaben für die Kreisleitungen und die Grundorganisationen in den Betrieben und LPG. Sie haben zum Ziel, die Verantwortung der leitenden Parteiorgane für diesen wichtigen Bereich der Landesverteidigung zu erhöhen. Bei der weiteren Realisierung des Beschlusses geht es vor allem darum, die Erfahrungen, die in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Organisationen bei der Erhöhung der Bereitschaft und der Fähigkeit der Bürger zur aktiven Mitarbeit in der Zivilverteidigung gesammelt wurden, breit zu verallgemeinern. Der Einfluß der Partei ist in allen Formationen zu gewährleisten.

Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse der DDR haben sich unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands kontinuierlich weiterentwickelt. Ihre Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft konnten weiter erhöht werden. Ein wichtiges Ergebnis ist, daß stabile Personalstärken der Einheiten erreicht wurden und die Kaderentwicklung im wesentlichen planmäßig vorangeht. Nach wie vor kommt es darauf an, überall und vollständig einsatzbereite Reserven zu schaffen.

Aus alledem ergibt sich als wesentlichste Schlußfolgerung, daß die leitenden Parteiorgane, die Leitungen der Betriebsparteiorganisationen, alle, die für die Entwicklung der Kampfgruppen Verantwortung tragen, die politisch-ideologische Arbeit in den Einheiten verstärken. Sie müssen sich um die weitere Festigung des politisch-moralischen Zustandes bemühen und alle Kommunisten in den Kampfgruppen zu hoher politischer Aktivität und revolutionärer Wachsamkeit mobilisieren.

Das Ministerium für Staatssicherheit kann in diesen Tagen auf ein 30jähriges erfolgreiches Wirken im Kampf gegen die Feinde des Sozialismus zurückblicken. Dank der aufopferungsvollen Tätigkeit der Tschekisten konnten wir die Versuche des Klassenfeindes zunichte machen, die sozialistische Staatsmacht der DDR zu unterminieren, wobei der Gegner in seinen Mitteln, uns zu schaden, nie wählerisch war. Wühl- und Zersetzungstätigkeit, Wirtschaftssabotage, Abwerbung von Fachkräften, Diversion und Terrorakte bis zum konterrevolutionären Putschversuch und zum geplanten militärischen Überfall auf die DDR zählen dazu. Die Mißerfolge des Klassengegners sind in hohem Maße die Erfolge unserer Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit. Ihnen ist auch zu danken, daß Pläne, Programme und Maßnahmen imperialistischer Staaten zur Hochrüstung und zur forcierten materiellen und ideologischen Kriegsvorbereitung rechtzeitig aufgedeckt werden konnten.

Wir sind gewiß, daß die Genossen der Staatssicherheit der DDR ihre Tätigkeit zur Stärkung und Sicherung des sozialistischen Vaterlandes stets als einen Beitrag zum revolutionären Voranschreiten und zum Schutz der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft betrachten. Indem sie ihre patriotische Pflicht gegenüber unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat erfüllen, werden sie auch ihrer gewachsenen internationalistischen Verantwortung für die unablässige Kraftentfaltung und die Sicherheit der brüderlich verbündeten sozialistischen Staaten gerecht.

Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, die ständige Stärkung der staat-

lichen Sicherheit und die Erhöhung der Massenwachsamkeit noch wirksamer zur Sache aller staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen zu machen. Jeder Bürger soll für das Gedeihen unserer Republik ein tiefes Gefühl der Verantwortung empfinden. Das bleibt auch für die Zukunft – wie es im Statut unserer Partei und in der Verfassung verankert ist – ein charakteristisches Merkmal unserer Sicherheitspolitik.

Die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erfordert, die staatliche Autorität weiter zu stärken. Umsichtiges und entschiedenes Reagieren der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des Ministeriums des Innern, zusammen mit den anderen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, auf alle Rechtsverletzungen in der Öffentlichkeit trägt dazu wesentlich bei.

Dem verantwortungsvollen Dienst der Angehörigen der Volkspolizei und der anderen Organe des Ministeriums des Innern gelten die Achtung und Wertschätzung aller leitenden Parteiorgane und Parteiorganisationen. Offen und aktiv ist ihr Wirken auch weiterhin von allen Kommunisten zu unterstützen. Zugleich müssen enge Verbundenheit mit der Bevölkerung, Selbstlosigkeit, Disziplin und Entschlossenheit bei der konsequenten Verwirklichung der Beschlüsse der Partei und der Gesetze unseres Staates immer das Handeln der Volkspolizisten auszeichnen.

Für die Einhaltung von Gesetz und Ordnung, im besonderen bei der Wahrung des Außenhandels- und Valutamonopols, tragen die Mitarbeiter der Zollverwaltung große Verantwortung. Ihr pflichtbewußtes Wirken bei der Kontrolle des grenzüberschreitenden Personen-, Güter- und Postverkehrs und bei der Bekämpfung feindlicher Handlungen verdient Dank und Anerkennung. Schwerpunkt der Tätigkeit der Zollverwaltung im Zusammenwirken mit anderen Sicherheitsorganen ist die Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schmuggels und der Spekulation.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit Fug und Recht hob die 11. Tagung des Zentralkomitees hervor, daß sich die Autorität und die Ausstrahlungskraft unserer Partei bei der konsequenten Durchführung der vom IX. Parteitag beschlossenen Politik wesentlich erhöht haben. Dabei wurde das Vertrauen zwischen Partei und Volk weiter gefestigt. Die Bezirks- und Kreisleitungen und die Leitungen der Grundorganisationen haben große Bewährungsproben in Ehren bestanden. Im Namen des Zentralkomitees möchte ich ihnen und allen Parteiarbeitern für ihre Tätigkeit von ganzem Herzen den Dank aussprechen.

Für die Entwicklung der Qualität der Arbeit der Kreisleitungen ist kennzeichnend, daß sie verstehen, die Werktätigen im Sinne der Parteibeschlüsse politisch zu mobilisieren und für hohe Leistungen zu gewinnen. Das verlangt bekanntlich ein beträchtliches Maß an Eigenverantwortung. Auch weiterhin steht im Vordergrund, anspruchsvolle, reale Ziele auszuarbeiten und sie in einem guten Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu verwirklichen.

Unser Kampfbund zählt gegenwärtig 2 130 923 Mitglieder und Kandidaten. Bemerkenswert ist der Zustrom aus den Reihen der Arbeiterklasse und aus der Kampfreserve unserer Partei, dem sozialistischen Jugendverband. So wurden seit dem IX. Parteitag 170 089 Arbeiter aus der materiellen Produktion und 187 016 junge Menschen aufgenommen. Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees konnte ich mitteilen, daß unsere Partei jetzt mit 56,9 Prozent den bisher höchsten Anteil an Arbeitern in ihren Reihen vereinigt. Auf eine halbe Million geht die Zahl von Mitgliedern und Kandidaten zu, die der wissenschaftlichen, technischen, medizinischen, pädagogischen und künstlerischen Intelligenz angehören.

Analysieren wir das Parteialter, so sind gegenwärtig 32,3 Prozent unserer Genossinnen und Genossen bis 10 Jahre Mitglied der Partei. Für mehr als 40 Prozent liegt das Parteialter zwischen 10 und 25 Jahren. Jeder 4. Genosse gehört schon 25 Jahre und länger unserem Kampfbund an. Dieses gesunde Verhältnis von jungen Genossen, die sich zu bewähren beginnen, und von älteren, kampferfahrenen Parteimitgliedern sichert einen ständigen Zuwachs an Kraft und Initiative für die Realisierung unserer Politik.

Wir haben ein ideologisch gestähltes, reifes Parteiaktiv, das in der Lage ist, mit kämpferischer Standhaftigkeit und revolutionärer Disziplin die Politik unserer Partei durchzusetzen. 1949 konnten die Leitungsmitglieder der Grundorganisationen lediglich in 14tägigen Kurzlehrgängen eine politische Grundausbildung erhalten. Heute besitzen wir ein umfassendes System der Aus- und Weiterbildung. 64,4 Prozent der gewählten Funktionäre und 80,3 Prozent der Sekretäre der Grundorganisationen wurde mit seiner Hilfe ein fundiertes marxistisch-leninistisches Wissen vermittelt. Fast die Hälfte aller Leitungskader konnte sich an einer Hoch- beziehungsweise Fachschule qualifizieren.

Entsprechend den Beschlüssen des IX. Parteitages wurde die marxistisch-leninistische Weiterbildung der Kader der Bezirks- und Kreisleitungen weiter vervollkommnet. Allein in den Jahren 1977 bis 1979 haben

an zentralen Bildungseinrichtungen der Partei 34 200 Genossinnen und Genossen Weiterbildungslehrgänge besucht.

Auch durch das Parteilehrjahr wird die Kampfkraft der Parteiorganisationen wesentlich bestimmt. Die Kreisleitungen und die Grundorganisationen sollten sich dafür einsetzen, daß die Zirkel und Seminare in zunehmendem Maße zu einer wirksamen Stätte der Aneignung und schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus, des Gedankenaustausches über die überzeugendsten Argumente zur Propagierung unserer Politik, zu einer guten Schule für das politische Gespräch mit den Massen werden.

Seit dem IX. Parteitag haben viele Genossen ein Studium an der Parteihochschule „Karl Marx" und an den Bildungseinrichtungen der KPdSU als Diplomgesellschaftswissenschaftler abgeschlossen beziehungsweise einen Einjahrlehrgang absolviert. Bei der Auswahl von Kadern für das Studium wurden sichtbare Fortschritte erreicht. Diese Auswahl erfolgt im wesentlichen langfristig, gemäß den Kaderprogrammen und mit dem Ziel, Genossen für leitende Funktionen planmäßig zu entwickeln und zu qualifizieren. Zunehmend werden junge Kader ausgewählt, die sich im Kampf um die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei, als Leiter von Kollektiven, besonders im sozialistischen Jugendverband, bereits bewährt haben. Auch die Zahl solcher Kader, die über eine Hoch- beziehungsweise Fachschulausbildung verfügen und zum Studium delegiert werden, ist gestiegen. Jedoch muß diesem Förderungsweg noch mehr Beachtung geschenkt werden. Das gilt auch für die Auswahl von Genossen, die später Funktionen in politischen und ökonomischen Schwerpunktbereichen, zum Beispiel in der Forschung und Entwicklung, Konstruktion und Technologie, übernehmen sollen.

Genossinnen und Genossen!

Wenn wir in der heutigen Beratung erneut auf die Erhöhung der Qualität und Effektivität der politischen Führungstätigkeit der Kreisleitungen so großen Wert legen, dann entspricht das den Erfordernissen der Entwicklung. Die Ansprüche an die Rolle der Partei als führende gesellschaftliche und politische Kraft, an ihren zutiefst massenverbundenen Arbeitsstil, verringern sich im Sozialismus nicht, wie wir alle wissen, sondern steigen weiter an.

Immer mehr Bedeutung erlangt die politisch-ideologische Arbeit unserer Partei unter den Massen. Das erklärt sich aus der Größe und geschichtlichen

Tragweite der Aufgaben, die wir bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus zu lösen haben. Daher ist es notwendig, das Wissen der Werktätigen um die Gesetzmäßigkeiten und grundlegenden Zusammenhänge der gesellschaftlichen Entwicklung, um den Charakter der Auseinandersetzung in der internationalen Arena zu vertiefen. Diese Einsichten sind wesentliche Voraussetzungen für Initiative und Aktivität bei der Lösung der Aufgaben der sozialistischen Revolution in unserem Land. Insbesondere bezieht sich das auf die Arbeiterklasse selbst, die ihre Rolle als Hauptträger des gesellschaftlichen Fortschritts in einem neuen Ausmaß verwirklicht.

Im Programm unserer Partei wird festgestellt, daß es sich bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft um einen historischen Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen handelt. Klassenstandpunkt, revolutionäre Haltung und Aktivität sind ausschlaggebende Faktoren unseres gesellschaftlichen Fortschritts. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die geistig-kulturellen Bedürfnisse und ideologisch-politischen Ansprüche der Werktätigen weiter steigen. Wir haben es heute vorwiegend mit Menschen zu tun, die im Sozialismus aufgewachsen sind, in unserer Republik eine umfangreiche Bildung erworben und gelernt haben, politisch zu denken, zu urteilen und Mitverantwortung für das gesellschaftliche Ganze zu tragen. Auch in der massenpolitischen Tätigkeit hat daher nur Qualitätsarbeit Bestand. Mit allgemeinen Redensarten und formalen Pflichtübungen läßt sich da, wie man so sagt, kein Blumentopf gewinnen. Erforderlich sind schlagkräftige Argumente, sachkundige Informationen, lebensnahe Antworten auf die Fragen der Menschen, interessante Diskussionen und wirksame Methoden – dies alles weltanschaulich gehaltvoll und mit klassenmäßiger Prinzipientreue.

In der politisch-ideologischen Arbeit geht es vor allem darum, auf Grund unserer Weltanschauung und des Programms unserer Partei die Dialektik des revolutionären Weltprozesses noch überzeugender zu erläutern. Es gilt, die wachsenden Aufgaben bei der allseitigen Stärkung der DDR zu erklären und damit unseren Platz in der internationalen Klassenauseinandersetzung, unseren Beitrag zu einer Welt des Friedens und des Sozialismus jedem deutlich vor Augen zu führen.

Je tiefgründiger die Werktätigen mit den Gesetzmäßigkeiten der ge-

sellschaftlichen Entwicklung, den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und den Erfordernissen für das politische Handeln vertraut gemacht werden, desto besser werden sie unsere Politik verstehen und unterstützen. Nicht minder wichtig ist es, sie zu befähigen, Widersprüche zu lösen, vor Schwierigkeiten und Hemmnissen nicht zurückzuweichen, sondern sie als Herausforderung an den kämpferischen Einsatz jedes einzelnen für den Kraftzuwachs des Sozialismus zu begreifen. Für die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit hängt viel davon ab, daß sie die Zusammenhänge und das Wesen gesellschaftlicher Erscheinungen erhellt. Eingeweiht und sachkundig zu sein, zu wissen, worum es in unserer Politik geht und worauf es ankommt, trägt wesentlich dazu bei, Vertrauen und bewußte Aktivität zu entfalten.

Teilweise aber werden theoretische Erkenntnisse und Antworten auf Grundfragen leider noch zu abstrakt, losgelöst von den Tagesproblemen vermittelt, welche die Menschen bewegen. Umgekehrt werden Tageserscheinungen mitunter so behandelt, daß die großen Zusammenhänge nicht erkennbar sind. Unsere Agitation braucht also mehr weltanschauliche Tiefe und unsere Propaganda mehr Lebensverbundenheit. Ihr Zusammenwirken muß sich noch stärker ausprägen. Leben wir doch in einer politisch sehr bewegten Zeit, in einer sich ständig verändernden Welt. Praktisch jeden Tag treten neue Erscheinungen der internationalen Klassenauseinandersetzung und sich wandelnde Situationen an den Brennpunkten dieses Ringens ins Blickfeld. Unvermeidlich werden dadurch bei den Menschen nicht wenige Fragen aufgeworfen. Sie lassen sich um so befriedigender für sie klären, je überzeugender wir anhand der Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche, unserer politischen Strategie des Friedens und des Sozialismus antworten.

Der bevorstehende 110. Geburtstag W. I. Lenins sollte jeder Parteiorganisation Anlaß sein, den Siegeszug unserer wissenschaftlichen Lehre auf dem Erdball, ihre unerschütterliche Wahrheit, ihre Lebenskraft und Aktualität darzustellen. Dabei ist der Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU aus Anlaß dieses Jubiläums eine bedeutende Hilfe. Von Lenin lernen wir, jede Tagesaufgabe immer mit dem Blick auf die Hauptziele und die Ideale der revolutionären Arbeiterbewegung zu lösen.

Genossinnen und Genossen!

In allen Partei- und Arbeitskollektiven brauchen wir eine Atmosphäre, in der sich Leistung entfalten kann, der sozialistische Wettbewerb lebendig

geführt wird und der Volkswirtschaftsplan unumstößliches Gesetz ist. Damit ist zugleich gesagt, daß die Parteiorganisationen Fehlern und Mängeln in der Leitungstätigkeit, durch die Arbeitswille und Initiative gehemmt werden, unduldsam und kritisch zu Leibe rücken müssen. Wo es am Platz ist, sollte solche Kritik öffentlich geübt werden, und es versteht sich, daß die Kritisierten dann auch öffentlich dazu Stellung nehmen. Dadurch wird deutlich, daß die Partei energisch um die Überwindung von Mißständen kämpft.

Leider läßt bei manchen die Einstellung zur Arbeit und zum Volkseigentum, zu Leistung, Sparsamkeit und Qualität noch zu wünschen übrig. Offen und ehrlich sollte die Auseinandersetzung mit Gleichgültigkeit, Materialverschwendung und schlechter Arbeit geführt werden. Niemand hat das Recht, auf Kosten anderer zu leben oder sich an der Arbeit anderer zu bereichern. Das ist dem Sozialismus wesensfremd. Den Interessen der Werktätigen und ihren Vorstellungen vom Sozialismus entspricht es, daß bei uns – wie im Parteiprogramm klar ausgedrückt – für Selbstsucht, Egoismus und Raffgier kein Raum sein darf.

Eine große Verantwortung für die sozialistische Entwicklung des Denkens und Handelns der Menschen tragen die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre auf allen Leitungsebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das ergibt sich aus ihrer Stellung und Rolle in der Gesellschaft. Praktisch jede ihrer Handlungen und Entscheidungen beeinflußt die Arbeit, das Leben und nicht zuletzt das Wohlbefinden der Werktätigen maßgeblich.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit. Viele staats- und wirtschaftsleitenden Organe auf zentraler wie auf bezirklicher und kommunaler Ebene nehmen den durch mehrere Beschlüsse der Partei- und Staatsführung erteilten Auftrag, bei allen Entscheidungen und Maßnahmen, die das Leben der Bevölkerung berühren, eine wirksame Unterrichtung der Werktätigen zu gewährleisten, ernst und erfüllen ihn gewissenhaft. Aber noch immer gibt es auch Fälle von ungerechtfertigter Zurückhaltung in Angelegenheiten, die überhaupt nicht unter Verschluß bleiben müssen. Wenn zum Beispiel veränderte Öffnungszeiten in Handelseinrichtungen oder kommunale Bauprojekte zu einer Art geheimer Kommandosache gemacht werden, dann schafft das nur unnötige Verärgerung, anstatt Vertrauen zu fördern. Es ist dazu noch kurzsichtig. Öffentlichkeitsarbeit darf von keinem Staats- und Wirtschaftsfunktionär

als lästige Angelegenheit empfunden werden. Jeder Leiter, der die Werktätigen gut informiert und richtig orientiert, nutzt sich selbst und unserer Sache. Denn er kann darauf bauen, daß sich die Werktätigen aktiv für die Lösung der jeweiligen Aufgaben und Probleme einsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie ihr wißt, haben wir gerade in letzter Zeit viel getan, um die revolutionären, progressiven und humanistischen Traditionen der Geschichte unseres Volkes nutzbar zu machen. Das hat unter der Bevölkerung eine positive Resonanz gefunden, den Gegner jedoch haben wir an einer empfindlichen Stelle getroffen. Wir werden unsere Arbeit in dieser Richtung zielstrebig fortsetzen. Dabei bleibt es ein Grundanliegen, die Geschichte unserer Partei und unserer Bewegung, unser gesamtes humanistisches und demokratisches Erbe produktiv auf die Lösung der politischen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft anzuwenden. Ist doch gerade die Kontinuität unserer Politik in Vergangenheit und Gegenwart ein Kraftquell für die Fortführung der sozialistischen Revolution in unserem Land.

Jede Stadt, jeder Kreis und jede Gemeinde verfügen über Traditionen, die zu unserer nationalen Identität, zur progressiven und humanistischen Geschichte unseres Volkes gehören. Deshalb halten wir es für richtig und notwendig, Gedenkstätten der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes, Ehrenhaine, Museen und Traditionskabinette, aber auch andere historische Zeugnisse noch mehr für die klassenmäßige und patriotische Erziehung zu erschließen. Das Wohlbefinden der Bürger in unserem sozialistischen Staat wird nicht unwesentlich davon beeinflußt, wie sie sich mit ihrer Gemeinde oder ihrer Stadt und deren Geschichte verbunden fühlen. Auch das wirkt auf ihr Bewußtsein, auf die Bereitschaft, zu schützen und zu erhalten, wofür unsere Väter gekämpft und was wir alle gemeinsam geschaffen haben.

Es entspricht unserem marxistisch-leninistischen Verständnis, die Geschichte so zu sehen, wie sie wirklich verlief und wovon sie bestimmt wurde – von der Dialektik zweier Klassenlinien, vom Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion. Während die DDR Erbin alles Progressiven in der deutschen Geschichte ist, setzt sich in der BRD die reaktionäre Klassenlinie fort. Der Grund dafür liegt in der Herrschaft des Kapitals und all jener Kräfte, denen mit der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, des Sozialismus auf deutschem Boden eine ihrer größten Niederlagen bereitet wurde.

In dieser historischen Niederlage, die der deutsche Imperialismus nie-

mals verwinden kann, liegt auch eine entscheidende Ursache dafür, daß die unvermeidliche ideologische Klassenauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus an der Trennlinie der beiden Systeme besonders heftig tobt. Das ist für uns eine längst gewohnte Bedingung der politisch-ideologischen Arbeit, und Illusionen über den Klassengegner in der BRD waren nie unsere Sache. Stets haben wir uns um so erfolgreicher geschlagen, je offensiver und aktiver wir die Vorzüge und Werte des Sozialismus propagiert und uns mit dem menschenfeindlichen System des Kapitalismus auseinandergesetzt haben.

Jedes Verbrechen des Imperialismus, jedes Gebrechen seiner vom Profitstreben regierten Welt muß ans Tageslicht gebracht werden, damit jedem sichtbar wird, daß diese Gesellschaft keine Zukunft hat. Wer die Sendung unseres Fernsehens „Es gibt ein Land in Europa – 5 Fragen an den Bundesbürger" gesehen hat, der wird erneut festgestellt haben, von welcher verheerenden Wirkung die antikommunistische Hetze und Verleumdung bei einer großen Mehrheit der Bürger der BRD ist, wie desinformiert und manipuliert sie sind. Immer wieder bestätigt sich unsere Einschätzung, daß eine große Mehrheit der Bürger der BRD eine zutiefst antikommunistische Grundhaltung hat. Mit dieser Massenmanipulierung in der BRD haben wir immer zu rechnen, und wir tun es auch.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Einflußreiche Instrumente unserer politisch-ideologischen Arbeit sind die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß sie sich in den Klassenkämpfen unserer Zeit als zuverlässige und wirksame Waffen erweisen. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag zur politisch-ideologischen Orientierung der Werktätigen und zur Befriedigung ihrer wachsenden geistig-kulturellen Bedürfnisse. Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees wurde dies anhand des Beschlusses über die neue Konzeption des „Neuen Deutschland" eingehend erläutert. Positiv wirkt sich aus, daß im Fernsehen der DDR die „Aktuelle Kamera" informationsreicher geworden ist, daß unsere Geschichte lebendiger dargestellt wird, daß erste Verbesserungen in beiden Programmen vorgenommen wurden. Es ist richtig, daß die Genossen im Fernsehen sich die Aufgabe stellen, insgesamt die Qualität der Programme zu erhöhen und eine Programmgestaltung zu gewährleisten, die immer besser den hohen Maßstäben unserer gesellschaftlichen Entwicklung und den vielseitigen Interessen der Zuschauer gerecht wird.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es ist eine Binsenweisheit, daß die Ergebnisse der Parteiarbeit vor allem davon abhängen, wie die Bezirks- und Kreisleitungen und nicht zuletzt unsere Grundorganisationen politisch und organisatorisch zu führen verstehen. Je höher die Kollektivität und die persönliche Verantwortung in den Sekretariaten entwickelt sind, je tiefer der Inhalt und das Wesen der Parteibeschlüsse erfaßt werden, um so konkreter gestalten sich die eigenen Zielstellungen, die Kampfpositionen zu ihrer Verwirklichung. Eine Analyse zeigt zum Beispiel, daß die wirtschaftspolitischen Fragen in den Sekretariatssitzungen der Kreisleitungen regelmäßig und systematisch beraten werden. Wie wir meinen, sollte dies noch mehr aus der Sicht auf die ideologische Arbeit mit den Werktätigen geschehen, auf die Parteierziehung, die Haltung der Kader und die Organisationsarbeit der Partei. Das wird den Schlußfolgerungen und der Effektivität der Arbeit zugute kommen.

Qualitativ und quantitativ gewachsen ist das Fundament unserer Partei, das die Grundorganisationen darstellen. Davon zeugen ihre Aktivität und Wirksamkeit, zeugt auch, daß seit dem IX. Parteitag 3100 Grundorganisationen, 1129 Abteilungsparteiorganisationen und 3500 Parteigruppen neu gebildet wurden. Auch weiterhin müssen sich die Kreisleitungen auf die Stärkung der Kampfkraft der Grundorganisationen konzentrieren. Die Hauptsache ist dabei die stetige Erhöhung ihrer Rolle und Verantwortung. Dazu gehören eine qualifizierte, differenzierte Anleitung und operative Unterstützung genauso wie die richtige Verteilung der Parteikräfte und ein interessantes innerparteiliches Leben, das die Genossen anregt und ihnen hilft, sich in jeder Situation vorbildlich zu verhalten.

Durch die Bildung der Kombinate sind für die Arbeit der Kreisleitungen mit den Grundorganisationen neue Bedingungen entstanden. Das Niveau des Parteilebens in diesen Grundorganisationen der Kombinatsleitungen und der Stammbetriebe hat weitreichende Auswirkungen auf die Arbeit in den anderen Betrieben der Kombinate. Zugleich stellt die Bildung der Kombinate große Anforderungen an das Zusammenwirken der Bezirks- und Kreisleitungen. Jede Kreisleitung muß über die Aufgaben des Kombinates und des Anteils seiner Betriebe im Kreis gut im Bilde sein. Dazu trägt nicht zuletzt bei, daß die Parteiorganisatoren des Zentralkomitees und die Sekretäre der Grundorganisationen in den Kombinatsbetrieben ihre Kreisleitungen exakt über neue Probleme und über Entwicklungsfragen informieren.

Vor allem ist es für unsere Kreisleitungen wichtig, die Grundorganisationen der Kombinatsbetriebe im Kampf um wachsende Leistungen, ein höheres Niveau der Leitung und Planung und die Planerfüllung zu unterstützen. Wir wissen, daß ihr nicht alle Faktoren der Kombinatsentwicklung und der Planerfüllung beeinflussen könnt. Deshalb sind konstruktive Beziehungen zwischen den Genossen der Kombinatsleitungen zu den Bezirksleitungen sowie der leitenden Kader der Kombinatsbetriebe zu den Kreisleitungen erforderlich, die dazu dienen, die volkswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen und rechtzeitig über Planaufgaben und Entwicklungsvorhaben zu informieren.

Wenn wir die Parteiarbeit vor allem auf die Grundorganisationen in den Kombinatsbetrieben konzentrieren, dann bedeutet das natürlich nicht, die Anleitung der anderen zu vernachlässigen. Immerhin gehören mehr als 55 Prozent der Grundorganisationen aus den Betrieben der Industrie Kombinaten an, die nicht zentral geleitet werden. Es handelt sich vorwiegend um kleinere Betriebe, die jedoch für die Versorgung der Bevölkerung, die Werterhaltung, Dienstleistungen und Zulieferungen erhebliche Bedeutung haben. Erhöht werden muß der Einfluß der Partei in den Betrieben des Bauwesens, den Bereichen Forschung und Entwicklung der Kombinate, den Handelseinrichtungen sowie den LPG.

Gegenwärtig beraten und beschließen die Grundorganisationen ihre Kampfprogramme für das Jahr 1980, in denen ihr Beitrag zum wirtschaftlichen Leistungsanstieg zusammengefaßt wird. Im Sinne des Leninwortes, daß der Volkswirtschaftsplan gewissermaßen das zweite Parteiprogramm ist, drückt das Kampfprogramm der Grundorganisation ihre parteimäßige Position zu den entscheidenden wirtschaftlichen Zielstellungen aus.

Unsere Kreisleitungen bitten wir zu sichern, daß die Realisierung dieser Programme regelmäßig in den Mitgliederversammlungen beraten und kontrolliert wird. Das fördert das innerparteiliche Leben und die Haltung der Kommunisten im Arbeitskollektiv, ihre Disziplin und schöpferische Aktivität.

Auf Grund der Kampfprogramme sollten alle Genossen zur Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens beitragen. Das tun sie gerade auch dann, wenn sie bei der vollen Auslastung der Arbeitszeit vorangehen. Qualifizierungsveranstaltungen gehören außerhalb der Arbeitszeit, und es kann auch wahrhaftig nichts schaden, Sitzungen und Beratungen in geringerer Zahl, aber mit höherer Qualität abzuhalten.

Genossinnen und Genossen!

Was wir überall und jederzeit brauchen, sind ein offensives Vertreten der in unseren Beschlüssen gegebenen Linie, Kampfgeist, Ideenreichtum und Sachlichkeit in der Argumentation. In den Mitgliederversammlungen geht es darum, stets das Verständnis eines jeden Kommunisten für unsere Politik und seine Bereitschaft zu fördern, diese Politik tatkräftig zu verwirklichen. Dafür sind Überzeugungskraft, Mut, Reaktionsvermögen und ideologische Standhaftigkeit unentbehrlich. Standhaft zu sein heißt, leidenschaftlich, kämpferisch und unbeirrbar, unter allen Bedingungen die Politik der Partei zu vertreten. Gleichermaßen rechnen wir dazu, sich feinfühlig und aufmerksam zu den Werktätigen zu verhalten. Ein offenes Wort zur rechten Zeit gibt ihnen Klarheit und Sicherheit, fördert ihre Mitarbeit und ihr Vertrauen zu unserer Politik.

Zur Zeit bereiten die Kreisleitungen auf der Grundlage des Beschlusses der 11. Tagung des Zentralkomitees die Kontrolle der Parteidokumente und der Registratur vor. Die Lösung dieser Aufgabe dient dazu, die Einheit und Geschlossenheit unserer Partei weiter zu festigen und ihre Kampfkraft durch die politische Aktivität jedes Genossen weiter zu erhöhen. Darin besteht auch der Sinn der persönlichen Aussprachen mit den Parteimitgliedern.

In diesen Gesprächen sollte eine Atmosphäre kameradschaftlicher Offenheit herrschen und jeder Genosse spüren, daß er gebraucht wird, daß wir auf seine Erfahrungen, Vorschläge und kritischen Hinweise sehr viel Wert legen. Beim freimütigen Gedankenaustausch gilt es, den Genossen für ihre weitere Arbeit zu raten und ihnen zu helfen. Wir wollen so erreichen, daß sich die Mitglieder und Kandidaten unserer Partei ihrer Pflichten und Rechte im Sinne des Parteistatuts noch besser bewußt werden. In keinem Fall darf sich daher die Kontrolle der Dokumente formal auf die Ausfüllung des Fragebogens beschränken.

Hier und dort gibt es Genossen, bei denen Wort und Tat auseinanderklaffen, die es mit der Partei- und Staatsdisziplin nicht so genau nehmen oder wenig Bescheidenheit an den Tag legen. Natürlich darf man nicht den Mantel des Schweigens darüber breiten, sondern muß kritisch Stellung nehmen, wie es sich für uns gehört.

Die Kreisleitungen werden die Kontrolle der Parteidokumente, davon sind wir überzeugt, mit politischer Umsicht durchführen, die Ergebnisse der persönlichen Gespräche für die Verbesserung der politischen Arbeit

nutzen und die Vorschläge, die Hinweise der Genossen einer Lösung zuführen. Wir empfehlen, den Beschluß der 11. Tagung des Zentralkomitees über die „Kontrolle der Parteidokumente und der ordnungsgemäßen Registratur der Mitglieder und Kandidaten der SED" in den Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen im Monat Februar gründlich zu erläutern.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit 1980 hat das Jahr begonnen, in dem die Vorbereitung des X. Parteitages unserer Partei mehr und mehr in den Mittelpunkt der Arbeit rückt. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gilt es, so zu wirken, daß die Beschlüsse unseres IX. Parteitages voll verwirklicht werden. Ein großer gesellschaftlicher Höhepunkt wird dabei der 35. Jahrestag der Befreiung unseres Volkes durch die Sowjetarmee vom Hitlerfaschismus sein, den wir am 8. Mai dieses Jahres begehen.

Wir sind gewiß, daß ihr das Parteiaktiv mit dem Inhalt und den Ergebnissen unserer heutigen Beratung vertraut macht und die nötigen Schlußfolgerungen zieht. Das wird eurer weiteren Arbeit, unserem gemeinsamen Kampf für Frieden und Sozialismus von großem Nutzen sein. Dazu wünsche ich euch, liebe Genossinnen und Genossen, allen Kreisparteiorganisationen, allen Mitgliedern und Kandidaten unserer Partei vollen Erfolg.

Vorwärts zum X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Lizenznummer 1
LSV 0296
Umschlag: Harry Temme
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung:
(140) Druckerei Neues Deutschland Berlin 25744
Best.-Nr.: 737 358 4
DDR 0,80 M